

Jahrbücher für Geschichte Osteuropas



Institut für Ost- und
Südosteuropaforschung

jgo.e-reviews 4 (2014), 3

Online-Rezensionssupplement

An online book review supplement

Im Auftrag des Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg herausgegeben von

On behalf of the Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg edited by

**Martin Schulze Wessel (München) und
Dietmar Neutatz (Freiburg im Breisgau)**

**Veröffentlicht auf
Published on**



recensio.net

Rezensionsplattform für die europäische Geschichtswissenschaft

http://www.recensio.net/rezensionen/zeitschriften/jahrbucher-fur-geschichte-osteuropas/index_html

© Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion / Editorial Office:

Redaktion der Jahrbücher für Geschichte Osteuropas
Leitung / Head of office: Dr.Hermann Beyer-Thoma
Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Landshuter Straße 4
93047 Regensburg

E-Mail: Beyer-Thoma@ios-regensburg.de,
jgo@ios-regensburg.de
Internet: <http://www.ios-regensburg.de/de/publikationen/zeitschriften/jahrbuecher-fuer-geschichte-osteuropas/redaktion.html>
Telefon: +49 (0941) 943-5414 / 5417
Fax: +49 (0941) 943815414

Die digitalen Rezensionen von „Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. jgo.e-reviews“ werden nach den gleichen strengen Regeln begutachtet und redigiert wie die Rezensionen, die in den Heften abgedruckt werden.

Digital book reviews published in Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. jgo.e-reviews are submitted to the same quality control and copy-editing procedure as the reviews published in print.

Gesicht statt Maske. Philosophie der Person in Russland. Hrsg. von Nikolaj Plotnikov / Alexander Haardt. Wien, Berlin, Münster: LIT, 2012. 389 S. = Syneidos. Deutsch-russische Studien zur Philosophie und Ideengeschichte, 1. ISBN: 978-3-8258-1331-4.

Inhaltsverzeichnis:

<http://bvbr.bib->

[bvb.de:8991/exlibris/aleph/a21_1/apache_media/744M4MJIMR13YGM4LBFA1JB8NKK3UY.pdf](http://bvbr.bib-bvb.de:8991/exlibris/aleph/a21_1/apache_media/744M4MJIMR13YGM4LBFA1JB8NKK3UY.pdf)

Der Einzelne hatte in der russischen Kultur scheinbar nie einen besonders guten Leumund. Vom Westen aus betrachtet, schien das Individuum in Russland sogar nur rudimentär ausgebildet zu sein, war es doch in seiner Entwicklungsgeschichte weder den Einflüssen der Reformation ausgesetzt gewesen, die es mit einer weltlichen Eigenverantwortlichkeit ausgestattet hätte, noch hatte es eine institutionelle Objektivation durchlaufen, die es im Westen in größerem Maße durch die Fortführung einer genuinen Traditionslinie erfahren hatte, wie sie das römische Recht bzw. dessen Erneuerung im neuzeitlichen Naturrecht vorgaben. Die totalitäre und geradezu neurotische Aufwertung des Kollektivs im 20. Jahrhundert schien letztgültig die Ansicht zu bekräftigen, dass Individualität in Russland nicht mehr als einen verkümmerten Zweig der Geistes- und der Sozialgeschichte darstellte. Jüngste Forschungen zur autobiografischen Praxis haben indes mit diesen sich hartnäckig haltenden Vorurteilen aufgeräumt. „Ich“ zu sagen, hatte in Russland nicht nur gleichermaßen großes Gewicht und Bedeutung, sondern auch eine spezifische Tradition, wenn sie auch kürzer war und in anderen Zusammenhängen stand als jene im Westen.

Die im vorliegenden Band versammelten, größtenteils bekannten Texte treten nun nochmals diesen einseitigen Bewertungen entgegen und unterstreichen die besondere Wertschätzung, die dem Individuum in Russland ideengeschichtlich zugemessen wurde. Sie kreisen um die Wahrnehmung der Person (*lico/lice/ličnost'*) und deren spezifische Verhandlungen zu unterschiedlichen historischen Bedingungen: Die Diskurse setzten mit der ersten Formierung der Intelligenzija im zweiten Drittel des 19. Jahrhundert ein, nahmen in dessen zweiten Hälfte unverhältnismäßig zu und erfuhren im frühen 20. Jahrhundert eine klassische Hochzeit. Dass es dabei notwendig um ein Abarbeiten an westlichen Modellen bzw. um die Abgrenzung von Europa ging, lag in der Natur der Sache, zumal die Anfänge gerade von der kritischen

Auseinandersetzung mit den Subjektphilosophien vor allem Hegels und Fichtes bestimmt waren. Allerdings zeigen die Texte, dass man gut daran tut, die scharfen Trennlinien, die die Zeitgenossen teilweise zwischen West und Ost gezogen haben, nicht mit spitzen Stift nachzuzeichnen, sondern vielmehr die Bezogenheit beider Kulturkreise und deren gegenseitige Bedingtheit in den Vordergrund zu rücken. Die Bindung der Person und der Personalität vor allem an die soziale Frage, wie dies unter anderem bei A. Herzen vorformuliert wurde, ist kein ursprünglich russisches Phänomen, auch wenn es hier später seine besondere revolutionäre Ausprägung erfahren sollte. Auch die unterschiedlichen Versuche etwa von N. Berdjajev, G. Špet, V. Losskij oder S. Frank, die Person im Spannungsfeld zwischen Ich, Subjekt und Gesellschaft insbesondere in ihrer absoluten Individualität zu beschreiben, fußten letzten Endes auf phänomenologischen Prämissen, die um die Jahrhundertwende ideen- und philosophiegeschichtlich eigentlich eine gesamteuropäische Geisteshaltung abbildeten.

Das Besondere allerdings, das sich nun als Leitmotiv aus den meisten Texten dieser kanonischen Autoren herauslesen lässt, liegt in der spezifischen metaphysischen bzw. religionsphilosophischen Ausweitung des Personenkonzepts und gerade in der Verabsolutierung von Individualität. Es ließ damit das zweieinhalb Jahrhunderte gültige Cartesianische Koordinatensystems offenbar hinter sich: Hatte V. Solov'ev noch am markantesten mit der Formulierung seiner All-Einheitsmetaphysik und der Aufrichtung eines Gottmenschentums den modernen Subjektbegriff demontiert, so zeigte sich, dass für die russische Philosophie allgemein das Subjekt eher als Hinderungsgrund zur Entwicklung einer Person angesehen wurde, da nur in ihr als unempirischem, rein seelischem Prinzip das eigentlich schöpferische Moment angesiedelt war, das sich harten philosophischen Kategorisierungen letztlich entzog.

Vor allem aufschlussreich sind aber sind die Texte der eher weniger bekannten Autoren, etwa der im späten Zarenreich als Staatsrechtler tätigen B. Kistjakovskij und N. Alekseev. Sie entwickelten erstmals einen für eine breitere Öffentlichkeit greifbaren Begriff der Rechtsperson, der sich gegen die Entwürfe der frühen revolutionären Intelligenzija richtete und dieser implizit vorhielt, in ihren Überlegungen das autonome Rechtssubjekt als unabdingbare Voraussetzung für die legale Ausbildung von Gesellschaft gänzlich vernachlässigt zu haben. Staatliche Garantien für persönliche Freiheit und gerechte Rechtsprechung erhielten so ihre rechtsphilosophische Unter-

mauerung und folgten damit den Spuren der westeuropäischen liberalen Rechtsphilosophie, die die Kommunikation einzelner Teile der Gesellschaft unter ein staatlich geschütztes Regelwerk stellte, wie dies besonders Alekseev herausstrich. Aber auch die abgedruckten Texte der sowjetischen Philosophen M. Mamardašvili und Ė. Il'nikov zeigen jenseits eines kruden und vulgären Marxismus die epistemische Breite an, in der man das Phänomen der Individualität einzufangen versuchte. Obwohl die kommunistische Ideologie hier zweifellos den Denkraum vorgab, der die beiden Autoren das individuelle Bewusstsein als Maske der sozialen Bewusstseinsformen bzw. die subjektive Welt als soziale Repräsentation auslegen ließ, wird dennoch auch in diesen Argumentationen ersichtlich, dass das Individuum und seine Individualität selbst unter dem Diktat des Kollektiven nicht aus einer (kritischen) marxistischen Philosophie wegzudenken waren und lediglich einer

Umdeutung unterworfen, nicht aber in seiner Besonderheit eliminiert werden konnten.

Die ausführliche und gelungene Einleitung Plotnikovs beabsichtigt, die Texte vor einem philosophisch-begriffsgeschichtlichen Hintergrund fruchtbar zu machen. Dies gelingt vor allem durch die kurzen einführenden Kommentare zu den insgesamt vier Sektionen des Bandes, die sowohl den jeweiligen biografischen Zugriff als auch die geistesgeschichtliche Einordnung der vorgestellten Texte erleichtern. Die hier abgedruckten Artikel, wenn auch überwiegend geläufig, zeigen aber einmal mehr, dass sich in der russischen Kulturgeschichte hinter dem gleichsam in Stein gemeißelten Primat des Kollektiven tatsächlich ein äußerst buntes, schillerndes Spektrum an europäisch geprägten und russisch umgedeuteten Ich-Konzeptionen versteckt – ohne Reformation und ohne die Tradition des römischen Rechts.

Roland Cvetkovski, Köln

Istorija sub'ektivnosti. Drevnjaja Rus'. [Geschichte der Subjektivität. Die alte Rus'] Sost. [Hrsg.] Ju. P. Zareckij. Moskva: Gaudeamus, 2010. 348 S. ISBN: 978-5-98426-106-7.

Der Herausgeber dieses Buches, Doktor der Geschichtswissenschaften und Professor am Lehrstuhl für Geschichte der Philosophie an der Staatlichen Universität – Hochschule für Ökonomie Moskau / Russische Staatliche Universität für Geisteswissenschaften Moskau, ist in seinen zahlreichen Veröffentlichungen insbesondere mit Arbeiten zum Problem der Individualität und des Selbstverständnisses von Persönlichkeiten des Mittelalters und der Renaissance hervorgetreten. Dabei hat er sowohl über russische als auch westeuropäische Selbstzeugnisse geschrieben, z.B. über Enea Silvio Piccolomini, den späteren Papst Pius II., und mehrfach hat er seinen Blick auf ganz Europa gerichtet, so in dem Buch über „Das autobiographische ‚Ich‘ von Augustinus bis Avvakum“ (russ., 2002). Es passt dazu, dass Zareckij, der auch in Westeuropa publiziert hat, in Zusammenarbeit mit dem DHI Moskau auf der Grundlage des Standardwerkes „Geschichtliche Grundbegriffe“ ein Projekt zur Begriffsgeschichte betreibt, das von der VW-Stiftung gefördert wird.

In dem vorliegenden Band, der unter der Ägide des Instituts für Allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften erschienen ist, geht es um Selbstzeugnisse aus der Geschichte Altrusslands. Ausgehend von Literaturwissenschaftlern wie M. M. Bachtin, A. Ja. Gurevič, V. A. Gusev, E. V. Krušel'-

nickaja und S. A. Zen'kovskij sowie etlichen weiteren Autoren entwickelt Zareckij seinen ausdrücklich kulturgeschichtlichen Ansatz, den er in seinem einleitenden Aufsatz „Und über mich gebe ich Kunde“. Russische mittelalterliche autobiographische Erzählungen“ („I o mne tvorju izvestie": Russkie srednevekovye avtobiografičeskie rasskazy“) erläutert. Er bezeichnet die schriftliche Äußerung des mittelalterlichen Autors über sich selbst, für die er unter den verschiedenen Möglichkeiten den Begriff „Egodokument“ bevorzugt, als Akt seiner Selbstidentifikation. Es kommt Zareckij darauf an, die Selbstdarstellung des Autors in seiner historischen Situation und in seinen sozialen Bezügen zu betrachten und daraus einen Innen-Blick in die Kulturgeschichte der Epoche zu gewinnen. Dazu geht er den Fragen nach: Wer schreibt? Wie stellt der Autor sich dar? Welche Intentionen, möglicherweise weiterreichende Überlegungen lassen sich erkennen? Für wen schreibt er? Diese Fragen fasst er in der Dreier-Beziehung Autor – sein Selbstbild – Leser zusammen. Beim Autor ist ‚wirklich‘ nicht das, was er beschreibt, sondern ‚wirklich‘ sind seine Gedanken und Gefühle, also der subjektive Gehalt seiner Äußerungen. Im Selbstbild, das der Autor entwirft, spiegeln sich das Verhältnis zu den Anderen und damit kulturhistorische Aspekte der Zeit wider. Den Leser bzw. Adressaten der autobiographischen Erzählung bezeichnet Zareckij als den wichtigsten Posten in dem kulturhistorischen Dreieck. Denn dessen Position und Reaktion gegenüber dem Autor ermöglicht den tiefsten Einblick in das Innere der Kulturbeziehungen. Aber, und dieses

„aber“ ist dick zu unterstreichen, der Adressat bildet auch den schwierigsten Teil in dem Programm, da er am seltensten festzustellen ist. Wenn überhaupt, dann kann man ihn nur durch eine indirekte Rekonstruktion in Umrissen ausmachen. Die unmittelbare Ansprache des Adressaten und dessen Antwort, wie im Briefwechsel Ivans IV. mit Andrej Kurbskij, sind eine Ausnahme.

Zareckij legt die methodischen Schwierigkeiten seines kulturhistorischen Programms ausführlich dar, und dazu gehört von vornherein die Identität von Autor und ‚Held‘ der autobiographischen Erzählung. Da es sich um einen individuellen Selbstentwurf handelt, der sich an einen mehr oder minder großen Kreis von Rezipienten, also an eine wie auch immer beschaffene Öffentlichkeit, richtet, zeichnet der Autor ein Bild davon, wie er gesehen werden will. Die Neigung zur Selbststilisierung oder gar Selbst-Hagiographie (*avtoagiografija*), die daher zunächst einmal vorausgesetzt werden muss, fordert von der Kritik die genaue Unterscheidung zwischen dem Topos und der wirklich individuellen Äußerung. Dabei, so muss dazu angemerkt werden, lässt auch die Aus-

wahl der verwendeten Topoi Rückschlüsse auf die Selbstidentifizierung des Autors in seinen Äußerungen zu.

Die für diesen Band ausgewählten Beispiele (11./12.–17. Jh.) sind Texte von den Herrschern Vladimir Monomach und Ivan IV., von den Mönchen Martirij Zeleneckij, Eleazar Anzerskij und Epifanij sowie von dem Führer der Altgläubigen, dem Protopopen Avvakum. Die beiden ersten Texte sind in modernes Russisch übersetzt, die anderen werden im nur leicht angeglichenen Original geboten. Jeder Text wird mit einer knappen historischen Einordnung und ein paar Literaturhinweisen eingeleitet. Aufsätze von D. S. Lichačev über Vladimir Monomach, von E. V. Krušel'nickaja über Martirij Zeleneckij, von S. A. Zen'kovskij über Epifanij und P. Hunt über Avvakum sowie eine Bibliographie von übersichtlicher Länge runden den Band ab. Für die Arbeit mit fortgeschrittenen Studierenden, an die es sich in erster Linie wendet, aber auch für einen weiteren Kreis von Interessenten ist das Buch sehr gut geeignet.

Hans Hecker, Düsseldorf

JULIA DÜCKER: Reichsversammlungen im Spätmittelalter. Politische Willensbildung in Polen, Ungarn und Deutschland. Ostfildern: Thorbecke, 2011. 389 S., 6 Abb., Tab. = Mittelalter-Forschungen, 37. ISBN: 978-3-7995-4292-0.

Vergleichende europäische Geschichte empirisch zu betreiben, ist eine wesentlich mühsamere Aufgabe als über die Existenz europäischer Geschichtsräume zu philosophieren. Schon deshalb ist Julia Dückers komparatistische Dissertation zu begrüßen. Konsequenter enthält sich die Verfasserin dabei längerer und aufwendigerer Reflexionen über den Vergleich im Allgemeinen und ihre konkreten Vergleichsfälle im Besonderen. Hier zeigt sich ein Zug der Arbeit, der im Falle eines Dreiervergleiches sicherlich vorteilhaft ist – Dücker ist pragmatisch und effizient. Teilweise stößt dieser Pragmatismus jedoch an gewisse Grenzen. So hätte man sich zumindest eine etwas genauere Reflexion der Forschungstradition zur vergleichenden Ständeforschung gewünscht, kann doch beispielsweise die rasche Abhandlung der einflussreichen Konzepte von Otto Hintze und Wim Blockmans in einer Fußnote nicht ganz befriedigen (S. 15, Anm. 14). Auch in Bezug auf die von ihr gewählten Vergleichsfälle reklamiert die Verfasserin explizit Pragmatismus, der sich insgesamt gesehen positiv auf die Arbeit auswirkt. Denn obwohl die Konzen-

tration auf Deutschland, Polen und Ungarn eine mehr oder weniger implizite Aufnahme des Ostmitteleuropaparadigmas darstellt, kommt Dücker weitgehend ohne die verbreitete Begründungsrhetorik für historische Raumkonstruktionen aus.

Chronologisch beschränkt sich die Arbeit gut begründet auf die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts und damit auf die Herrschaftszeiten von Friedrich III. für das Heilige Römische Reich, Kazimierz IV. für Polen und Matthias Corvinus für Ungarn. Der Text gliedert sich in vier Hauptteile, von denen die ersten drei jeweils immer nach gleichlautenden Kriterien die Ständeversammlungen in Polen, Ungarn und im Reich behandeln. Auch der vierte Teil nimmt schließlich gleichermaßen das zuvor erprobte Frageschema auf und synthetisiert in diesem Rahmen vergleichend die in den ersten drei Teilen gewonnenen Ergebnisse.

Alle Teile der Arbeit gehorchen demnach einem strengen Gliederungsschema, das stets in der gleichen Reihenfolge (1.) allgemeine Hintergrundinformationen zur Politikgeschichte und zu Verfassungsverhältnissen abhandelt, (2.) die Modalitäten von Tagungseinberufungen, Tagungsorten und Teilnehmerkreisen beschreibt und über die Phänomenologie von Prozedur und Zeremoniell (3.) zur zeitgenössischen Fremd- und Selbstwahrnehmung der Versammlungen (4.) kommt. Auf diese Weise gelingt

der Verfasserin, neben den Rahmenbedingungen politischen Handelns vor allen Dingen die Vorstellungen und Behauptungen politischer Ordnung in den Mittelpunkt ihrer Darstellung zu rücken. Erstaunlich scheint dabei, dass sich in einen Text, der eine Lanze für die „Kulturgeschichte des Politischen“ Münsterscher Prägung bricht, eine Formulierung einschleicht, die das Zeremoniell als „Verkleidung“ harter Strukturen dastehen lässt (S. 262).

Insgesamt schälen sich neben der Bedeutung des Monarchen für die jeweiligen Versammlungen insbesondere die Präsenzkultur und die Offenheit einer bedingten Institutionalisierung als Gemeinsamkeiten der drei Vergleichsfälle heraus. Deutlich wird in diesem Zusammenhang die relative Flexibilität der Teilnehmerkreise, wobei Dücker der Frage nach der Teilnahme an den Versammlungen starkes Gewicht zukommen lässt. Für alle drei Reichsversammlungen darf gelten, dass ihre Kompetenzen vor allem Außenpolitik und Finanzen berührten und der Gemeinwohltopos in allen Beispielfällen als konsensstiftender Faktor gelten darf. Den Erfolg politischer Willensbildung innerhalb der Gremien sieht die Autorin dabei von der „Binnenautorität“ einzelner Akteure und damit auch essentiell von den konkreten Funktionsmechanismen der Versammlungen abhängig. Als sehr instruktiv erweist sich im Übrigen ein Vergleich der – sehr wenigen – bildlichen Darstellungen der drei Reichsversammlungen in ihrem juristischen Kontext. Hier wäre eventuell eine etwas ausführlichere Beschäftigung mit den jeweiligen Codices begrüßenswert gewesen. Im Einzelnen ließe sich über Details streiten, so die Frage, ob die Städte für das Polen des 15. Jahrhunderts so systematisch aus dem politischen Willensbildungsprozess ausgeschlossen werden können, wie es Dücker tut. Auch ließe sich fragen, ob nicht eine stärkere Einbeziehung der zeit-

genössischen politischen Theorie vorteilhaft gewesen wäre. In diesem Zusammenhang sei nur, in einer vergleichende europäische Perspektive zu kollektiven Entscheidungsgremien, auf den Konziliarismus verwiesen.

Das Resümee der Arbeit findet sich letztlich schon in der Kapitelüberschrift zum vierten Teil. Dass Alles gleich und doch irgendwie unterschiedlich sei, dieser Schlussfolgerung wird man sich ohne Weiteres anschließen können. Zugleich stellt sich allerdings die Frage, wie weiterführend diese Feststellung ist. Sie verzichtet auf normative Implikationen und teleologische Tendenzen, wie man sie etwa Hintze und Blockmanns ohne Weiteres unterstellen kann. Sie ist folglich differenziert und beschreibt mehr als sie urteilt. Aber eine weiterführende Diskussion provoziert solch ein Fazit auch nicht. Alles in Allem hat Dücker also eine informative, überlegte und stringent systematische Arbeit vorgelegt. Die Versuchung, gerade bei einem komparatistischen Ansatz immer weitere Vergleichsfaktoren zu verlangen, ist groß. In diesem Sinne ist Dückers konsequente Selbstbeschränkung richtig und kaum zu kritisieren. Ein wenig mehr Mut und an einigen Stellen eine etwas vertieftere Reflexion hätte man sich jedoch wünschen können.

Der Anhang bietet neben einigen im Text analysierten Abbildungen Auflistungen aller Sitzungen der drei Reichsversammlungen im behandelten Zeitraum sowie eine viersprachige Konkordanz der Ortsnamen. Hierbei bleibt allerdings die Frage offen, weshalb Dücker im Text so offensiv mit dem ungarischen Namen Mátyás Hunyadi operiert und die – im deutschsprachigen Raum – weitaus geläufigere Form Matthias Corvinus allein der Namenskonkordanz überlässt.

Kolja Lichy, Gießen

JAN KLÁPŠTĚ: The Czech Lands in Medieval Transformation. Translated by Sean Mark Miller and Kateřina Millerová. Edited by Philadelphia Ricketts. Leiden, Boston, MA: Brill, 2012. XXXVIII, 524 S., 113 Abb., Kte., Tab. = East Central and Eastern Europe in the Middle Ages, 450–1450, 17. ISBN: 978-90-04-20347-1.

Die Archäologie ist „stumm“, die auf schriftliche Quellen gestützte Historie ist „blind“ – mit dieser knappen Formulierung bringt der Verfasser (S. 371) das Problem auf den Punkt, mit dem er in diesem Werk durch eine Zusammenschau beider historischen Disziplinen seine Forschungsergebnisse abge-

winnt, die allein aus schriftlichen Quellen nicht zu ermitteln sind. Nimmt man hinzu, dass der Verfasser manchmal auch methodische und geschichtsphilosophische Fragen erörtert, so ist der Rahmen dieses faszinierenden Buches abgesteckt.

In den Böhmisches Ländern fand im 12. und 13. Jahrhundert ein Kulturwandel statt, der die Vorgeschichte seit der slavischen Besiedlung im 6./7. Jahrhundert durch eine Europäisierung ablöste und die allmähliche Eingliederung der Gebiete der heutigen Tschechischen Republik in den westeuropäischen Kulturraum zur Folge hatte. Diese umfassende These behandelt der Verfasser in drei Problemkomplexen.

Im ersten Themenbereich untersucht er die Veränderung in der „Macht der Mächtigen“, beginnend mit der Entstehung einer adeligen Elite im Großmährischen Reich. Hinweise darauf findet er in den Gräbern von unmündigen Knaben, die die ihnen dort beigelegten Waffen nie hatten benutzen können, aber durch sie als Angehörige der führenden Schicht ausgewiesen wurden. Dies Beispiel ist typisch für die Vorgehensweise des Verfassers, der stets von einem scheinbar unbedeutenden Fund der Archäologen oder einer eher beiläufigen Bemerkung in einer schriftlichen Quelle ausgeht und dann in behutsamer Argumentation manchmal überraschende Zusammenhänge aufdeckt. Aus dieser Elite der vorhistorischen Zeit entwickelte sich ein Hochadel, dessen Macht im 13. Jahrhundert ihren Höhepunkt erreichte, ohne dass über die Entstehung des umfangreichen Landbesitzes der führenden Familien viel bekannt ist. Nur bei Konflikten mit dem König und in Schenkungen an die Kirche wird einiges über den verstreuten Besitz deutlich, wie der Verfasser am Beispiel der Familie der Witigonen erläutert. Aus der Entwicklung vom Herrenhof zu einer Burg oder fürstlichen Residenz lassen sich Rückschlüsse auf das Herrschaftsverständnis der Elite ziehen.

Der zweite Themenkomplex behandelt die „gefährdete Welt“ der Bauern. Von den alten Siedlungen in den historischen Landschaften, in denen die slawischen Bauern in archaischer Lebensform in Holz- und Lehmhütten ohne Rauchabzug lebten, die halb in den Boden gegraben waren, verfolgt der Verfasser die Entwicklung des Landesausbaus, bis im 13. Jahrhundert alles fruchtbare Land bearbeitet wurde. Wegen des Mangels an Menschen waren an diesem Ausbau auch Fremde beteiligt, wie Kriegsgefangene aus Polen, Winzer aus Ungarn, holländische Spezialisten für die Trockenlegung von Schwemmland. Während dieser Prozess auf adeligen Gütern kaum dokumentiert werden kann, ist über den Klosterbesitz mehr zu erfahren, wie der Verfasser am Beispiel des Klosters Heinrichsau in Schlesien aufzeigt. Zeichnungen in Handschriften überliefern z.B. die Technik des Rodens und Abbilder von den Werkzeugen. Die Einführung des *ius teutonicum* schuf Rechtssicherheit, förderte die Verrechtlichung der Gesellschaft, und dieses setzte sich so allmählich im Lande durch. Dies galt auch für technische Neuerungen (z.B. die Sense und die Säge) und moderne Denkweisen, die aufgenommen und adaptiert wurden. Vielfältige Dorfformen entwickelten sich parallel und sind z.T. bis heute anzutreffen. Auch deutschsprachige Siedler wirkten an diesem langwährenden Prozess mit, dominierten ihn aber keineswegs. Der Verfasser begreift ihn als

eine europäische Erscheinung und löst ihn damit aus früherer nationalpolitischer Verengung.

Der „lange Weg zur Stadt“ ist der dritte Zugang, der mit der Entstehung von frühen Siedlungen beginnt, in denen spezialisierte Handwerker für die Bedürfnisse der Eliten gearbeitet haben. Bereits aus dem 8. Jahrhundert wurden Waren der Metallverarbeitung wie Waffen und Werkzeuge gefunden sowie Keramik, die von ihrem Hersteller gekennzeichnet waren. Objekte dieser Art wurden wohl für den Markt produziert, wo dann der Tauschhandel durch die Geldwirtschaft abgelöst wurde; denn die Bauern mussten z.T. Abgaben in Geld entrichten, und Sklaven konnten sich freikaufen. Ausführlich setzt sich der Verfasser mit der These auseinander, dass in einigen Dörfern Spezialisten angesiedelt worden seien, wie aus vielen Ortsnamen aus Berufsbezeichnungen geschlossen worden ist; er lehnt diese Theorie der „Dienstdörfer“ als nicht überzeugende Hypothese ab, ohne jedoch das Phänomen selbst erklären zu können (S. 349).

Eine besondere Bedeutung besaß der Fernhandel, der für Prag schon im 9. Jahrhundert zu einem Markt führte, zum Bau einer Holzbrücke über die Moldau und zum Bau von Steinhäusern in der Altstadt. Neben den zentralen Marktplatz baute der Landesherr zum Schutz fremder Kaufleute um 1200 das abgeschlossene Gebiet hinter der Theinkirche (Ungelt). Grabfunde beweisen auch für die frühe Zeit die Anwesenheit von Fremden, darunter auch Juden.

Zur Entwicklung der Hauptstadt finden sich Parallelen in Olmütz und anderen kleinen Städten, die eine große Vielfalt aufweisen und belegen, dass Einheimisches mit Anregungen von außen verschmolzen wurde. Diesen Aspekt einer Europäisierung statt der traditionell betonten Ethnisierung (Rolle der Deutschen) hebt der Verfasser ausdrücklich hervor (S. 442). Fördernde Faktoren für die Entstehung eines dichten Netzes von Kleinstädten waren die Handelswege, der Erzabbau (Silber) und dessen Verarbeitung, sowie der intensive Austausch zwischen Stadt und Land, der in vielen Funden belegt ist. Viele Städte existieren bis heute und haben noch ihre mittelalterliche Erscheinungsform bewahrt. Die Verbindung von Archäologie und Historiographie erweist sich als außerordentlich fruchtbar, denn auf diese Weise werden sonst unbekannte Details des damaligen Lebens buchstäblich ausgegraben: Eine Jakobsmuschel aus Santiago de Compostela auf dem Grund eines Brunnen in Most/Brüx sollte wohl das verseuchte Wasser ‚heilen‘ und trinkbar machen.

Das vorliegende Lebenswerk des Verfassers beeindruckt nicht nur durch die Fülle an Informationen, die das Verständnis der Vergangenheit der Böhmisches Länder auf fast allen Gebieten vertiefen, sondern besonders durch die Argumentation. Archäologie und auf schriftlichen Quellen aufbauende Geschichtsschreibung helfen und korrigieren einander. Wo die national orientierten Historiker des 19. und 20. Jahrhunderts vielfach Gräben und ethnischen Streit sahen, vermittelt der hier gewählte Ansatz das Bild einer allmählichen Übernahme von materiellen Techniken und modernen Denkweisen, die zu deren Adaptierung an die heimischen Verhältnisse führte, durch die das ‚Alte‘ irgendwie ‚aufgehoben‘

und an die westeuropäische Welt angeglichen wurde. Das 13. Jahrhundert stellt der Verfasser als eine Trennscheide dar, ab der sich die Europäisierung der Böhmisches Länder vertiefte, die mit der Übernahme des Christentums im 9./10. Jahrhundert begonnen hatte. Die ‚stumme‘ Archäologie kann dabei helfen, den lauten Meinungsstreit wortreicher Historiker durch die ruhige und differenzierte Betrachtung eines lange währenden Prozesses abzulösen. Mit einem Bekenntnis des Verfassers zu einem gesamteuropäischen Geschichtsverständnis und zu einer Koexistenz von Tschechen, Deutschen und Juden in den Böhmisches Ländern endet das Buch.

Manfred Alexander, Köln

Die hussitische Revolution. Religiöse, politische und regionale Aspekte. Hrsg. von Franz Machilek. Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 2012. VI, 292 S., 2 Abb. = **Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands**, 44. ISBN: 978-3-412-20891-2.

Der Sammelband fasst die Vorträge zusammen, die auf der 46. Arbeitstagung des Instituts für ostdeutschen Kirchen- und Kulturgeschichte vom 6. bis 9. August 2008 im Bildungshaus Schloss Spindlhof der Diözese Regensburg gehalten worden sind; zwei Beiträge sind zusätzlich aufgenommen.

Der Herausgeber gliedert die Aufsätze in drei Gruppen, von denen die erste „Grundsätzliche Perspektiven“ überschrieben ist. GEORG DENZLER eröffnet den Band mit einer Betrachtung der Diskussion über die Kirchenreform um 1400; PETER HILSCH referiert in Zusammenfassung seines Buches kurz das Leben und Wirken von Jan Hus; dem Laienkelch und dessen Verteidigung durch Jan Rokycana widmet DUŠAN COUFAL einen philologisch orientierten Beitrag; BLANKA ZILYNSKÁ schreibt über hussitische Synoden und JAROSLAV BOUBÍN über Petr Chelický. Von wirklich grundsätzlicher Art sind die Ausführungen über das Problem der Toleranz im 15. Jahrhundert von WINFRIED EBERHARD, der die Unterschiede zwischen der pragmatischen Lösung des Toleranzproblems durch den Kaiser Sigismund und der Bekehrungserwartung der katholischen Kirche herausarbeitet.

Im zweiten Teil werden zum Problemkreis der regionalen Aspekte des Hussitismus z.T. neue Forschungsergebnisse präsentiert. Herausragend sind die Beiträge des Herausgebers selbst über die Beziehungen der Hussiten zu Schlesien und zur Ober-

pfalz, die umfangreiche Literaturberichte darstellen. Teile von geplanten oder bereits fertigen Arbeiten finden sich in den Beiträgen von HEIKE FALTENBACHER über die Stadt Eger, von MILOSLAV POLÍVKA über die Handelsbeziehungen Nürnbergs mit Böhmen – bei denen trotz offiziellen Handelsverbots auch die Hussiten eine Rolle spielten –, von FRANZ FUCHS über einen deutschen „Hussiten“ und in dem materialreichen Bericht von MICHAELA BLEICHER über „Kriegsführung und Kriegsalltag“ im böhmisch-bayrischen Grenzgebiet, in dem z.B. die Kosten für die Söldner und den Besuch des Kaisers beim Herzog von Niederbayern in Straubing aufgelistet werden. Aus dem thematischen Rahmen fällt der Beitrag von GISELA VOLLMANN-PROFE über die Hussiten in den Chroniken des Deutschen Ordens in Preußen.

Im dritten Teil findet sich nur der Aufsatz von THOMAS WÜNSCH über Jan Hus im 19. Jahrhundert, in dem dessen Symbolwirkung für die tschechische Nationalhistoriographie in der Interpretation durch František Palacký behandelt wird. Im Streit zwischen Tomáš G. Masaryk und Josef Pekár über den „Sinn der tschechischen Geschichte“ reicht dieses Thema noch ins 20. Jahrhundert. Nach manchem kleinschrittigen philologischen Text in diesem Sammelband endet er also mit einer grundsätzlichen Betrachtung der „Problematik von politischen und allgemeinaktualistischen Interpretationslinien“ (S. 277).

Leider ist dem Band keine Information über die Autoren beigelegt; dafür bürgt aber die „kirchliche Druckerlaubnis“ durch das Erzbistum Köln für die korrekte Ausrichtung des Bandes über den „böhmischen Ketzer“.

Manfred Alexander, Köln

Jerusalem in the North. Denmark and the Baltic Crusades, 1100–1522. Ed. by Ane Bysted, Carsten Selch Jensen, Kurt Villads Jensen and John H. Lind. Transl. from Danish by Sarah and Frederik Pedersen. Turnhout: Brepols Publisher N.V., 2012. XIV, 393 S., 58 Abb., 5 Ktn. = *Outremer. Studies in the Crusades and the Latin East*, 1. ISBN: 978-2-503-52325-5.

„Jerusalem in the North“ ist ein janusköpfiges Buch. Denn auf der einen Seite begeistert es seine Leser, während es auf der anderen Seite die gängigen Normen wissenschaftlichen Arbeitens in Frage stellt – eine Tatsache, der vor dem Hintergrund einer seit nunmehr über zwei Jahren in Deutschland tobenden Debatte ein nicht unerhebliches Gewicht zukommt.

Das Buch ist die Übersetzung des 2004 auf Dänisch erschienenen Werkes „Danske korstog – krig og mission i Østersøen“, das aus einem von 1998 bis 2001 laufenden Projekt zum Thema „Dänemark und die Kreuzzugsbewegung“ hervorgegangen ist und sehr positiv aufgenommen wurde (vgl. z.B. die entsprechende Rezension des dänischen Originals in *Historisk Tidsskrift* http://www.historisktidsskrift.dk/pdf_histtid/105_1/293.pdf – 11.9.2014). Bereits 2006 erfuhr das Buch eine zweite Auflage, und 2007 erschien eine Übersetzung ins Estnische. Daher ist die nun vorliegende Übersetzung ins Englische logisch und begrüßenswert, denn nur so können einem möglichst großen Rezipientenkreis die Inhalte zugänglich gemacht werden.

Von der Struktur her ähnelt das Buch in mancher Hinsicht Hand- oder Studienbüchern; die Autoren beziehen aber – anders als in entsprechenden Publikationen oft üblich – stets selbst explizit Stellung, so dass eine große Tiefe der Gedankengänge erreicht wird. Dabei ist es den Autoren und der Autorin gelungen, ihre namentlich nicht gekennzeichneten Beiträge so perfekt in ein Konzept einzupassen und aufeinander abzustimmen, dass „Jerusalem in the North“ eine „Monographie aus vier Händen“ ist. Die gelungene Übersetzung trägt zusätzlich dazu bei, dass alles wie aus einem Guss wirkt.

Nach einer ausführlichen Einleitung, in der u.a. der Begriff „Kreuzzug“ problematisiert wird, dänische Kreuzzüge in den Gesamtkontext der Kreuzzugsbewegung eingeordnet und von anderen religiös motivierten Kriegszügen, wie etwa den Sachsenkriegen Karls des Großen, abgegrenzt werden, folgen 17 weitere Kapitel, von denen sieben allerdings den Charakter mehr oder minder ausführlicher Exkurse haben.

Die Kapitel im ersten Teil des Buches behandeln u.a. die Kriegszüge der Dänen in den westslavischen Raum vor dem Wendenkreuzzug, den Wendenkreuzzug selbst sowie Kreuzzüge nach Finnland, Livland, Estland und Preußen vor der Gefangennahme Waldemars II. 1223. Dabei erfolgt eine klare Fokussierung auf die dänischen Operationen bzw. die Anteile dänischer Kreuzfahrer bei gemeinsamen Kriegszügen. Die Autoren folgen trotz der spezifisch dänischen Sicht aber der gängigen und bewährten Einteilung der einzelnen Kriegszüge. Da hierbei zeitliche und räumliche Gliederung weitgehend miteinander korrespondieren, entsteht ein stimmiges Bild.

Eine Sonderstellung nimmt in der ersten Hälfte des Buches das besonders gelungene Kapitel IV: „Danish Crusading Institutions“ ein, in dem in zwölf Abschnitten grundlegende Aspekte von dänischen Kreuzzugsunternehmen wie die Rekrutierung der Kreuzfahrer, die Ausrüstung und Finanzierung, Stützpunkte wie Burgen und Städte, aber auch das Ledingsystem ansprechend erläutert werden. Nichts davon ist neu, aber die Zusammenstellung an einem Ort und die dänische Perspektive sind sehr interessant.

Im zweiten, nur etwa halb so umfangreichen Teil des Buches wird dann eine weniger räumliche als vielmehr thematische Gliederung gewählt. Einhergehend mit dem Rückgang dänischer Potenz im Ostseeraum einerseits und der spezifisch als Kreuzzüge angelegten Operationen andererseits ist die Beschreibung hier inselhafter und – man ist versucht zu sagen – auf die Highlights der dänischen Politik im Spätmittelalter beschränkt. Ein gewisser Fremdkörper im gesamten Buch ist Kapitel XI: „Teutonic Knights and Mendicants: New Actors in Prussia and Livonia“. Es ist das einzige Kapitel, dass die dänische Perspektive aufgibt, und es wäre sicher sinnvoller gewesen, diese Thematik explizit in einen Exkurs auszulagern oder aber in das folgende Kapitel zu integrieren, welches die Entwicklung von der Schlacht an der Saule bis zur Schlacht auf dem Eise thematisiert.

Was macht dieses Buch nun so gut? Neben der griffigen Konzeption, der flüssigen und präzisen Sprache, sowie der offensichtlichen aktiven Bereitschaft aller beteiligten Autoren, gemeinsam an einem Konzept zu arbeiten und den Erwerb eigener Meriten so dem Gesamtergebnis unterzuordnen, ist es die Konsequenz, mit der die modernen Möglichkeiten, ein gedrucktes (!) Buch zu produzieren, ausgenutzt werden. Wie oft ärgert man sich über lieblos gestaltete Sammelbände und Abschlussberichte von Forschungsprojekten, die im Stil und der formalen

Qualität oft kaum an Magisterarbeiten der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts heranreichen, obwohl heute die Technik so viel mehr bietet, um geschichtswissenschaftliche Ergebnisse angemessen präsentieren und vermitteln zu können!

„Jerusalem in the North“ gibt Anschauungsunterricht, wie man es machen kann: Dazu zählen neben eigentlich Selbstverständlichem wie einer klaren optischen wie inhaltlichen Gliederung und einem sauberen Druckbild, ausführliche und z.T. vorgeschaltete Verzeichnisse und Indizes, eine umfangreiche, ansprechende und die Texte wirklich unterstützende Illustration mit Karten, Zeichnungen, Stammbäumen, Bildern und Fotografien (wobei letztere allerdings leider fast durchgängig einen leichten Gegenlichteffekt aufweisen), sowie zahlreiche Themenkästen, in denen zentrale Personen (z.B. Bernhard von Clairvaux), Begriffe (z.B. der Wortteil Finn) oder Handlungen (z.B. das Taufen durch Übergießen mit Wasser) erläutert werden: diese Form der Gestaltung steigert die Möglichkeit eines schnellen Zugriffs enorm. Besonders gelungen sind auch die Erläuterungen, die allen Abbildungen beigegeben werden und diese so nicht nur in den Text stärker einbetten, sondern auch dazu einladen, über diese Erläuterungen Passagen im Buch aufzufinden und erneut zu bearbeiten.

Und warum hinterlässt das Werk trotzdem einen ambivalenten Eindruck? Nun, die manchmal naiv, ja fast blauäugig wirkende Argumentation ist lässlich, denn dieser möglicherweise fälschliche Eindruck entsteht teilweise durch die „deutsche Brille“ des Rezensenten, teilweise auch durch die schlichte Tatsache, dass etliche Forschungen, die in diesem Buch diskutiert werden, eben schon rund zehn Jahre alt sind (das zugrundeliegende Projekt endete 2001!) und sich seitdem in diesem Feld eine Menge bewegt hat. Auch dass das eine oder andere Mal Vorwürfe gegen „die“ Forschung allgemein gerichtet werden (vgl. besonders S. 38 ff.), kann man übersehen. Die

Tatsache aber, dass das Buch nicht nur das Ergebnis eines Forschungsprojektes ist, sondern sich auch explizit als solches verkauft, dann aber normalen wissenschaftlichen Standards nicht genügt, ist problematisch.

Nach Meinung des Rezensenten muss ein solches Buch gar nicht zwangsläufig und im engeren Sinne wissenschaftlich arbeiten, aber wenn der äußere Anschein erweckt wird, dies sei so, dann muss auch „Kärnerarbeit“ geleistet werden. Es geht nicht an, dass immer wieder Belege fehlen, obwohl für den Experten offensichtlich Aspekte behandelt werden, die bereits breit in der Forschung diskutiert wurden. Auch dass seitenweise und noch dazu spärlich nur Quellen und keine Sekundärliteratur als Belege angeführt werden, ist suspekt. Hinzu kommt, dass selbst für den Kenner dieser Quellen auf Anhieb nicht klar ist, ob nun aus der Quelle zitiert wird oder aber die Quelle kommentiert wird. Dass dann noch oft große Abschnitte aus Chroniken als Belege für einzelne Thesen herhalten müssen, so dass der Leser oft gar nicht mit Sicherheit sagen kann, auf welcher Quellenstelle explizit denn nun die Deutung fußt, ist heikel. So großartige Anregungen das Buch daher auch vermittelt, es ist für andere Forscher kein verlässlicher Anker, weil man schlicht nicht sicher sein kann, nicht versehentlich den Gedanken eines Dritten zu zitieren, denn auch die Bibliographie ist eigentlich nur als Auswahlbibliographie der tatsächlich genutzten Werke zu bezeichnen – aber auch dies ist dem Werk nicht zu entnehmen.

Ist das Buch nun aufgrund der Kritik doch ein schlechtes Buch? Nein, auf keinen Fall. Denn es ist eine großartige, in jedem Fall lesenswerte Bereicherung, es ist ein Buch, das sicher zum Klassiker in seinem Forschungssegment wird. Um so ärgerlicher ist es, dass manch ein Beginn eines Diskussionsstrangs aufgrund des laxen Umgangs mit Belegen in späteren Jahren nicht mehr nachvollziehbar sein wird.

Raoul Zühlke, Neuss

VERA G. ČENCOVA: Ikona Iverskoj Bogomateri. Očerki istorii otnošenij grečeskoj cerkvi s Ros-siej v seredine XVII v. po dokumentam RGADA [Die Ikone der Gottesmutter aus dem Ivron-Kloster. Studien zur Geschichte der Beziehungen der griechischen Kirche zu Russland in der Mitte des 17. Jahrhunderts nach Dokumenten des RGADA]. Moskva: Indrik, 2010. 415 S. ISBN: 978-5-91674-102-5.

Die Thematik der russisch-griechischen Beziehun-

gen in vorpetrinischer Zeit, an der die russische Historiographie vor der Oktoberrevolution ein deutliches Interesse zeigte, war in sowjetischer Zeit vernachlässigt worden, bevor das Interesse in deren Spätphase wieder zunahm und bis heute anhält. Dies zeigt sich auch darin, dass seit 2003 alljährlich Vorträge zum Gedenken an Nikolaj Kapterev stattfinden, dessen Beiträge zur Erforschung dieser Beziehungen vor 1917 von besonderer Bedeutung waren. Galt lange Zeit Boris Fonkič als herausragender Kenner der Thematik, so hat sich die einer jüngeren

Generation angehörende Vera Čencova seit dem Beginn des letzten Jahrzehnts mit mehr als einem Dutzend Publikationen gleichfalls den Ruf einer profunden Kennerin der Thematik erworben. Ein guter Teil dieser Veröffentlichungen lässt sich als Vorarbeiten zu der hier zu rezensierenden Monographie bezeichnen. Diese schöpft aus den umfangreichen Archivbeständen des Moskauer RGADA und der Untersuchung von in zahlreichen Bibliotheken vorhandenen Handschriften; darüber hinaus hat sie die einschlägige Sekundärliteratur in zahlreichen Sprachen fast lückenlos berücksichtigt.

Ausgangspunkt der Monographie ist die heute im Museum des Novodevičij Monastyr' in Moskau befindliche Ikone, die nach dem Vorbild der sogenannten Portaitissa-Ikone im Iviron-Kloster auf dem Athos gemalt wurde und im Oktober 1648 nach Moskau gelangte. Mehrere bislang ungeklärte Fragen standen für die Verfasserin am Anfang ihrer Untersuchung. Um diese zu beantworten, genügte es nicht, sich am Inhalt der im Zusammenhang mit der Ikone stehenden Urkunden zu orientieren. Es war vielmehr nötig, diese Urkunden mit den Methoden der Paläographie und Diplomatik genauer unter die Lupe zu nehmen. Auf diese Weise gelangte die Verfasserin zu Ergebnissen, die weit über die anfängliche Fragestellung hinausführen und neues Licht nicht nur auf den titelgebenden Gegenstand, sondern auch auf die griechisch-russischen Beziehungen um die Mitte des 17. Jahrhunderts werfen.

Die Systematik des Buches ist thematisch, nicht chronologisch. Der erste Teil wendet sich den Urkunden und den Personen zu, die als deren Schreiber und Absender fungierten, sowie dem Weg derer, die die Schreiben überbrachten, nach Moskau und ihrer Ankunft dort. Die Analyse, mit der Čencova auch einige frühere Fehlidentifizierungen von Schreibern durch Kollegen zu korrigieren vermag, ergab, dass die Begleitschreiben der Ikone nicht auf dem Athos abgefasst wurden, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach in einem Metochion des Iviron-Klosters in der Moldau oder Walachei. Demselben Schreiber kann Čencova weitere Urkunden zuordnen, die indes andere Absender und Überbringer aufweisen. Auf diese Weise reisten griechische Kleriker innerhalb weniger Jahre mehrmals nach Moskau, wobei sie jedesmal ein anderes Kloster zu vertreten vorgaben. Was auf den ersten Blick wie Betrugsversuch anmutet, war Tarnung, so die Autorin. Hinter dem Auftreten als Bittsteller ließ sich leicht verbergen, dass man als Abgesandter des Zaporoger Kosakenhetmans Chmel'nickij, des moldauischen Hospodaren Vasile Lupu oder hoher orthodoxer Geistlicher mit einem

politischen Auftrag unterwegs war. Außerdem waren die Reisenden auch dem Posol'skij Prikaz von Nutzen, dem sie mit wichtigen Informationen dienten. Die Geld- und Sachgeschenke, die sie in Moskau erhielten, waren zum einen direkte Entlohnung, zum anderen wurden auf diese Weise finanzielle Mittel transferiert, die vor Ort politischen Zwecken dienen konnten.

Im zweiten Teil richtet sich der Blick der Verfasserin auf die Adressaten, vor dem Hintergrund der Beziehungen zwischen dem Moskauer Reich und Polen-Litauen sowie politischer Projekte griechischer Geistlicher, die sich in den Donaufürstentümern aufhielten. 1647 wurden die Grenzbehörden angewiesen, Griechen nicht mehr nach Moskau weiterreisen zu lassen. Den Grund hierfür sieht die Autorin im Wechsel der Leitung des Posol'skij Prikaz. Der neue Leiter Nazarij Čistoj war ein Protegé des Bojaren Morozov, der nach der Thronbesteigung von Aleksej Michajlovič die Moskauer Politik dominierte. Morozovs außenpolitische Konzeption orientierte sich an der des früheren Patriarchen Filaret, des Vaters von Zar Michail, die strikt anti-katholisch ausgerichtet war. Die Bestrebungen griechischer Prälaten wie des ehemaligen Patriarchen von Konstantinopel Athanasios Patelaros, der als Kreter auch venezianischer Untertan war und sich – vor dem Hintergrund des Kretischen Krieges – für eine Allianz Moskaus mit den katholischen Mächten gegen die Osmanen einsetzte, waren nun unerwünscht. Das Einreiseverbot wurde indes nicht strikt durchgesetzt, was wohl damit zu erklären ist, dass Morozov nicht verhindern konnte, dass andere in Moskau über Einfluss verfügende Kreise diesen zugunsten der Griechen geltend machten. Morozov musste nach der Erhebung von 1648 Moskau verlassen. Ein im Grunde mögliches Bündnis mit katholischen Mächten kam dennoch nicht zustande. Der Kosakenaufstand in der Ukraine, der im gleichen Jahr ausgebrochen war und die Rzeczpospolita erschütterte, schuf völlig neue Bedingungen. Patriarch Paisios von Jerusalem bemühte sich in Moskau nun darum, die Unterstellung der Zaporoger Kosaken unter den Zaren zu fördern.

Am Ende kehrt das Buch wieder zu seinem Ausgangspunkt zurück und behandelt die Anfänge der Verehrung der Iviron-Ikone in Moskau. Das Eintreffen der Portaitissa-Kopie wurde 1648 in Moskau, anders als es bislang stets behauptet, aber nie anhand der Quellen überprüft wurde, kaum beachtet. Viel mehr Aufsehen erregte dagegen die zweite Kopie, die die Ivironiten 1652 Nikon, nun Patriarch, überbrachten. Diese war es auch, so Čencova, und nicht die Kopie von 1648, wie man bisher meinte, die

1654 das zarische Heer auf seinem Feldzug nach Smolensk begleitete. Seit 1656 befand sich diese Kopie in dem von Nikon gegründeten Valdajskij Iverskij Monastyr'; in den Wirren der Russischen Revolution ging sie verloren. Im Zusammenhang mit der allgemein verbesserten Position der Griechen, nicht zuletzt im Kontext der seit 1649 unternommenen kirchlichen und liturgischen Reformen, gewann auch das Iviron-Kloster an Ansehen. Die Abstände zwischen den Bittreisen wurden auf drei Jahre reduziert; zugleich erhielt es das Nikolaus-Kloster „hinter dem Ikonenmarkt“ als Metochion (*podvor'e*) und war damit als einziges Athos-Kloster in Moskau präsent.

Die Monographie hat nicht nur zahlreiche Fragen im Zusammenhang mit der Iverskaja Bogomater' erhellt. Zugleich hat sie offengelegt, in welchem hohen Maß die griechisch-russischen Kontakte einen politischen Hintergrund hatten, was bisher zwar nicht un-

bekannt war, in diesem Umfang jedoch nicht wahrgenommen wurde. Zum Abschluss zieht die Autorin das Fazit, dass man sich bei der Erforschung der russisch-griechischen Beziehungen jener Zeit nicht nur auf jene Urkunden, die konkret im Zusammenhang mit einer Ikone oder einem Kloster stehen, beschränken darf, sondern das gesamte Archivmaterial der Zeit berücksichtigen muss, um nicht zu falschen bzw. oberflächlichen Schlüssen zu gelangen. Ihrem Urteil zufolge hat die Erforschung der Kontakte Russlands mit dem christlichen Orient noch kaum begonnen. Sie hat exemplarisch im vorliegenden Buch das Instrumentarium und die Methode für den Umgang mit dem reichen Fundus, den der Posol'skij Prikaz hinterlassen hat, vorgeführt. Wer sich in Zukunft mit dieser Thematik beschäftigt, wird sich mit dieser herausragenden Monographie messen müssen.

Ekkehard Kraft, Dossenheim

One Law for All? Western Models and Local Practices in (Post-)Imperial Contexts. Ed. by Stefan B. Kirmse. Frankfurt, New York: Campus, 2012. 297 S. = Eigene und fremde Welten, 25. ISBN: 978-3-593-39493-0.

Inhaltsverzeichnis:

<http://d-nb.info/1011915707/04>

Das Fortwirken der *Western legal tradition*, der Rechtstransfer, die Modernisierung und die Globalisierung lassen sich als zentrale Begriffe des von Stefan B. Kirmse herausgegebenen Sammelbandes benennen. Zugleich wird in diesem Buch die methodische Frage an die Rechtsgeschichte gestellt, mit welchen neuen Ansätzen und Fragestellungen diese Disziplin im Hinblick auf die Globalisierung arbeiten kann. Etliche Rechtshistoriker im Umfeld des Frankfurter Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte haben in jüngerer Zeit versucht, einen Weg für die Erweiterung der Disziplin in Richtung Lateinamerika zu finden, und auch auf dem Gebiet der Rechtshistoriographie Osteuropas wurden wichtige Schritte getan. Diese geographische und damit verbundene methodische Erweiterung bedeutet aber nicht die Entfernung von Methoden der europäischen Rechtsgeschichte, denn wie auch der vorliegende Band zeigt, reflektiert man auch bei der Analyse der russischen, afghanischen, chinesischen und lateinamerikanischen Geschichte der Rechtsentwicklung europäische Modelle und Methoden.

Der englischsprachige Sammelband von Stefan B. Kirmse stellt in diesem Kontext ein interessantes

Experiment dar. Der Herausgeber, Mitglied der „Arbeitsgruppe Recht“ am Berliner Sonderforschungsbereich „Repräsentationen sozialer Ordnungen“, veröffentlicht in diesem Band Beiträge zu einer Konferenz vom Jahre 2010 an der Humboldt-Universität Berlin. Zum Thema hinführend stellt KIRMSE ein- gangs für die zeitlich, geographisch und methodisch weit gestreuten Beiträge die imperialen bzw. postimperialen Rechtskulturen als gemeinsamen Nenner vor. Der Leser trifft hier auf Thesen, die aus der deutschen Geschichtsschreibung zur Reichsgründung und der damit verbundenen Rechtsvereinheitlichung im späten 19. Jahrhundert als Modell bekannt sind. Kirmse spricht mehrere Ansätze der neueren Rechtsgeschichtsschreibung an, zweifelt z.B. an der Anwendbarkeit der *legal transplants* (Alan Watson). Der Verfasser geht ebenfalls auf die Methode der US-amerikanischen *law and society*-Forschungsrichtung ein und hebt die soziokulturellen Hintergründe der Rechtsentwicklung als Prämisse der Analyse hervor.

Die Einzelstudien im ersten Abschnitt des Sammelbandes behandeln dann Rechtsreformen als Teil der Gesetzgebungsgeschichte. BENJAMIN BEUERLE veranschaulicht die Regelung der Todesstrafe im russischen Zarenreich. Nach einem kurzen Ausblick auf die Rechtsreformen des aufgeklärten Absolutismus konzentriert sich der Verfasser auf die Zeit zwischen den Revolutionen von 1905 und 1917 und die damaligen Debatten um die Abschaffung der Todesstrafe. Geschildert werden die liberalen Stellungnahmen und die Gesetzesentwürfe für die russische Legislati-

ve. In den Argumenten lässt sich das westliche Modell eindeutig erkennen.

Die Rechtsreformen in Afghanistan in den 1920-er Jahren untersucht BENJAMIN BUCHHOLZ. In dieser Zeit, als der Staat nach der Erlangung der Souveränität neu organisiert wurde, lag der Schwerpunkt der königlichen Modernisierungsbestrebungen auf der Aufhebung des Rechtspluralismus, obwohl das Recht hauptsächlich von traditionellen Elementen geprägt war. Zur Unterstützung der Rechtsreformen in der Bevölkerung wurde ein staatliches legislatives Organ (*loya jirgas*) ins Leben gerufen, dessen Tätigkeitsfeld der Autor ausführlich schildert. Buchholz' Studie ermöglicht nicht nur einen Einblick in die Verfassungs- und Rechtsgeschichte Afghanistans, sondern sie liefert auch einen gut strukturierten Überblick über die Rolle des Islam und des Gewohnheitsrechts der Stämme in einer auf der Tradition beruhenden Rechtsordnung.

LENA GAUTAM zeichnet die Adaptation westlicher Modelle anhand der Rolle der psychiatrischen Gutachten im russischen Verfahrensrecht insbesondere im Strafprozess des späten 19. Jahrhunderts nach. Die Thesen des italienischen Kriminalisten Cesare Lombroso und des deutschen Psychiaters Wilhelm Wundt wurden geradlinig adaptiert, stellt die Autorin fest. Als Fallstudie schildert Gautam die Tätigkeit eines der berühmtesten russischen Psychiater, Vladimir Bechterev.

Im zweiten größeren Abschnitt des Bandes werden Themen der Rechtspraxis erörtert, so z.B. die Akteure der Rechtspraxis, deren Rechtshandlungen aus den Quellen aber nur schwer zu ermitteln sind. CARLOS AGUIRRES Überblick zur Tätigkeit jener Rechtskundigen, die ohne juristische Ausbildung, aber dank praktischer Erfahrung jahrhundertlang eine feste Institution für rechtssuchende Indianer und Bauern bildeten, ist ein interessanter Beitrag zur Geschichte der Rechtswirklichkeit. Außer der vielfältigen Rolle dieser Rechtsinterpreten werden auch Segmente der peruanischen agrarischen Gesellschaft, juristische Professionen und die Prozessführung in der Neuzeit veranschaulicht. Hilfreich wäre aber ein zusätzlicher Vergleich mit der zeitgenössischen kontinentaleuropäischen Entwicklung der Prozessvertretung gewesen.

Die von JANE BURBANK gestellten Fragen zum *law in action* in Russland werfen ein Licht auf die Vielfalt der Normen im Zarenreich. Die Autorin prüft anhand von zwei Fällen die Akzeptanz der Normen durch die Bauerngemeinde.

Aspekte der chinesischen Privatrechtsentwicklung werden anhand von Fällen zur Eheschließung und -

scheidung von XIAOQUN XU erörtert. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts konkurrierten Normen des kaiserlichen Rechts und Gesetzentwürfe als von den Gerichten angewandtes Recht miteinander; dies änderte sich erst mit dem Inkrafttreten des Straf- und Zivilgesetzbuches. Zentrale Fragen dieser Studie sind die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Durchsetzung des individuellen Willens in Scheidungsangelegenheiten. Inwieweit diese Forderungen gegenüber einem modernisierten Rechtssystem zur Geltung kamen, wird anhand der Gesetzgebungsgeschichte des chinesischen Familienrechts dargestellt.

Im Hinblick auf das multiethnische und multi-konfessionelle russische Zarenreich untersucht STEFAN B. KIRMSE die Rechtswirklichkeit des Gerichtsverfassungsgesetzes von 1864 bei den Krim-Tataren. Ausgehend von den umfassenden Rechtsreformen der 1860er und 1870er Jahre stellt Kirmse fest, dass ein recht großer Unterschied zwischen Zentrum und Peripherie des Reiches bestand. Im Gebiet der Krim-Tataren wurden die neugeschaffenen erstinstanzlichen Gerichte von den Tataren akzeptiert, und sie wandten sich in Zivil- und Strafrechtsfällen an diese Gerichte. Dadurch wurde auf der Ebene der Rechtsanwendung der Rechtspluralismus aufgehoben, wie der Autor mit mehreren Fallbeispielen aus archivalischen Quellen sowie Zeitungsberichten belegt.

Dass der Rechtspluralismus in den kolonialen Gebieten noch breiter gefächert war, zeigt die Studie von ULRIKE SCHAPER. Die Autorin setzt sich mit der Geltung des Rechts in Kamerun auseinander, das von 1884 bis 1916/19 deutsche Kolonie war. Nicht nur das Recht war vielschichtig, auch die Gerichtsbarkeit wurde parallel zwischen kolonialem Recht und Stammesrecht entwickelt. Schapers Aufsatz zu verflochtenen Rechtswelten ist ein instruktiver Beitrag zur geographischen Erweiterung der neuzeitlichen deutschen Rechtsgeschichte.

Wären die Rechtsreformen in Mexiko nach der Erlangung der Unabhängigkeit ein Neubeginn, oder führte der Rechtsimport zur Kontinuität des Rechtssystems? Entlang dieser Frage entfaltet MANUEL DE LOS REYES GARCÍA MÁRKINA seinen Beitrag. In Zusammenhang mit dem Begriff der „Rechtskultur“ zeichnet der Autor die politische Geschichte Mexikos im 19. Jahrhundert nach, anschließend beschreibt er die Gesetzgebungsgeschichte des Strafgesetzbuchs. Dieses Gesetz ist als Import der *Western legal tradition* zu betrachten, wobei liberale Prinzipien zur Geltung kamen. Der Autor schildert die Eigenschaften dieses Gesetzes und stellt die Funktionswei-

se der Laiengerichte von Mexiko-Stadt ausführlich vor.

Der Band vereinigt Aufsätze zum Rechtspluralismus aus verschiedenen Ländern und belegt exemplarisch die Verflechtung der Rechtskulturen mit der *Western legal tradition*. Auch zur neuzeitlichen Rechts-

geschichte Russlands werden neue Forschungsergebnisse präsentiert. Weitere Untersuchungen sind erwünscht, damit Vergleiche zwischen den und innerhalb der Regionen möglich werden.

Katalin Gönczi, Magdeburg

Častnoe predprinimatel'stvo v dorevolucionnoj Rossii. Ėtnokonfessional'naja struktura i regional'noe razvitie, XIX – načalo XX v. Otv. red. B. V. Anan'ič / D. Dal'mann / Ju. A. Petrov. Moskva: Rosspen, 2010. 551 S., Tab. = Ėkonomičeskaja istorija. Dokumenty, issledovanija, perevody. ISBN: 978-5-8243-1505-9.

Table of contents:

<http://bvbr.bib->

[bvb.de:8991/exlibris/aleph/a21_1/apache_media/KJKEPSSRG4G2LR9H4XQI9LI4NCFXLG.pdf](http://bvbr.bib-bvb.de:8991/exlibris/aleph/a21_1/apache_media/KJKEPSSRG4G2LR9H4XQI9LI4NCFXLG.pdf)

Historians of Russia have turned their attention in the past decade to the pre-Soviet world of private business, a subject that Marxist scholars usually treated superficially, when they treated it at all. To the extent that historians, east or west, studied private entrepreneurs the focus most often fell on the merchants of Moscow, an obvious starting point because of their central position and the fact that many of the papers concerning their organization and activities had been published. The first survey of other commercial communities was Alfred J. Rieber's pioneering study "Merchants and Entrepreneurs in Imperial Russia" (Chapel Hill, 1982), in which he pointed out the contributions of peripheral groups such as the Poles, Jews, Greeks, Armenians, and Tatars, even if his primary focus remained on the Russians at the center.

Now Boris Anan'ich and his editorial colleagues have produced a study devoted exclusively to minority entrepreneurial communities. Although the editors unify the work conceptually by testing the ideas of Max Weber about religion and the rise of capitalism, what they have created is a valuable collection of four monographs, the first on the Old Believers, the second on the Kazan Tatars, the third on the Jews, and a smaller fourth section on western merchants, primarily Germans. Max Weber enters the discussion now and again, but only one contribution is specifically dedicated to his ideas: JAMES WEST's introductory essay on the Old Believers. He points out that although young historians in Russia nowadays like to assert the relevance of Weber for under-

standing the Old Believers, Weber's theory is of limited utility in explaining the behavior of what is a varied and complex religious group whose role in Russia's development requires detailed analysis of geography, theology and temporal periods. West finds that Weber's ideas help to explain some Old Believer practices such as lending and insurance but that Weber's views in regard to individualism have no parallel among Old Believers. Their objective was to save their belief and their communities that sustained it. It is interesting to observe, too, that although Weber took the trouble to learn Russian, he did not choose to apply his ideas to the Old Believers.

The first monograph is by VALERII KEROV and surveys the entrepreneurial history of the Old Believers, focusing on their various communal activities and on the fluctuating intensity of repression and persecution of these religious dissenters. Interestingly, in treating the historiography of Old Believer business culture, Kerov criticizes not just Soviet vulgarizations of these dissenters as fighters for freedom against tsarist repression but also rebukes James West (on the basis of his earlier work), James Billington, and Valentine Bill for peddling myths of the Old Believers as champions of resistance to tsarism. Kerov contends that once the Old Believers stopped hiding and began to organize businesses openly they met few barriers that they could not overcome by bribery (with the exception of the dark decade of repression from 1853–1863) and that from 1905 to the Revolution of 1917 they enjoyed what they themselves named a "golden age" of free enterprise.

The next monograph is on the Muslims and is the most instructive of the four because it brings into sharp focus the activities of a community that we know less of than the Old Believers, Jews, and Germans. This section is jointly authored by RAMIL SALIKHOV and RADIK KHAIRUTDINOV. It runs to 150 pages in small type and surveys in great detail the work of Muslim entrepreneurs, primarily in Kazan and its environs, from the late eighteenth century to the beginning of the twentieth. After the publication of a series of books in the past decade written from a Russian perspective on Russian ef-

forts to spread Orthodoxy in the east, it is refreshing to read about the work of Tatar business people who made great efforts to educate their people and to create opportunities for them. We also learn about the powerful resistance that the Tatars mounted against attempts to limit their commerce on Orthodox holy days and their insistent and successful demands for respect of their spiritual values and business practices. Here we meet again some of the families so vividly described by Karl Fuks in his early nineteenth-century descriptions and also their descendants, who in cooperation with the Jadidist intellectuals of the later century established schools, libraries, mosques, theaters, textbook publications, and even at the very end of the imperial era a gymnasium for Muslim girls and women. The successful ascent of Tatar business began in the eighteenth century with the opening provided by Catherine II's reforms to encourage enterprise. Since Tatars were excluded from most government posts, those with financial resources threw themselves into commerce and manufacturing. In this regard, the authors believe that Weber's thesis may be applied to the Tatars.

As the Tatar business elite expanded in size and wealth in the nineteenth century, many of its members came to enjoy the privileges of guild merchants and even honored citizens. They occupied positions on the boards of financial institutions and government consultative organizations. Nationalism grew among them in tempo with moves by the Orthodox Church and tsarist government to convert and to russify the Muslims, and a growing number of Tatar business people began to work with Jadidists to strengthen their confessional community. They sought to preserve the Islamic way of life by purging it of non-modern elements and adapting it to the challenges of an industrializing and urbanizing age. In this effort, they had to work not only against the Russian government's efforts to russify Tatars but also against conservative leaders in their own community who joined tsarist officials in branding the Jadidists and their business supporters as religious fanatics.

While Salikhov and Khairutdinov bring unprecedented detail to their study of Tatars and even present discussions of the activities of Old Believer and Jewish commercial groups in Kazan, the study leaves something to be desired stylistically and theoretically. Wishing apparently to be comprehensive and inclusive, Salikhov and Khairutdinov repeatedly insert long lists of names of entrepreneurs into their account, a practice that sometimes lends the study the literary qualities of the Kazan telephone direc-

tory. They also use throughout the Marxist labels that were *de rigueur* in Soviet time (bourgeoisie, capitalism, and the like) as if they are well understood, stable, and undifferentiated analytical categories.

The section on Muslims closes with a short essay by MIKHAIL SHATSILLO on the Muslim commercial communities in Moscow and St. Petersburg. The brief remarks simply note the small size of these communities and their involvement primarily in petty trade.

The section on Jewish entrepreneurs is broken into a series of short essays. The first is by GALINA UL'IANOVA and offers a detailed survey of the legislation affecting Jews in the imperial period. She points out the ambivalence of Russian policy in regard to the Jews. Government officials felt the need to respond to the fears and prejudices of Russian merchants who wanted to confine Jews to the Pale of Settlement in order to avoid having to compete with them, yet officials also understood the value that Jewish entrepreneurs brought to the state when they were given the freedom to expand their commercial activities to other regions. Two further essays, one by SERGEI LEBEDEV and another by PAVEL LIZUNOV, focus on Jewish population, commerce, and philanthropy in Petersburg, each emphasizing a different period. Even so, all three of these essays exhibit unnecessary repetitiveness, as the Lebedev and Lizunov chapters rehearse the legal developments that have already been treated in Ul'ianova's chapter. The section on the Jews finishes with an essay by IURII PETROV, a business historian at the Central Bank of the Russian Federation. He writes a brief biography of a single, if highly significant businessman and banker, Lazar' Poliakov, who was known as the "Russian Rothschild". This fascinating account reminds us that private banks of the imperial era were little regulated and did not have to publish accounts of their activities, a circumstance that tempted Poliakov to engage in wildly speculative schemes and eventually brought him to ruin.

The final section which treats foreign and primarily German business people in Petersburg and Moscow, is likewise broken up into four chapters by different authors and explores the religious and commercial outlooks of the foreigners and how they differed from those of their Russian counterparts. These chapters also look closely at a series of particular commercial institutions in which Germans played important roles.

Most collections of scholarly analyses by multiple authors are a bit uneven. This one does better than most in allocating ample space to each confessional

community and in maintaining a sound research foundation for each contribution. One could object that sections on the Greeks and Armenians in the south of the country should have been included, but the book is already very long. The editors deserve praise for gathering in a single volume a rich and densely packed survey of the four minority confessional commercial communities of imperial Russia that they chose. Some of these communities have

been studied in depth before, but it is useful to see them in comparative perspective and to subject them to analysis on the basis of the Weberian model. This collection will for some time into the future be an essential starting point for students who wish to look into the variety of entrepreneurial communities in Russia.

David L. Ransel, Bloomington, IN

KERRIN GRÄFIN VON SCHWERIN: Wissen und Kontrolle. Das Große Spiel in Asien im 19. Jahrhundert. Frankfurt, Berlin, Bern [usw.]: Lang, 2012. 377 S., Abb. ISBN: 978-3-631-63587-2.

Als Great Game wurde und wird in der Regel die Machtkonkurrenz zwischen dem Russländischen Reich und dem British Empire im 19. Jahrhundert in Zentralasien bezeichnet, wobei sich die direkte Auseinandersetzung zwischen den beiden Großmächten auf einen relativ überschaubaren Raum beschränkte. Die Verfasserin der vorliegenden Arbeit weitet jenes Aktionsfeld unter dem Titel „Großes Spiel“ auf fast den gesamten nordasiatischen Teil des Kontinents aus. Sie will sich damit nicht an den postkolonialen Theorien versuchen, wie sie eingangs festhält, sondern sich an die Diskussion über die koloniale Strategie der Beschaffung von Informationen und Wissen über den Orient und die Konstruktion von Differenzen zwischen Ost und West im konkreten Zusammenhang mit dem Great Game anschließen. Um den komplexen Aspekten und unterschiedlichen Phasen der Mächteauseinandersetzung gerecht zu werden, ist die Darstellung in vier größere Teile untergliedert.

Im ersten Abschnitt wird das Britische Kolonialreich unter den Aspekten Sicherheitspolitik, Informationsbeschaffung über Reiseberichte, Orientalismus in Architektur und bildender Kunst, orientalistische Wahrnehmungen der Kolonialgesellschaft und Konstruktion von Wissen untersucht. Auf Wirtschafts- und Handelsinteressen sowie die Funktionsweise der britischen Verwaltung in Indien wird im Weiteren eingegangen. Der zweite Teil hat unter der Überschrift „Great Game“ dessen Genese und die Rolle Persiens und Afghanistans als Schauplätze zum Gegenstand und geht in zwei Überblickskapiteln auf die Geschichte der Beziehungen Russlands mit Asien und die „russische Durchdringung Asiens“ ein. Hier erfährt der Leser u.a., dass die „russischen Fürstentümer Smolensk, Nowgorod und Kiew“ dreihundert Jahre den Mongolen untertan gewesen seien (S. 201),

dass Sibirien zu Beginn des 19. Jahrhunderts als Region nutzloser asiatischer Wüsteneien betrachtet worden sei, die Dekabristen für eine dem Volk verständliche Sprache eintraten oder dass die Bezeichnung Afghanistan vermutlich erst von den Briten erfunden worden sei (S. 171). Russlands Vordringen nach Zentralasien setzt mit dem Wendepunkt 1856 ein, nach der als Katastrophe empfundenen Niederlage im Krimkrieg und als Kompensation für die damit verbundene Demütigung. Gräfin Schwerin stützt sich hier ausschließlich auf die Ergebnisse der älteren Forschung und führt die hinlänglich bekannten Argumente an: Frustration, Prestigedenken und Langeweile der Militärs, wirtschaftliche Interessen etc., ohne Erkenntnisse eigener Recherche zu präsentieren. Folgt man ihrer Darstellung, so wäre Fürst Gorčakov, „ein milder zu Kompromissen neigender Kosmopolit“ (S. 223) gegen die Expansion gewesen, wobei sie sich auf dessen Zirkulardepesche von 1864 beruft. Sie glaubt nämlich, dass aus Kostengründen die Eroberung gar nicht vorgesehen gewesen sei, weil hier die Russen so ökonomisch wie die Briten gedacht hätten, die keine Eroberung ohne vorherige Kosten-Nutzen-Rechnung unternommen hätten. Daher habe auch der russische Außenminister im guten Glauben geschrieben, dass sich die „Grenze stabilisieren würde“ (S. 227). Das ist nun eine etwas überraschende Behauptung, denn hätte die Verfasserin den Text zu Ende gelesen, wäre sie eines Besseren belehrt worden. Wenig später schreibt sie dann wiederum, dass mit der Eroberung Taschkents deutlich wurde, dass die Russen doch „entschlossen waren, in den Khanaten Fuß zu fassen“ (S. 233). Auch dass 1878 russische diplomatische und militärische Aktivitäten in Kabul den Zweiten Britisch-Afghanischen Krieg ausgelöst hätten, ist in so verknappter Diktion zumindest mit einem Fragezeichen zu versehen. Gleiches gilt für Aussagen wie die, nach der Schlacht von Geok-Tepe habe General Skobelev der „Einfachheit halber“ die von den Turkmenen bewohnten Grenzgebiete Persiens dem Russländischen Reich eingegliedert. Das mag flott formuliert sein, ist aber

wie manche andere Darstellung einfach nicht richtig: Erste militärische Kontakte zwischen Russland und Chiva haben nicht im 19. Jahrhundert begonnen, sondern zu Beginn des 18. Jahrhunderts und nota bene mit dramatischen Folgen; auch war General Perovskij 1839 mit seinem mehr als 5.000 Mann starken Expeditionskorps samt Belagerungsartillerie und Spezialausrüstung nicht zu einer Strafaktion gegen das Khanat von Chiva losgezogen, sondern, um den choresmischen Herrscher zu stürzen, durch einen russischen Untertanen zu ersetzen, russische Konsulate zu errichten u.a. mehr. Diese Kenntnis ist nicht nur aus den Quellen zu gewinnen, sondern längst auch aus der einschlägigen Literatur, die wie etwa eine Arbeit Chalfins von der Gräfin sogar genannt wird.

Afghanistan als Pufferstaat wird im dritten Teil behandelt, der folgerichtig mit dem Zweiten Britisch-Afghanischen Krieg einsetzt, die Ära des Khans Abdurrahman beleuchtet, auf die Grenzziehungen und die Penjdeh-Krise eingeht. Letztere wird von der Verfasserin in ihrer Bedeutung für die internationalen Beziehungen jener Zeit gänzlich verkannt. Sie beruft sich auch hier auf die Sekundärliteratur, während ein Blick in die Akten gezeigt hätte, dass das von der Krise betroffene internationale Aktionsfeld von Port Hamilton/Korea über St. Petersburg, Kalkutta, Konstantinopel und Wien bis Paris und Berlin reichte. Es war der Kulminationspunkt des Great Game, der die allmähliche Wende in den Beziehungen zwischen dem British Empire und dem Zarenreich einleitete. Schließlich werden im vierten Teil „The Great Game auf dem Dach der Welt“ die Gebirgsregionen Zentralasiens zum Gegenstand der Untersuchung. In einzelnen Kapiteln wird die Erkundung von Himalaya und Trans-Himalaya, die Vermessung Kaschmirs und die Rolle der Pandits bei der Exploration Tibets mit ihren besonderen Strategien und Messtechniken kurz skizziert. Ausführlicher geht die Verfasserin dann den Entwicklungen in Ostturkestan während der Ära Yakub-Beks, den Entdeckungen im Pamir, der britischen Tibet-Politik und den britisch-russischen Spannungen im Nordwesten der sich dort berührenden imperialen Peripherien nach. Im Zentrum stehen dabei einige prominente Entdecker wie die Brüder Schlagintweit sowie die als Giganten apostrophierten Forscher Ney Elias und Nikolaj Przewalskij. Dass Gräfin von Schwerin Elias etwas ausführlicher vorstellt als andere Autoren ist berechtigt und begrüßenswert, ebenso, dass sie die britische Tibet-Politik bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges mit allen ihren Windungen sowie die komplizierten Regelungen der tibetanischen Eigen-

staatlichkeit zwischen Suzeränität und Souveränität erhellt.

In ihrem Schlusswort zieht die Südasien-Historikerin das Fazit, dass, obgleich Perser, Afghanen und Tibeter die Verlierer des Great Game gewesen seien, es weder Russen noch Briten gelungen sei, jene ihrer Kontrolle zu unterwerfen – ein mit Blick auf Afghanistan und Persien etwas zu apodiktisches Urteil. Auch ihr Schluss, dass das britische Imperium vor allem aus starken wirtschaftlichen Interessen zur Expansion getrieben worden sei, während das russische Vordringen nach Zentralasien die Durchsetzung imperialer und außenpolitischer Ziele verfolgt habe, wobei Recherche und Wissenschaft eine geringe Rolle gespielt hätten, entspricht zwar auch den Befunden der Darstellung, ist aber sehr zu hinterfragen.

Die Schlussbetrachtung endet mit einem Ausblick, der bis in die Gegenwart Indiens und Afghanistans reicht, in der die Historikerin weitere Belege dafür findet, dass die westlichen Regierungen trotz militärischer Überlegenheit hilflos seien, weil sie wie ihre historischen Vorläufer die asiatischen Gegner nicht verstünden.

Das Buch hinterlässt beim Leser einen zwiespältigen Eindruck. Offensichtlich ist es für einen größeren Leserkreis und nicht unbedingt für Fachleute geschrieben worden. Jedenfalls fehlt ein Überblick zum Stand der Forschung. Auch eine Diskussion des Begriffs Great Game bzw. Großes Spiel und seine Verwendung durch die Verfasserin wäre wünschenswert gewesen. Die Arbeit bietet insgesamt einen guten Einstieg in die Geschichte der imperialen Expansion der Briten in Zentralasien und einen Überblick über die von Indien aus betriebene Erkundung und Akquirierung von Wissen als Strategie zur Kontrolle und Beherrschung noch unerschlossener kolonialer Räume. Dagegen weist die Darstellung des russischen Widerparts der Briten einige Defizite auf. Obwohl Gräfin von Schwerin in der Arbeit weit in die Geschichte Russlands zurückgreift, ist ihr z.B. gänzlich entgangen, dass Zentralasien nicht erst infolge der Niederlage im Krimkrieg, sondern schon seit Peter I. ein Ziel systematischer russischer Expansionsbestrebungen gewesen war und dass ganz im Gegensatz zu ihrem Diktum die wissenschaftliche Erkundung und Erschließung eine entscheidende Rolle gespielt haben. Allein zwischen 1700 und 1860 wurden von Russland mindestens achtzig Expeditionen und Erkundungsmissionen in Marsch gesetzt, um Land und Leute, Handel und Wandel in der Steppe und in Transoxanien sowie die geographischen Verhältnisse und vor allem die Anmarschrouten bis Indien zu erkunden. Zugegebenermaßen sind diese Unterneh-

men noch längst nicht alle wissenschaftlich aufgearbeitet. Aber genügend Hinweise lassen sich dazu auch in der einschlägigen Literatur finden. Die vorliegende Arbeit ignoriert aber vollkommen die auf

Russisch und Deutsch erschienenen Forschungsergebnisse zum Thema.

Rudolf A. Mark, Lüneburg

Pol'sha i Rossija v pervoj treti XIX veka. Iz istorii avtonomnogo Korolevstva Pol'skogo. 1815–1830. Otv. red. Svetlana M. Fal'kovič. Moskva: Indrik, 2010. 583 S., Tab. ISBN: 978-5-91674-087-5.

Der Wiener Kongress brachte 1815 zum ersten Mal seit 1795 den Namen Polen zurück auf die europäische Karte. Aus dem von Napoleon geschaffenen Herzogtum Warschau kreierte die Siegermächte das Königreich Polen, einen halbsouveränen Staat, der in Personalunion mit dem Russischen Reich verbunden war. Obwohl das Königreich – im Russischen: Zar-tum – Polen eine eigene Verfassung erhielt, wahrte seine Autonomie nicht lange: Nach dem Novemberaufstand des Jahres 1830 wurde es ans Russische Reich angeschlossen und nach der Erhebung von 1863/1864 unter dem Namen Weichselgebiet vollends in dessen Struktur inkorporiert.

Ein Autorenkollektiv des Instituts für Slawische Studien an der Russischen Akademie der Wissenschaften hat den ersten fünfzehn Jahren der Existenz des Königreichs Polen eine umfangreiche Monographie gewidmet. Der Fokus auf diese Zeitspanne ist überaus legitim, denn bisher hat sich die Geschichtswissenschaft des sogenannten Kongresspolens meist entweder nur als einer transitorischen Episode im Rahmen von Gesamtdarstellungen angenommen oder einen Schwerpunkt auf die Aufstände gelegt.

Als zentrale Frage definiert die Herausgeberin SVETLANA FAL'KOVIČ die Vereinbarkeit des autokratischen Herrschaftsprinzips und der konstitutionellen Verfasstheit. Etwas befremdlich wirkt die Legitimierung dieser Problemstellung allerdings durch das aktuelle Verhältnis von Zentrum und Peripherie in Russland sowie die Möglichkeit, aus der historischen Erfahrung Lehren für die Gegenwart zu ziehen (S. 7–8).

Das Aufeinandertreffen des Zarenreichs und des neuen polnischen Staates, ihrer politischen und wirtschaftlichen Systeme und schließlich ihrer Einwohner will die vorliegende Monographie in seiner ganzen Breite untersuchen. Diesem Streben nach Vollständigkeit entsprechend ist die Studie handbuchartig angelegt: In sieben großen Kapiteln schreitet sie von der Gründung des Königreichs auf dem Wiener Kongress über Beschreibungen der sozialen Struktur

und der Wirtschaft, die Darstellung der politischen Institutionen des Königreichs zum Wechselspiel der polnischen Gesellschaft mit der zarischen Verwaltung, dem Kulturleben und den Kontakten zwischen Russen und Polen. Im Anhang ist die Verfassung des Königreichs Polen abgedruckt.

GALINA MAKAROVA stellt im ersten Kapitel den Weg zur Gründung des Königreichs dar. Im Mittelpunkt steht die Rolle Adam Czartoryskis bei der Formulierung der russischen Polenpolitik sowie deren gesamteuropäischer Kontext. Widersprüchlich fällt die Wertung der Verfasserin aus, die zunächst feststellt, dass das Ergebnis des Wiener Kongresses in der polnischen Frage auf die komplexe politische Situation zurückzuführen sei (S. 85), und anschließend die Gründung des Königreichs Polen dem persönlichen Durchsetzungsvermögen Alexanders I. zuschreibt (S. 97).

Das von BORIS NOSOV verfasste Kapitel zur sozialen Struktur des Königreichs hat vor allem enzyklopädischen Wert. Es enthält detaillierte Angaben zu den einzelnen sozialen Schichten, die auch in Form von zahlreichen Tabellen erscheinen. Kurz geht Nosov auf Veränderungen des sozialen Gefüges durch die neue Staatlichkeit ein, etwa in Bezug auf den Adel, dessen untere Schichten sich immer stärker von ihrem Stand lösten und sich den unprivilegierten Bevölkerungsgruppen näherten. Als einziger Autor des Buches betreibt Nosov in diesem Zusammenhang Quellenkritik.

Das dritte Kapitel, aus der Feder von LJUDMILA MARNEJ, ist den Entwicklungen in der Wirtschaft des Königreichs gewidmet. Dieser Abschnitt bietet eine umfangreiche Datensammlung zu den einzelnen Wirtschaftszweigen. Das Russische Reich dient als Vergleichsfolie, wobei gelegentlich auch die Wechselwirkungen zwischen den beiden Wirtschaftsräumen thematisiert werden.

In seinem zweiten Beitrag zu diesem Band schildert NOSOV auf der Grundlage der Verfassung des Königreichs dessen politische Struktur. Dabei zieht er die polnische Verfassung vom 3. Mai 1791 als Vergleich heran. In die Darstellung der Strukturen werden biographische Skizzen einzelner Würdenträger eingeflochten.

Die Herausgeberin SVETLANA FAL'KOVIČ widmet sich in einem eigenen Kapitel den Stimmungen in

der polnischen Bevölkerung des Königreichs. Das unterschiedliche Verständnis von den konstitutionell verbriefenen Rechten löste bereits wenige Jahre nach dem Wiener Kongress Konflikte zwischen Teilen der polnischen Eliten und der zarischen Macht aus. Allgegenwärtige Ängste vor einer Revolution veranlassten Alexander I., die Autonomie des Königreichs immer mehr zu beschneiden, was eine immer größere Enttäuschung und Opposition auf polnischer Seite hervorrief.

Von OL'GA KAŠTANOVA stammt das Kapitel zum Kulturleben im Königreich. Unter Kultur werden hier Bildungseinrichtungen, Theater, Musik und bildende Kunst verstanden. In allen Bereichen der polnischen Hochkultur stellt die Autorin eine stärkere Verankerung des nationalen Gedankens fest.

Das letzte Kapitel, von NATALIJA FILATOVA verfasst, ist den Kontakten zwischen Russen und Polen gewidmet. Die Wahrnehmung des Anderen war bei den Polen durch die Erfahrung der Teilungen geprägt. Auf russischer Seite wirkten antipolnische Ressentiments aus den Zeiten des Krieges gegen Napoleon nach, und auch der Neid auf die liberale Verfassung des Königreichs prägte das Verhältnis zu Polen. Nur im Rahmen slawophiler Stimmungen lässt sich ein Streben nach Vereinigung erkennen.

Wenn die Überschriften der einzelnen Kapitel wichtige Aspekte adressieren, lösen die Texte der

sechs Autoren ihr Versprechen nur ansatzweise ein. Im Vordergrund steht eine detailreich erzählte Ereignisgeschichte, die weder fragengeleitet noch argumentierend dargestellt wird. Eine tiefgehende Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand fehlt sowohl in der Einleitung als auch in den thematischen Abschnitten. Bedauerlich ist, dass die Autoren fast ausschließlich russisch- und polnischsprachige Forschungsliteratur zur Kenntnis nehmen. Zudem wäre insgesamt ein größerer Anmerkungsapparat angebracht gewesen, denn nicht nur erwartet der Leser bei der handbuchartigen Anlage des Buches weiterführende Literaturhinweise, sondern es werden auch viele Zitate nicht ausreichend belegt. Wie ein Relikt aus der sowjetischen Zeit mutet die Verwendung von Begriffen wie „Zarismus“ (z.B. S. 9, 519) oder „*inostranščina*“ (S. 431, eine abwertende Bezeichnung für ausländische Einflüsse) an.

Den Autoren fehlt der Mut zur These. Als Ergebnis der Studie steht im Schlusswort der Herausgeberin, dass die Annäherung zwischen Polen und Russen in den Jahren 1815–1830 aufgrund der Unvereinbarkeit des autokratischen Herrschaftssystems mit dem konstitutionellen Prinzip gescheitert sei. Für ein über fünfhundert Seiten starkes Buch ist es enttäuschend wenig.

Daria Sambuk, Halle (Saale)

Geisteswissenschaften und Publizistik im Baltikum des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Hrsg. von Norbert Angermann, Wilhelm Lenz und Konrad Maier. Berlin, Münster: LIT, 2011. 551 S. = *Schriften der Baltischen Historischen Kommission*, 17. ISBN: 978-3-643-11224-8.

Inhaltsverzeichnis:

[http://bvbr.bib-](http://bvbr.bib-bvb.de:8991/exlibris/aleph/a21_1/apache_media/S)

[bvb.de:8991/exlibris/aleph/a21_1/apache_media/S](http://bvbr.bib-bvb.de:8991/exlibris/aleph/a21_1/apache_media/S)
M6FNITAP9KNUV6P89L57D69EP1PS6.pdf

In den letzten zwei Jahrzehnten hat die Biographie als historische Darstellungsform an neuer Bedeutung gewonnen, nachdem das Individuum lange Zeit in strukturanalytisch ausgerichteten Untersuchungen eher randständig behandelt worden war. Aber gerade in der historischen Betrachtung gemischtnationaler Regionen lassen sich die vielfältigen Verbindungen über ethnische und sprachliche Grenzen hinweg mit einer personengebundenen Betrachtungsweise besonders gut nachzeichnen. Die in Göttingen ansässige Baltische Historische Kommission nimmt diesen

Befund zum Anlass, sich dem „nationalen“ „langen 19. Jahrhundert“ im Baltikum von 1800 bis 1918 dezidiert aus diesem Blickwinkel zu nähern – mit einem gewissen Schwerpunkt auf der zweiten Jahrhunderthälfte bis hin zum Ende des Ersten Weltkriegs. Die Herausgeber begründen damit zugleich eine Reihe „Baltische Biographische Forschungen“. Vorgestellt werden Persönlichkeiten, die aufgrund ihres Wirkens als Geisteswissenschaftler und Publizisten in die nationalen Konfrontationen und Kooperationen jener Zeit eingebunden waren. Es werden damit Felder wie Geschichts- und Sprachwissenschaften, Archivkunde und Journalistik angesprochen, die mithin eine herausragende Bedeutung in der Artikulation des „nationalen Erwachens“ der „kleinen Völker“ (Günther Stökl) aufweisen.

Zum Band haben zwanzig Autoren aus mehreren Nationen – Deutschland, Estland, Lettland, Österreich, Polen – und unterschiedlichen Disziplinen beigetragen, weshalb die Herangehensweise durchaus variiert und von einer Analyse fachwissenschaftlicher Aktivitäten der Porträtierten bis hin zu überblicksartigen Darstellungen reicht. Etwa die Hälfte der Un-

tersuchungen ist deutschen bzw. deutsch-baltischen Persönlichkeiten gewidmet. Zwei der Autoren sind zwischenzeitlich bereits verstorben, mit dem US-amerikanischen Russland- und Osteuropahistoriker Edward C. Thaden einer bereits im Jahr 2008. Die Aufsätze geben also nicht unbedingt den Forschungsstand des Erscheinungsjahres 2011 wieder – ein gravierender Nachteil ist dies allerdings nicht, da zu vielen der vorgestellten Protagonisten nur ältere Beiträge bzw. noch gar keine in deutscher Sprache vorliegen. Damit ist bereits ein wichtiges Verdienst des Bandes benannt, der zahlreiche auch in der Fachwissenschaft „Vergessene“ wieder zurück ins Bewusstsein holt und darüber hinaus die Erkenntnisse baltischer Historiker für den deutschsprachigen Wissenschaftsbetrieb fruchtbar macht.

Auf eine Erwähnung aller Beiträge soll hier verzichtet werden. Stattdessen möchten wir Fallbeispiele von in der deutschsprachigen Forschung bisher kaum beachteten Persönlichkeiten vorstellen, die die Schwierigkeit der Zuschreibung nationaler Zugehörigkeit zeigen – nicht nur die Postmoderne kennt plurale, einander überlappende, ergänzende und zum Teil (scheinbar) widersprechende Identitäten. Der in Krakau lehrende Historiker KRZYSZTOF ZAJAS beschäftigt sich in diesem Zusammenhang mit Gustaw Manteuffel (1832–1916), einem im heute lettischen Dricāni (Drycany, Dritzen) geborenen polnisch-livländischen Autor. Obwohl zu Lebzeiten ein äußerst produktiver Publizist, ist sein Œuvre nach seinem Tod weitgehend in Vergessenheit geraten – für das Jahr 2013 ist immerhin eine mehrbändige kritische Werkausgabe angekündigt. Als Sohn einer polonisierten kurländischen Ritterfamilie wurde Manteuffel – auch: Gustaw Baron Manteuffel-Szoegé – mehrsprachig erzogen und besuchte deutschsprachige Ausbildungsstätten in Mitau (Mitawa, Jelgava) und Dorpat (Tartu). Von der Ausbildung her Staatskundler, befasste er sich in seinem publizistischen Wirken als „begeisterter Volkskundler“ intensiv mit Geschichte, Kultur und Brauchtum Polnisch-Livlands – seiner Heimat. Sein Buch „Polnisch-Livland“ aus dem Jahr 1869, das er selber ins Polnische („Inflanty Polskie“, 1879) übersetzte und in dieser Fassung stark erweiterte, bildete die erste umfangreiche Landeskunde der Region. Darin nahm Manteuffel eher eine polnisch-nationale Perspektive ein, wohingegen eine Artikelsammlung unter dem Titel „Listy znad Bałtyku“ („Briefe aus dem Baltikum“) von 1886 auch lettisch-estnische Perspektiven erkennen lässt. Seine nur in Auszügen veröffentlichten „Abrisse aus der Geschichte alter livländischer Gebiete“ (1892) sorgte dementsprechend für einige Kontroversen in

einer Zeit des „nationalen Erwachens“, in der sowohl polnische als auch lettische Autoren für klare Zugehörigkeiten argumentierten. Manteuffel hingegen betonte eine gewisse kulturelle Eigenständigkeit ‚seines‘ Polnisch-Livlands auf der Basis des katholischen Glaubens – im Kampf gegen die von ihm angenommene „Missachtung“ der Region durch die Baltendeutschen und gegen die zunehmende Russifizierung nach dem Januaraufstand von 1863 und der symbolischen Umbenennung von Universität und Stadt Dorpat in Jur’ev 30 Jahre später.

Mit Fragen der Russifizierung beschäftigt sich auch der Beitrag der estnischen Geschichtslehrerin ANNELI LÖUNA. Ihr ‚Held‘ Jüri Truusmann (1856–1930) bleibt ebenso wie Manteuffel eine ambivalente Persönlichkeit. Sohn einer estnischen Bauernfamilie aus der Region Dorpat, erhielt er eine Ausbildung am (orthodoxen) Geistlichen Seminar in Riga und später an der Geistlichen Akademie in St. Petersburg. Seine Dissertation „Vvedenie christianstva v Lifljandii“ („Die Einführung des Christentums in Livland“, 1884) wurde sowohl für die russische als auch die estnische nationale Propaganda benutzt – für erstere, weil Truusmann den frühen Einfluss der russischen Orthodoxie in Livland behandelte, und für letztere, weil mit zum ersten Mal ein Thema der estnisch-livländischen Geschichte wissenschaftlich durch einen Gelehrten estnischer Herkunft behandelt wurde. Seine Zeit in der russischen Hauptstadt trug in jedem Fall mit dazu bei, dass Truusmann treu zur Zarenherrschaft stand. 1885 wurde er zum Einzelzensor in Reval ernannt und hielt dieses Amt bis 1908 inne, womit er für die Begutachtung der im Gouvernement Estland erscheinenden estnisch-, russisch- und deutschsprachigen Periodika, die estnischsprachige Theaterdichtung und auch das geistliche Liedgut der evangelisch-lutherischen Kirche verantwortlich war. Sein Tätigkeit hier scheint weniger von ‚nationalen‘ Standpunkten als von seinen eigenen moralisch-religiösen Überzeugungen geprägt gewesen zu sein, die sich etwa gegen die revolutionäre Bewegung und die Darstellung gesellschaftlicher Probleme richteten. Zugleich gehörte Truusmann mehreren estnisch-nationalen Vereinen an. Sein Engagement dort blieb aber eher zurückhaltend, zumal er für die Beibehaltung der Zugehörigkeit Estlands zu Russland optierte, wenn auch als autonome Provinz.

Während die Mehrzahl der Beiträge sich eher dem heutigen estnisch-lettischen Raum widmet, beziehen sich nur wenige auf das heutige Litauen. Dazu gehört derjenige der an der Universitätsbibliothek Tartu tätigen Bibliothekarin LJUDMILA DUB’EVA, die das Forscherleben Ivan Ivanovič Lappos (1869–

1944) vorstellt. Lappo wurde in Carskoe Selo (heute: Puškin) bei St. Petersburg als Abkömmling eines in russischen Staatsdiensten stehenden litauischen Adelsgeschlechts geboren. Nach der Studium in der russischen Hauptstadt und einer Tätigkeit als Lehrkraft u. a. bei der „Kaiserlichen Pädagogischen Gesellschaft für höhere Töchter“ wirkte von 1905 bis 1918 als Professur für Russische Geschichte an der Universität Dorpat bzw. Jur'ev. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehörte die Geschichte des Großfürstentums Litauen. In St. Petersburg freilich stand Lappo mit seiner Vorliebe abseits der dortigen historischen Schule; erst in Dorpat konnte er ihr intensiver nachgehen. In diesem Zusammenhang war er maßgeblich an der Edition der „Litauischen Matrikel“ (auch: „Litauische Metrik“), also der historischen Staatsdokumente des Großfürstentums und mithin einer der wichtigsten Quellensammlungen zu dessen Geschichte, beteiligt. Nach der deutschen Besetzung des Baltikums Anfang 1918 musste die Universität ihre Tätigkeit einstellen. Lappo setzte seine Forschungen – nach einem mehrmonatigen Aufenthalt in Prag – zunächst im zentralrussischen Voronež

fort, bevor er von 1933 bis 1940 an der Universität von Kaunas lehrte. Auch hier sollte sein Schicksal erneut vom Krieg geprägt werden: Die Hochschule wurde zum 1. Januar 1940 nach Vilnius verlegt. Unter ungeklärten Umständen verschlug es Lappo wahrscheinlich nach Dresden, wo er im Dezember 1944 bei einem Luftangriff umkam.

Dem Charakter des durch ein Personenregister gut erschlossenen Sammelbandes ist es geschuldet, dass gerade Überblicksbeiträge wie der letztgenannte weitgehend im Deskriptiven verharren. Gleichwohl gelingt es, interessante Perspektiven auf die „nationale(n) Frage(n)“ im Baltikum zu eröffnen und deren Zusammenhang mit religiösen und sprachlichen Problemen einmal mehr zu verdeutlichen. Die Schilderung der Einzelschicksale wirft zugleich ein Licht auf die Auswirkungen der gesellschaftlichen und politischen Umbrüche in der Region, zeigt Aspekte von Flucht, Vertreibung, Exil und Fremdherrschaft eindrücklich auf. Anstöße für weitere Forschungen sind mit alledem reichlich gegeben.

Martin Munke, Chemnitz

Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Band IX: Soziale Strukturen. 1. Teilband: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teilband 1/1: Lebens- und Arbeitswelten in der industriellen Revolution. Teilband 1/2: Von der Stände- zur Klassengesellschaft. Hrsg. von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch. Redaktion Ulrike Harmat. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2010. Teilband 1/1: XIV, 781 S., Tab., Graph.; Teilband 1/2: XII, 1039 S., Tab. ISBN: 978-3-7001-6892-8.

In dem aus zwei Teilbänden (sowie einem Karten- und Statistikband, IX/2, der der Rezensentin jedoch nicht vorlag) bestehenden IX. Band „Soziale Strukturen“ der von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften unter der Leitung von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch herausgegebenen monumentalen Reihe „Die Habsburgermonarchie“ zeichnen die knapp vierzig, hauptsächlich österreichischen, ungarischen und tschechischen Autoren die ganz unterschiedlichen Lebens- und Arbeitswelten in den einzelnen Ländern der Habsburgermonarchie in der Zeit von 1848 bis 1918 nach. Dass es sich bei diesem Themenbereich um eine äußerst schwierige Aufgabe für die Autoren gehandelt hat, hebt schon der Herausgeber HELMUT RUMPLER in seinem Vorwort hervor, der diesen Band als „bisher

schwierigstes Projekt“ (S. XIII) der Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie (1848–1918) bezeichnet. Die ganz unterschiedliche Entwicklung der gesellschaftlichen Welten in den beiden österreichischen Reichshälften habe die Kommission dazu bewegt, die ungarische Reichshälfte gesondert von Cisleithanien darzustellen und darüber hinaus nur von ungarischen Autoren bearbeiten zu lassen. Auf eine gesonderte Behandlung der Nationalgesellschaften in Cisleithanien habe man dagegen verzichtet, da „urbane, ländliche oder kulturell-konfessionelle Lebenswelten [...] sich als stärkere Strukturierungselemente“ erwiesen hätten. Auch in seinem Einleitungsbeitrag „Das Problem der sozialen und personalen Integration in heterogenen Gesellschaften“ weist Helmut Rumpler auf die langjährige Skepsis der Wissenschaftler aus den ehemaligen Ländern der Habsburgermonarchie hin, eine Sozialgeschichte der Habsburgermonarchie schreiben zu können. Diesen methodischen Pessimismus habe die Kommission aber nicht geteilt und daher versucht, dem Band eine „wertneutrale Systematisierung“ zugrunde zu legen. Dies kommt auch in dem Titel des IX. Bandes zum Ausdruck, bei dem man bewusst „Soziale Strukturen“ und nicht den Begriff „Sozialgeschichte“ verwendet hat.

Von diesem Ansatz ausgehend widmet sich der IX. Band allgemein dem Wandel „von der feudal-

agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft“ in der Zeit von 1850 bis 1914, und zwar im Teilband 1/1 den „Lebens- und Arbeitswelten in der industriellen Revolution“ und im Teilband 1/2 dem Wandel „von der Stände- zur Klassengesellschaft“. Von den sozioökonomischen Veränderungen in jener Zeit waren alle sozialen Schichten der Habsburgermonarchie, unabhängig von ihrer nationalen oder konfessionellen Zugehörigkeit, betroffen. Der grenz- und nationenüberschreitende Wandel des Arbeitsmarktes vollzog sich jedoch in den einzelnen Ländern und Regionen in unterschiedlicher Geschwindigkeit und Intensität. Dieser Wandel wird in den beiden Bänden in einem breitgefächerten Themenkatalog dargestellt.

Teilband 1/1 gliedert sich in zwei Kapitel mit den Titeln „Die Wende zur Industrie- und Wissensgesellschaft“ sowie „Lebens- und Arbeitswelten“. Im ersten Kapitel befasst sich HANS PETER HYE mit den technologischen Neuerungen und Erfindungen und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft. In ihrem Beitrag über die „Bildungsrevolution“ widmen sich gleich drei Autorinnen – MARGRET FRIEDRICH, BRIGITTE MAZOHL und ASTRID VON SCHLACHTA –, den Folgen der Schulreform in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sowie der unter dem Minister für Kultus und Unterricht, Leopold Graf von Thun-Hohenstein, durchgeführten umfassenden Hochschulreform. Weitere Beiträge befassen sich mit dem modernen Kommunikations- und Medienwesen (MIRKO HERZOG und WOLFGANG PENSOLD), mit der Bevölkerungsentwicklung 1850–1910 (HEINZ FASSMANN), mit der Urbanisierung (RENATE BANI-K-SCHWEITZER) sowie mit den „politischen und rechtlichen Voraussetzungen der sozialen Entwicklung“ (BRIGITTE MAZOHL). Im zweiten Kapitel widmen sich ERNST BRUCKMÜLLER, GERHARD MEISSEL, JÁNOS SZULOVSKY sowie PETER EIGNER den Arbeitswelten in Cis- und Transleithanien, WOLFGANG MADERTHANER und GÁBOR GYÁNI den urbanen Lebenswelten, HANNES STEKL den „Klein- und mittelstädtischen Lebenswelten“ sowie HANS HEISS dem „ländlichen und städtischen Familienleben“. WALTRAUD HEINDL befasst sich in ihrem Beitrag mit dem Wandel der „Geschlechterbilder und Geschlechterrollen“ und untersucht hier, inwieweit die Geschlechterdebatten Einfluss auf die soziale Realität hatten. Über die konfessionellen Milieus schreibt RUPERT KLIBER, der nach der Identitäten stiftenden Wirkung der Konfessionen fragt.

Im Teilband 1/2 geht es mit dem dritten Kapitel weiter, das sich den Veränderungen in den Ständen widmet. Mit dem Bauernstand befasst sich ERNST

BRUCKMÜLLER, mit der Arbeiterklasse JIŘÍ KOŘÁLKA, mit dem Bürgertum in Cisleithanien OLIVER KÜHSCHMEL, mit dem „Besitz- und Bildungsbürgertum in Ungarn“ KÁROLY HALMOS, mit dem erbländischen Adel HANNES STEKL, mit dem galizischen Adel MILOŠ ŘEZNÍK und mit den Magnaten und der Gentry in Ungarn ULRIKE HARMAT. Das vierte Kapitel ist den „sozialen Gruppen jenseits der Klassen“ gewidmet. Dort befasst sich VICTOR KARÁDY mit der Intelligenz in Ungarn, HELMUT RUMPLER allgemein mit den Intellektuellen in Cisleithanien, WALTRAUD HEINDL mit dem Beamtentum in Cisleithanien, GÁBOR BENEDEK entsprechend mit dem Beamtentum in Ungarn. WALTRAUD HEINDL bezieht sich in ihrem Beitrag allgemein auf die Beamtschaft in der Habsburgermonarchie, die sie als eigenen „Mikrokosmos“ innerhalb der Gesellschaft bezeichnet. Sie hebt hervor, dass es schwierig sei, die tatsächliche Anzahl der Beamten festzustellen, da die zeitgenössischen Angaben stark variieren. Es ist erstaunlich, dass es nach wie vor so wenige neuere Untersuchungen über diese in allen Kronländern gleichermaßen präsente soziale Gruppe der Habsburgermonarchie gibt – abgesehen von den verdienstvollen Studien über die österreichischen Beamten von Waltraud Heindl selbst sowie die einige Jahre ältere von Karl Megner. Waltraud Heindl hebt in ihrem Beitrag das besondere Verhältnis der Beamten zum Kaiser hervor, der unabhängig von ihrer nationalen Identität, Gehorsam und Loyalität von ihnen erwartete. Die Beamten konnten sich zwar eines in allen Kronländern gültigen Besoldungssystems erfreuen, allerdings entsprachen dessen Gehälter nicht immer den örtlichen Realitäten. Die fehlende finanzielle Anpassung der Gehälter führte gerade in den unteren Beamtengruppen zu einer Verarmung, so dass der Beruf an Ansehen und Attraktion für den Nachwuchs verlor. Erst 1873 wurde ein neues Beamtengehaltsgesetz verabschiedet, das dieser dramatischen Verschlechterung der sozialen Lage der unteren Gruppe der Beamtschaft entgegenwirkte. Auch der Beitrag von WILLIAM D. GODSEY weist schon in seinem mit bereiten Klammern versehenen Titel „Der österreichisch(e) (-ungarische) Diplomatische Dienst zwischen Stände- und Nationalgesellschaften“ auf das übernationale Potential dieser sozialen Gruppe hin. Eine ebenso übernationale soziale Gruppe bildete bekanntlich das k. und k. Militär, dem sich PETER MELICHAR und ALEXANDER MEJSTRIK widmen. Ähnlich wie die Beamtschaft zählte auch das Militär zu derjenigen sozialen Gruppe, die in allen Kronländern vorhanden und multinational geprägt war. Allerdings blieben hier die Füh-

rungspositionen mit fast 80 Prozent den deutschen Offizieren (1910) vorbehalten, so dass sich gerade im Militär ganz deutlich das soziale Gefälle zwischen den Nationalitäten widerspiegelt. Hinzu kam, dass das Militär, ähnlich wie der Diplomatische Dienst, eine traditionelle Domäne der Adelsfamilien war und dementsprechend adelige Offiziere bevorzugt Führungspositionen erhielten. Mit einer ganz spezifischen Gruppe, nämlich der Hofgesellschaft, befasst sich in diesem Kapitel KARIN SCHNEIDER. Das fünfte Kapitel ist dem „sozialen Wandel als gesellschaftspolitische Herausforderung“ gewidmet. Hier befasst sich REINHARD FARKAS mit der sozialen Reichweite der Lebensreform und Modernisierung, MARSHA L. ROZENBLIT mit den „sozialen Grundlagen des Antisemitismus in der Habsburgermonarchie 1848–1918“ und WERNER DROBESCH mit den „Ideologischen Konzepten zur Lösung der ‚sozialen Frage‘“. SUSAN ZIMMERMANN stellt einen Vergleich der Armen- und Sozialpolitik in Ungarn mit Österreich an und ENDER KISS untersucht das zivilisatorische Bewusstsein vor dem Hintergrund des sozialen Wandels im Kontext der habsburgisch-mitteuropäi-

schen Zivilisation. Der Band endet mit dem siebten Kapitel über die statistischen Grundlagen, das nur aus einem Beitrag besteht, und zwar von MICHAEL PAMMER, der „die Sozialstrukturen im Spiegel der Sozialstatistik“ untersucht.

Ein 162 Seiten umfassendes Verzeichnis der in den Beiträgen verwendeten gedruckten Quellen und Literatur ermöglichen dem Leser darüber hinaus, sich – unabhängig von den einzelnen Beiträgen –, mit der Literatur über die sozialen Strukturen in der Habsburgermonarchie vertraut zu machen. Dank dem umfangreichen Personen- und Sachregister kann ein schneller Rückgriff auf einzelne Personen, Regionen, Städte oder Themenbereiche stattfinden. Mit diesen beiden Bänden ist es der Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie erneut auf hervorragende Weise gelungen, einen breitgefächerten Doppelband herauszugeben und dem Leser einen tiefen Einblick in den sozioökonomischen Wandel in der Habsburgermonarchie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zu gewähren.

Isabel Röskau-Rydel, Kraków

LAWRENCE SONDHAUS: World War One. The Global Revolution. Cambridge, New York, Melbourne [usw.]: Cambridge University Press, 2011. XV, 544 S., 48 Abb., 14 Ktn. ISBN: 978-0-521-73626-8.

In diesem umfangreichen Werk hat sich Lawrence Sondheim, Professor für Geschichte an der Universität von Indianapolis, das ehrgeizige Ziel gesetzt, einen Überblick über den Ersten Weltkrieg zu geben, der vor allem dessen globale Dimension berücksichtigt.

Seine Gliederung in 15 Kapitel, die einem groben chronologischen und geographischen Raster folgt, kann überzeugen. Der Zeitraum der Darstellung reicht von den Ursprüngen des Krieges bis zu seinen Folgen in den heutigen Tagen. Zum einen schildert er sehr detailliert die militärischen Vorgänge, wobei er den Personen der jeweiligen Schlachtenlenker und bei den Mittelmächten den Beziehungen zwischen deutschen und österreichisch-ungarischen Feldherren besonderes Gewicht für den Ausgang der Kämpfe beimisst. Aber auch der Alltag der Soldaten und die Heimatfront auf beiden Seiten finden ausreichende Berücksichtigung. Den Anspruch, die globale Verflechtung des Krieges darzustellen, erfüllt Sondheim bis auf wenige Marginalien wie die Auswirkung des Krieges auf die Wirtschaft der latein-

amerikanischen Länder und des neutralen Skandinaviens vorbildlich. So erfährt man über die Ausstrahlungen der Vorgänge in Europa bis nach Darfur (Sudan), Somaliland oder Abessinien. Auch das Osmanische Reich findet seinen Platz in der Darstellung, und es wird auf den Völkermord an den Armeniern eingegangen. Bei den Mittelmächten fällt eine besondere Berücksichtigung Österreich-Ungarns auf, was angesichts der speziellen Expertise des Autors nicht verwunderlich ist. Das Ziel, die weitgreifenden Umwälzungen, die der Krieg initiierte, deutlich zu machen, erreicht der Verfasser ebenfalls. Dabei beschränkt er sich nicht auf die gängigen Narrative (Revolution in Russland, Kriegseintritt der USA), sondern geht auch auf die Folgen des Krieges für den Nahen Osten oder auf den Wandel der Beziehungen der Geschlechter in Europa und den USA ein.

Sondheim stützt sich bis auf wenige Ausnahmen auf englischsprachige Sekundärliteratur, und dies ist das größte Defizit des Buches, das den Anspruch hat, ausgewogen auch den Standpunkt der Mittelmächte zu beleuchten. Der Verfasser versucht aber, beiden Seiten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sieht man von einigen vergrößernden Aussagen in den allgemeinen Schlussfolgerungen am Ende des Bandes ab. So berichtet er dort fast ausschließlich von Verstößen der Mittelmächte gegen das Völker-

recht oder führt aus, die Alliierten hätten weit weniger Verantwortung für den Ausbruch des Krieges getragen (S. 506).

Das Werk ist auch als Lehrbuch für Studierende gedacht, was sich u.a. an den Literaturempfehlungen am Ende jedes Kapitels ablesen lässt. Diese Lektürehilfen betreffen aber ausschließlich englischsprachige Bücher, so dass sie für das mitteleuropäische Publi-

kum zu spezifisch sind. Daher kann das Werk von Sondhaus durchaus als Überblick über den Ersten Weltkrieg dienen. Um es aber für eine weitere Leserschaft interessant zu machen, müsste es in Hinblick auf die verwendete Literatur besser ausbalanciert werden.

Georg Wurzer, Tübingen

Opfernarrative. Konkurrenzen und Deutungskämpfe in Deutschland und im östlichen Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Hrsg. von K. Erik Franzen und Martin Schulze Wessel. München: Oldenbourg, 2012. 223 S., 12 Abb. = Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, 126; Schriften des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität, 5. ISBN: 978-3-486-71243-8.

Inhaltsverzeichnis:

<http://d-nb.info/1018013032/04>

Nach dem Ersten Weltkrieg stand das heldenhafte Opfer für die Nation im Mittelpunkt des Gedenkens. Ob es um Gefallene oder um Kriegsinvaliden ging; das nationale Gedenken sollte deren Opfer nachträglich einen Sinn verleihen. Diese Deutungsweise funktionierte nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Zunächst stand dem die sozialistische Idee des finalen antifaschistischen Kampfes entgegen, der insbesondere in der poststalinistischen Zeit auf verschiedene Weise mit nationalen Gedenktraditionen versetzt wurde. Die Anerkennung richtete sich auf die Widerstandskämpfer als neue Helden; erst nur auf die kommunistischen und dann auch die bürgerlichen; Erlittenes musste innerhalb dieses Rahmens deklariert werden. Dies traf für die Satellitenstaaten und auch für die Sowjetunion zu. In der BRD wurde auch schon in den Nachkriegsjahren eher unspezifisch der „Opfer“ des Krieges gedacht. Die sechziger Jahre brachten dann eine Wende hin zur öffentlichen Betonung der Verbrechen des Nationalsozialismus, und die achtziger Jahre die Anerkennung des Holocaust als beispielloser Versuch eines Völkermords an den europäischen Juden. Das Bekenntnis zu der damit verbundenen Schuld wurde mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den Mittelpunkt der Geschichtspolitik gestellt. All diese Aspekte trugen zu einer Verschiebung der Wahrnehmung hin zu den unschuldigen Opfern bei, zu einer Viktimisierung des Gedenkens.

Mit der Anerkennung des Leids rückte für unterschiedliche Opfergruppen auch die Frage der Wie-

dergutmachung in den Vordergrund; Symbolpolitik und soziale Leistungen gingen oft eine Symbiose ein. Dabei ging es nicht nur um staatliche Politik, sondern auch um die Möglichkeiten für die Opfer, ihre Deutungen in den Diskurs einzubringen; Gedenkpolitik war und ist auch Aushandlungspolitik.

Mit diesem Komplex beschäftigt sich der Sammelband aus der Perspektive verschiedener Opfergruppen. Nach der Einleitung (MARTIN SCHULZE WESSEL) und einem allgemeinen Beitrag zum „passive turn“ in der erinnerungskulturellen Forschung (PETER HALLAMA) sind diese im Detail folgende: antifaschistische Widerstandskämpfer in der DDR (K. ERIK FRANZEN), Verfolgte des Stalinismus ebendort (BETTINA GREINER), Zwangssterilisierte in Deutschland und Tschechien (SVEA LUISE HERRMANN / KATHRIN BRAUN), NS-Zwangsarbeiter in Deutschland und Tschechien (KATRIN SCHRÖDER), Sinti und Roma in Tschechien (VÁCLAVA KUTTER BUBNOVÁ). Behandelt wird außerdem die Verschiebung in der (west)deutschen Wahrnehmung der Vertriebenen als Opfer, die sich zunehmend weiblicher Figuren bedient, um auf deren Hilflosigkeit und angebliche Unschuld hinzuweisen (STEPHAN SCHOLZ). Des Weiteren wird der (erfolglose) Versuch sudeten-deutscher Versicherungsnehmer beleuchtet, in Analogie zu jüdischen Opfern nachträglich Kompensation für die Nichtauszahlung von Lebensversicherungen zu erhalten (INES NACHUM). Je ein Beitrag befasst sich mit der Erinnerungspolitik in der Ukraine und der sich wandelnden Erinnerung an die Lenin-grader Blockade.

Die Beiträge sind alle von guter Qualität, so dass sich auch eine vergleichende Lektüre lohnt; überraschende Ergebnisse fördern sie jedoch nicht zu Tage. Der Sammelband zeigt vielmehr eindrücklich, wie stark sich die Gedenkkultur in den letzten Jahrzehnten verändert hat und mithin auch, dass sie nicht nur ‚früher‘, sondern auch heute von Konjunkturen abhängt. Damit weist er sich insbesondere als Lehrmaterial aus.

Natali Stegmann, Regensburg

STEFAN PLAGGENBORG: Ordnung und Gewalt. Kemalismus – Faschismus – Sozialismus. München: Oldenbourg, 2012. 433 S. ISBN: 978-3-486-71272-8.

The First World War brought forth three new regimes proclaiming novel socio-political orders aspiring to solve the crises that had led to the recent conflagration: the Turkish republic created by the Kemalists, the Fascist state in Italy and the Soviet Union. However, of the three, only the Kemalist republic did not employ violence as a systematic means of rule, for all that it was clearly authoritarian, committed individual acts of mass murder and had been established in a bloody civil war involving ethnic cleansing on a massive scale. Guided by this observation, Plaggenborg compares Kemalism, Italian Fascism and Soviet socialism, convincingly justifying his choice of case studies on the basis of the conditions of their appearance and their contemporaneous historical development. For Plaggenborg, the regimes are not defined by their ideologies but their practices of acquiring and exercising power. In keeping with the monograph's starting point, the emphasis is noticeably on Turkey. The Soviet Union, in particular, receives a much more cursory treatment.

The regimes' common origin in war presented them with similar problems regarding the creation of stable political organisations containing individuals with violent pasts. However, in contrast to the Bolsheviks and Fascists, the Kemalists did not initially try to create a broad party or mobilise the population. The leadership cults in the three states reflect this: a cult of Kemal barely existed during his lifetime; in Italy the mobilisation of a large part of the population through the self-conscious cultivation of the ruler's image was the defining aspect of the regime, while Stalin employed mass staged events but maintained a controlling distance over them. Indeed, Turkey lacked the technical prerequisites – for example, widespread literacy and a mass media – to propagate such a cult on a large scale. Therefore, unlike the Fascists, the Turkish ruling party did not fill its ranks with social groups on the peripheries of society threatened by loss of social position. Plaggenborg suggests that this is one of the reasons for the different nature of violence in Turkey.

Dissimilarities between the Turkish and Italian societies led to divergent practices of corporatism. The Kemalists' corporate system wanted to forestall the emergence of class conflicts that did not yet exist because the social prerequisites for them were absent; in Italy it aimed to deal with existing tensions.

Mussolini understood corporatism as the 'totalitarian' reconstruction of the state and social organisation, but this aspect was entirely absent in Turkey. Plaggenborg, therefore, rejects any suggestion that Kemalism was fascist. All three parties claimed a monopoly of state power in order to realise their ideals. Yet, the Kemalists employed the state of emergency only as a temporary measure, while the Fascists saw it as permanent; the former sought a return to constitutionalism, the latter did not. By contrast, the Bolsheviks hoped to drive out all remnants of the past society. Thus, both the Russian and Turkish regimes had secularising programmes, but in practice the Bolsheviks pursued more destruction than secularisation. The Kemalists took a less violent, more ambivalent direction by introducing secularisation while also trying to bring Islam under its control; indeed, the connection between being a Turk and being a Muslim remained.

In contrast to Kemalism's lack of systematic violence, Fascism turned its violence outwards to Africa after taking power, and then reimported the racism developed there to Italy. The Bolsheviks intensified and institutionalised the violence of the world and civil wars internally against the Soviet Union's population. While Plaggenborg partially grounds this in the structural reasons mentioned above, the deciding factor for him is that the Turkish elite set limits upon itself. This might sound like the counterpart to Jörg Baberowski's recent claim that Stalinist violence occurred because Stalin wished it: in Turkey, there was less violence because Kemal did not want it. Indeed, Plaggenborg's account of the Soviet Union's systematic violence certainly resembles that of Baberowski: Plaggenborg describes violence as a method of communication that changes both the perpetrators and victims, creating room for more and greater acts of brutality. Nevertheless, he is more willing to accept ideology as part of this, arguing that the Bolsheviks' vision of a future socialist society helped overcome inhibitions against using violence. Moreover, with regard to Turkey, Plaggenborg also wants to know why the Kemalist elite were self-limiting. He asks whether the differences must be referred back to the Kemalists' values and morality: their belief in human dignity, the European Enlightenment, civic rights, the constitution and democratic principles, which both the Fascists and Bolsheviks lacked. Phrased like this, one might argue that it is in fact possible to trace the roots of the differences back to ideas, despite Plaggenborg's preference for seeing the practice of the regimes and not ideologies as their defining aspect.

This is a bold book that makes firm statements on contentious topics. Indeed, although the monograph argues strongly in favour of empirical comparison arising out of the historical development of regimes, it does devote a considerable amount of space to the debate of theoretical concepts, definitions and categories. After arguing that charisma is a function of social relations, Plaggenborg contends that the Weberian concepts of charismatic rule and the routinisation of charisma are too broad to be useful tools. He draws on Sven Reichardt's praxeological approach to fascism, but highlights the problems with praxeology, for example its inability to explain how the Italian Fascists reigned in their violence once they had come to power. Plaggenborg also dismisses the concept of political religion for Turkey and the Soviet Union as lacking a basis in the sources and consequently advises caution in applying the term to Italy. Here, one can agree that political

religion is sometimes used as an extended metaphor that distorts more than it enlightens. However, perhaps Plaggenborg does not consider seriously enough the idea that the concept does identify a distinct characteristic of analogous regimes that sought to create profane utopias.

The monograph is also open to accusations that certain topics have not been sufficiently addressed or are lacking entirely. Of course, other areas could have received greater attention, but with three regimes under discussion, this would have required considerably more space. It would be fairer to say that such unavoidable omissions simply indicate what further research can be done. This in itself reveals the pioneering service of the book, namely Plaggenborg's convincing demonstration of the legitimacy and fruitfulness of a comparison of Kemalism, Fascism and Soviet socialism.

Christopher Gilley, Hamburg

ORLANDO FIGES: Schick einen Gruß, zuweilen durch die Sterne. Eine Geschichte von Liebe und Überleben in Zeiten des Terrors. Aus dem Englischen und Russischen übersetzt von Bernd Rullkötter. Berlin: Hanser, 2012. 384 S., Abb. ISBN: 978-3-446-24031-5.

Die Liebe in Zeiten des Gulag ist der Gegenstand von Orlando Figes' neuestem Buch. Es erzählt die Geschichte von Lev und Svetlana Miščenko. Die beiden lernten sich in den späten dreißiger Jahren kennen und verloren einander bei Beginn des Krieges aus den Augen. Erst 1946 fanden sie wieder zueinander, als Lev – unterdessen nach Kriegsgefangenschaft in Deutschland wegen „Spionage“ zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt – aus dem Gulag an seine Jugendliebe schrieb. Svetlana hatte auf ihn gewartet und in den folgenden acht Jahren bis zu seiner Entlassung wechselten die beiden mehr als 1200 Briefe, die sämtlich erhalten geblieben sind. Im Jahr 2007 übergaben die betagten Miščenko schließlich das gesamte Konvolut an Memorial. Nun ist die einmalige Korrespondenz der beiden zur Grundlage für ein berührendes Buch geworden. Der glänzend geschriebene Text gleicht einer klassischen Liebesgeschichte voller dramatischer Höhepunkte, tragischer Wendungen und mit einem romantischen Happy End.

Orlando Figes ist von den Briefen merklich gefesselt und zitiert sie ausführlich. Er suggeriert, der – in der Tat außergewöhnliche – Quellenbestand ermögliche einen weitgehend ungefilterten und besonders authentischen Zugang zur Lebenswirklichkeit der

stalinschen Lager. Die meisten dieser Schreiben wurden an der Zensur vorbeigeschmuggelt, so dass sich die beiden (Brief-)Partner recht offen über Lager und Leben äußern konnten. Tatsächlich konnte man aus solch einer privaten und intimen Perspektive noch nie über den Gulag lesen. Doch die stets spürbare Sympathie, die Figes seinen Helden entgegenbringt, schlägt immer wieder in Distanzlosigkeit um. Ihre in den Briefen festgehaltenen Handlungen, Taten und Gedanken bieten ihm vielfach weniger Anlass zur kritischen Reflexion als vielmehr zur Affirmation. Es ist dabei symptomatisch, dass Figes die Sprache der beiden teilweise übernimmt und etwa Svetlana konsequent zur „Sveta“ macht.

Zwei eng miteinander verbundene Aspekte durchziehen das Buch: die erstaunliche Durchlässigkeit der Lagermauern sowie die systemimmanente Möglichkeit, scheinbar festgefügte Regeln und Verbote zu unterlaufen. Das Lager, in dem Lev einsaß, befand sich im Ort Pečora und stand mit diesem in gleichsam symbiotischer Beziehung. Die Grenzen zwischen innen und außen waren hier nur scheinbar unüberwindlich und eindeutig. Gulag-Insassen und ‚Freie‘ waren durch Mauern und Zäune hindurch in vielfältiger Art und Weise miteinander verbunden. Briefe und Päckchen ließen sich offenkundig ohne größere Probleme durch alle Umgrenzungen schmuggeln, und selbst Menschen vermochten sie unerkannt zu überwinden. Es sind die spannendsten und fesselndsten Passagen des Buches, in denen Figes schildert, wie Svetlana sich 1947 ohne jede offizielle Erlaubnis und unter äußerst riskanten Bedingungen

gen auf den Weg machte, um Lev zu sehen. Tatsächlich gelang es ihr mit Hilfe von Freunden, nicht nur ins Lager zu gelangen, sondern dort auch noch zwei Tage mit Lev zu verbringen.

Möglich waren solche extremen Ausnahmen auch deshalb, weil Lev eine privilegierte Stellung in der Lagergesellschaft einnahm. Er arbeitete als Techniker in einem Kraftwerk und musste keine körperlich auszehrenden Arbeiten verrichten. Dieser herausgehobenen Position war es zu verdanken, dass er Kontakte zu all den freien und halbfreien Arbeitern herstellen konnte, die für ihn Botengänge erledigten. Deshalb ergaben sich für ihn zahlreiche Möglichkeiten, die überall dort undenkbar waren, wo sich Lagerzonen weitab jeder Zivilisation befanden oder Häftlinge endlose harte Arbeit leisten mussten. Dieser Umstand war ihm nur zu gut bewusst. Deshalb schreckte ihn nichts mehr als der Gedanke, als einfacher Gefangener in eines der entfernten Lager verschickt zu werden.

Es bedurfte zahlreicher Menschen, die Mut bewiesen und allen Risiken zum Trotz Botendienste übernahmen. Figes widmet sich ausführlich den Freunden, Verwandten und Kollegen in Pečora und Moskau, die von der Beziehung wussten und vielfach taten, was in ihrer Macht stand, um die beiden Liebenden zu unterstützen. Auch Lev und Svetlana sorgten sich offenbar unentwegt um das Schicksal seiner Kameraden, die mit Medikamenten, Kleidung und aufmunternden Briefen versorgt werden mussten.

Anders als in vielen anderen Lagererinnerungen sind Themen wie Missgunst, Neid, persönliche Vorteilsnahme und Gewalt als Alltagserfahrungen kaum

präsent. Lev thematisierte solche Probleme in eher theoretischen Überlegungen zur Natur des Lagerlebens, das sozialen Zusammenhalt systematisch zerstöre und die üblichen Regeln menschlichen Anstands entwerte. Und sie kamen in seiner Überzeugung zum Ausdruck, dass die Erziehung von Kindern stets eine Erziehung zu körperlicher Kraft und Härte sein müsse, weil nur der Starke in einer Welt gnadenloser Konkurrenz bestehen könne. Wie aber verhielten sich solche, aus langjähriger Lagererfahrung gewonnenen, grundsätzlichen Einsichten zur Geschichte einer sowjetischen Gesellschaft des Zusammenhalts und der Solidarität inner- und außerhalb der Lagermauern, wie sie hier präsentiert wird? Darauf gibt das Buch keine Antwort, denn Figes interessiert sich in erster Linie für die Innenperspektive von Svetlana und Lev und ihr Verhältnis zueinander. Das ist völlig legitim, aber es wäre erhellend gewesen, diese Menschen, über deren Empfindungen und Gedanken wir so unvergleichlich gut informiert sind, stärker in der stalinistischen Diktatur zu situieren. Doch die sowjetische Gesellschaft mit ihren eigentümlichen Normen und Zwängen bleibt über weite Strecken abstrakt und unbestimmt. Sie ist Zumutung und Bedrohung, aber zugleich auch Faszinosum und Ermöglichungsraum. In welchem Verhältnis diese scheinbar widersprüchlichen Ebenen zueinander stehen, problematisiert Figes eher am Rande. Dabei läge genau hier noch viel Potenzial: Man hätte am Beispiel dieser beiden Menschen die Komplexitäten und Ambivalenzen stalinistischer Lebenswirklichkeiten diskutieren können.

Robert Kindler, Berlin

TIMOTHY JOHNSTON: Being Soviet: Identity, Rumour, and Everyday Life under Stalin 1939–1953. Oxford 2011. LII, 240 S. ISBN: 978-0-19-960403-6.

Wie lebte es sich in den Jahren zwischen dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 und Stalins Tod 1953 in den sowjetischen Hafenstädten Archangel'sk und Murmansk? Wie gestaltete sich das Alltagsleben der sowjetischen Bevölkerung zwischen den Ausläufern der Terrorwellen, den Wirren des Großen Vaterländischen Krieges und der Nachkriegszeit? Und welcher Art waren die Begegnungen zwischen sowjetischen Bürgerinnen und Bürgern und Vertretern der alliierten Mächte, die sich an den Hafenmolen in Murmansk oder Archangel'sk trafen? Timothy Johnston verfolgt in seiner Monographie im Grunde zwei

Stränge. Er analysiert einerseits das stalinistische System, seine Logik und Sprache und untersucht andererseits die Haltungen, die die Bevölkerung zum sowjetischen Regime einnahm. Bestimmt wird sein Erkenntnisinteresse vor allem in Abgrenzung zur bisherigen Forschung über den Stalinismus, die er in zwei entscheidenden Punkten revidieren möchte: Zum einen geht es ihm darum zu zeigen, dass ethnische Russen sowjetische Patrioten sein konnten. Hier argumentiert Johnston überzeugend, dass „sowjetisch sein“ (*being soviet*) zu einer weit verbreiteten Art der Identität wurde und dass der sowjetische Patriotismus der Kriegsjahre mitnichten lediglich ein versteckter russischer Nationalismus gewesen sei. Die Erfahrungen des Krieges und des Sieges über NS-Deutschland sowie die Gefahr eines internationalen nuklearen Krieges seit 1945 hätten internationale

Angelegenheiten sowie die „Offizielle Sowjetische Identität“ (*the Official Soviet Identity*) zu etwas gemacht, wofür sich „jeder Bewohner der UdSSR interessierte“ (S. xxv).

Zum zweiten will Johnston weder eine Geschichte der Subjektivitäten schreiben, noch möchte er der in der Stalinismusforschung weit verbreiteten Dichotomie von Anpassung und Widerstand verfallen. Laut Johnston lebten Sowjetbürger und -bürgerinnen in einem Zustand des Halbglaubens in Bezug auf das stalinistische Regime: Weder glaubten sie die offizielle Ideologie, noch glaubten sie sie nicht. Vielmehr schlägt Johnston vor, die Verhaltensweisen der sowjetischen Bevölkerung analog zu dem zu denken, was Stephen Kotkin als „little tactics of the habitat“ bezeichnet hat (S. xxxii). Solche Strategien erstrecken sich laut Johnston auf unterschiedliche Bereiche des Lebens.

Eine solche Strategie des Umgangs war die der Bricolage. Angelehnt an das Konzept Michel de Certeaus will Johnston die Kreativität sowjetischer Bürger und Bürgerinnen betonen, die etwa in der Lage gewesen seien, die Sprache des stalinistischen Systems weiterzuentwickeln. Zu solch produktiven Praktiken gehören für Johnston vor allem Klatsch und Tratsch, die in der Sowjetunion allgegenwärtig gewesen seien. Gerüchte lieferten für viele Sowjetbürger und -bürgerinnen notwendige Informationen, die halfen, sich in der sowjetischen Welt zurecht zu finden. Besonders virulent etwa waren Gerüchte während des Zweiten Weltkrieges, als große Teile der sowjetischen Bevölkerung auf die Eröffnung der Zweiten Front im Westen durch die Alliierten warteten. Die sowjetische Bevölkerung zeigte sich irritiert vom Zögern der Alliierten, eine solche Front zu eröffnen, und fühlte sich von den Alliierten betrogen und alleine gelassen. Es begannen Gerüchte über die Alliierten zu kursieren, die deren Kriegsbereitschaft insgesamt in Frage stellten. Laut Johnston war es die Zurückhaltung des sowjetischen Regimes selbst, die die Entstehung einer Gerüchte- und Klatschkultur beförderte. Die Bevölkerung fühlte sich aufgerufen, sich selbst einen Reim auf die Geschehnisse zu machen, da kaum Informationen in die sowjetische Presse gelangten.

Wiederaneignung (*reappropriation*) sei eine weitere Strategie gewesen, sich die Sprache der offiziellen sowjetischen Ideologie in einer Art und Weise zu eignen zu machen, wie sie eigentlich nicht vorgesehen war. Eines der wenigen Beispiele für eine solche Strategie, das Johnston liefert, ist die Friedenskampagne der Sowjetunion im Jahre 1950, die sich für die Abschaffung von Nuklearwaffen einsetzte. Auf Tref-

fen, die der Diskussion dieser Friedenskampagne dienten, meldeten sich viele Menschen zu Wort, die aus eher individuellen Gründen gegen die Nutzung von Atomwaffen und gegen Kriege im Allgemeinen argumentierten. Viele dieser Gründe, wie etwa die Sorgen einer Mutter, sie würde ihren Sohn verlieren, passten nicht zur offiziellen Rhetorik der Sowjetunion, die sich als gerechte Kämpferin und weniger als glühende Pazifistin gerierte. Eine dritte Variante der „little tactics of habitat“ ist schließlich die Strategie der Vermeidung (*avoidance*). Zu ihnen gehören das Blaumachen, der Arbeitsplatzwechsel oder aber *blat*. Auch solche Praktiken begreift Johnston nicht als offenen Widerstand gegen das sowjetische Regime. Stattdessen verhalfen solche Vermeidungsstrategien zu kleinen Fluchten aus dem Alltag.

Eingebettet in diese theoretischen Überlegungen entwickelt Johnston schließlich sein Narrativ von der sowjetischen Bevölkerung als eigenständiger kreativer Größe, die sich durchaus ihre Freiräume der Interpretation und des Verhaltens zu schaffen in der Lage war. Jene Dynamiken nachzuzeichnen gelingt ihm besonders gut im dritten Kapitel, das der Stationierung alliierter Soldaten in Murmansk und Archangel'sk gewidmet ist. Vor allem auf Grundlage regionaler Archivbestände wie des Internationalen Klubs fängt Johnston die Atmosphäre in jenen Hafenstädten mitten im Zweiten Weltkrieg ein, die zu Drehscheiben internationaler Begegnungen wurden. Auch wenn die alliierten Schiffsmannschaften sich nicht frei in Murmansk oder Archangel'sk bewegen durften, so herrschte doch genug Kreativität auf beiden Seiten, um Kontakte zwischen sowjetischer Bevölkerung und Alliierten auch auf alltäglicher Basis möglich zu machen. Faszinierend sind in diesem Zusammenhang die Reaktionen der sowjetischen Bevölkerung auf alliierte Hilfsprodukte, die von Schokolade bis zu Panzern reichten. Sowjetische Bürger und Bürgerinnen begrüßten diese Hilfslieferungen in der Regel. Jedoch sorgte die oft als mangelhaft empfundene Qualität der Produkte wiederum für Unmut; etwa bei Panzerlieferungen und damit den Erfolgsaussichten für eine Zweite Front. Der Eindruck, die Sowjetunion würde die Last des Zweiten Weltkrieges alleine schultern, blieb trotz alliierter Hilfslieferungen vorherrschend.

Die Geschichten und Gerüchte, die Timothy Johnston zutage fördert, sind durchaus faszinierend. Allerdings gelingt es ihm zu selten, sie überzeugend in sein theoretisches Konzept der „little tactics of the habitat“ einzuflechten. Die eigentliche Durchführung seines Arguments im Hauptteil des Buches fällt leider hinter die ambitionierte Einleitung zu-

rück. Auch wenn dieses Buch beileibe nicht das „speaking bolshevik“ zu ersetzen in der Lage ist, ein

Beitrag zur Alltagskultur der Sowjetunion von 1939 bis 1953 ist es allemal.

Alexandra Oberländer, Bremen

VLADIMIR G. MOSOLOV: IMĖL – citadel' partiinoj ortodoksii. Iz istorii Instituta Marksizma-Leninizma pri CK KPSS, 1921–1956. Moskva: Novyj chronograf, 2010. 600 S., 35 Abb. ISBN: 978-5-94881-104-8.

Vielen westlichen Historikern, die in Moskau Archivrecherchen betreiben, ist das Russländische Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte (RGA-SPI) in der Bol'saja Dmitrovka ein wohlvertrauter Ort. Eine Lenin-Statue im Foyer erinnert die Besucher daran, dass das Gebäude einst nicht nur das Zentrale Parteiarchiv der KPdSU beherbergte, sondern auch das Institut für Marxismus-Leninismus. Die Geschichte dieses Instituts und seiner beiden Vorläufer ist Gegenstand der vorliegenden Studie aus der Feder des Historikers Vladimir Mosolov. Der Autor war von 1956 bis 1991 als Bibliothekar, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Direktionsassistent am IMĖL tätig, ist also ein Insider. Dieser persönliche Hintergrund könnte den Leser zu skeptischem Stirnrunzeln veranlassen. Das ist aber vollkommen unangebracht, wie sich bei der Lektüre rasch zeigt. Mosolov begegnet der Institution, die jahrzehntelang seine Arbeitsstätte war, mit wohltuend kritischer Distanz. Nicht weniger Anerkennung verdient die staunenswert breite Quellenbasis. Mosolov hat Grundlagenforschung betrieben und eine wertvolle Studie vorgelegt, die aus dem Korpus von Arbeiten zu sowjetischen Behörden und Institutionen nicht mehr wegzudenken sein wird.

Von den beiden Vorläufern des IMĖL wurde das Marx-Engels-Institut zuerst gegründet (1921). Sein Leiter war der bedeutende marxistische Gelehrte David Rjazanov. Unter seiner Ägide nahm das Institut die erste Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) in Angriff. Sie war auf 42 Bände angelegt, wurde aber letztlich nie vollendet. Rjazanov, ein selbstbewusster und tatkräftiger Wissenschaftsmanager, sah es als seine Lebensaufgabe an, eine historisch-kritische Gesamtausgabe der Schriften von Marx und Engels herauszubringen. Gleich nach seiner Gründung begann das Institut damit, systematisch alle erreichbaren Quellen zu Leben und Werk der beiden Theoretiker zu sammeln. Umfangreiche Materialien, teils Originale, teils Kopien, wurden im Ausland für das Institutsarchiv erworben.

Bald zeigte sich, dass Rjazanov den mit der MEGA verbundenen Arbeitsaufwand unterschätzt hatte. Die Edition der einzelnen Bände kam nur schleppend voran. Der Mangel an qualifiziertem Personal und das alles in allem eher mäßige Interesse der Parteiführung an der MEGA erschwerten die Arbeit des Instituts. Die begrenzten personellen Ressourcen machten Rjazanovs ehrgeizige Pläne zunichte, das Institut solle neben der editorischen Arbeit auch Forschungen zur Geschichte des Marxismus und der internationalen Arbeiterbewegung betreiben. Rjazanov machte sich mit seiner prononcierten intellektuellen Unabhängigkeit viele Feinde und fiel schließlich Stalins „Revolution von oben“ zum Opfer: Er wurde Anfang 1931 abgesetzt, verhaftet und verbannt. Sein Institut wurde gesäubert und im Sommer 1931 mit dem Lenin-Institut fusioniert.

Die Gründung des Lenin-Instituts (1923) ging auf eine Initiative von Lenins treuem Gefolgsmann Lev Kamenev zurück, der bis 1926 auch als erster Leiter des Instituts amtierte. Die Aufgaben des Lenin-Instituts glichen denen des Marx-Engels-Instituts: Sammlung aller erreichbaren Quellen zu Lenins Leben und Werk; Erstellung einer wissenschaftlich-kritischen Gesamtausgabe. Zusätzlich diente das Institut als Parteiarchiv. Anders als das Marx-Engels-Institut konnte sich das Lenin-Institut nicht aus den Diadochenkämpfen nach dem Tode des Revolutionsführers heraushalten. In den Auseinandersetzungen zwischen Stalin, der linken und der rechten Opposition kam es nicht darauf an, Lenins Werke und Theorien mit wissenschaftlicher Objektivität zu betrachten und in ihren historischen Kontext einzuordnen. Was Stalin und seine Konkurrenten brauchten, waren lediglich griffige Zitate, die sich im Fraktionskampf verwenden ließen und geeignet waren, die eigene Position ideologisch zu rechtfertigen und den Gegner als Abweichler zu diffamieren. Dieser Missbrauch des Leninschen Werkes im Interesse der Tagespolitik wurde nach Stalins Sieg zum System erhoben: Lenins Texte wurden kanonisiert und fortan bei Bedarf inhaltlich so manipuliert, dass sie zur jeweiligen Generallinie passten.

Quellennah schildert Mosolov die problem- und widerspruchreiche, mitunter geradezu bizarr anmutende Tätigkeit des IMĖL in den 1930er Jahren. Einem beträchtlichen Einsatz von finanziellen und personellen Ressourcen standen auffallend dürftige Er-

träge gegenüber. Rjazanovs historisch-kritischer Ansatz wurde aufgegeben. Mehr und mehr driftete das Institut, das vom ZK permanent überwacht und gegängelt wurde, in die Pseudowissenschaftlichkeit ab. Unter der Leitung des stalintreuen Vladimir Adoratskij war an eigenständige Arbeit nicht mehr zu denken. Editionsprojekte dominierten die Arbeit des Instituts, während die Forschung ein Schattendasein fristete. Das, was vom Institut tatsächlich geleistet und vollbracht wurde, blieb weit hinter den grandiosen, oft realitätsfremden Plänen der Direktion zurück. Bis 1941 gelang es nicht, wissenschaftliche Biographien von Marx, Engels und Lenin vorzulegen. Die MEGA blieb weiterhin unvollendet.

Viele Quelleneditionen wurden konzipiert, doch nur wenige schafften es bis zur Drucklegung und Veröffentlichung. Nachdem sich Stalin die Deutungshoheit über die Parteigeschichte gesichert hatte, wurden immer wieder Quellen manipuliert oder gänzlich unterdrückt, die im Widerspruch zur Generallinie, zum 1938 erschienenen „Kurzen Lehrgang“ und zur Stalinschen Geschichtspolitik standen. Eine bereits gedruckte Edition von Schriften, in denen sich Marx und Engels mit der Nationalen Frage befasst hatten, wurde zurückgezogen und eingestampft, weil das ZK Anstoß daran nahm, dass sich die beiden Altvorden gelegentlich abschätzig über die Slawen geäußert hatten. In den Jahren des Großen Terrors degenerierte das Institut vollends zum Erfüllungsgehilfen der Parteiführung und des NKVD, indem es aus seinen Archivbeständen Belas-

tungsmaterial über frühere Oppositionelle bereitstellte. Eine Säuberung des eigenen Hauses konnte durch diese eilfertigen Handlangerdienste allerdings nicht abgewendet werden.

Bis zu Stalins Tod konnte sich das Institut nicht aus der erdrückenden Abhängigkeit von der Parteiführung befreien. In der Nachkriegszeit stand die Edition der Gesammelten Werke Stalins im Vordergrund der Institutsarbeit. Alle anderen Vorhaben waren demgegenüber zweitrangig. Als der Diktator starb, standen der Partei weder eine vollendete MEGA noch eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Lenin-Werkausgabe zur Verfügung. Für die KPdSU war die eigene Geschichte eine *terra incognita*. Eine ansatzweise seriöse und wissenschaftliche Beschäftigung mit der Parteigeschichte konnte erst im Zuge der Entstalinisierung beginnen. Angesichts dieser Tatsachen ist Mosolovs abschließendes negatives Urteil über die Arbeit des IMÉL bis 1953 vollauf gerechtfertigt. Mit seinem faktenreichen Buch, das stellenweise etwas zu detailverliebt, insgesamt aber gelungen und lesenswert ist, hat Mosolov einen wichtigen Beitrag zur Geschichte einer Institution vorgelegt, die bisher von der westlichen und russischen Forschung vernachlässigt wurde. Allen, die sich für die Frage interessieren, wie eine sowjetische Wissenschaftsinstitution unter den Bedingungen des Stalinismus arbeitete, sei dieses Buch daher nachdrücklich empfohlen.

Andreas Oberender, Berlin

KARE JOHAN MJØR: Reformulating Russia. The Cultural and Intellectual Historiography of Russian First-Wave Émigré Writers. Leiden: Brill, 2011, XII, 327 S. = Russian History and Culture, 7. ISBN: 978-90-04-19286-7.

Im Zuge des Ersten Weltkrieges, des daraus resultierenden Zusammenbruchs des Russischen Reiches und der Machtergreifung der Bol'seviki flohen Tausende Russen nach Europa. In Prag, Paris, Berlin, Istanbul, Sofia und in vielen anderen europäischen Metropolen entstand das so genannte Auslandsrussland (*Zarubežnaja Rossija*), ein anderes, nichtbolschewistisches Russland, das von den nun zu Exilanten und politischen Emigrés gewordenen russischen Intellektuellen neudefiniert wurde. Der skandinavische Russlandforscher Kåre Johan Mjør (geb. 1973) nannte das eine „Reformulierung Russlands“. Diesem Phänomen der intellektuellen Auseinandersetzung mit Russland und seiner Geschichte unter den russi-

schen Exilwissenschaftlern und Intellektuellen ist seine Monographie „Reformulating Russia. The Cultural and Intellectual Historiography of Russian First-Wave Émigré Writers“ gewidmet, die 2011 im Brill-Verlag in Leiden und Boston erschien.

Mjør setzt sich detailliert mit dem Phänomen des Emigré-Seins, den internen Auseinandersetzungen und der Identitätssuche der russischen Exilanten auseinander und greift dabei gelungenerweise die Ansätze Edward Saids auf. Im Bewusstsein der semantischen Unterschiede benutzt er Begriffe wie *émigrés* und *exiles* absichtlich als Synonyme (S. 29–30). Die vom Autor als Reformulierung Russlands beschriebene Debatte fand im Auslandsrussland in den zwanziger und dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts statt. Bei der Definition dieses Phänomens gliedert sich Mjør in die bereits bestehende Forschung (z. B. Claudia Weiss) zum russischen Exil ein, denn *Russia Abroad* war schon die Selbstbeschreibung der russischen Exilanten und ist bis heu-

te ein gängiger Fachausdruck geblieben (S. 31). Schwierig erscheint allerdings die Übertragung des Nationalismus- und Nations-Ansatzes von Benedict Anderson (*imagined communities*) auf die russische Emigré-Community der zwanziger und dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts. Die Debatten der russischen Exilanten werden somit als diejenigen einer „imaginierten Gemeinschaft“ dargestellt. Nicht berücksichtigt bleibt dabei die Tatsache, dass sich viele nichtrussische Intellektuelle, z. B. georgische und ukrainische Sozialdemokraten, aktiv an den Debatten des Auslandsrusslands beteiligten und hiervon ausgehend ihr integraler Teil waren.

Trotz mancher theoretischer Generalisierungen ist die Monographie Mjøs ein hervorragender Beitrag zum Studium der russischen Geistesgeschichte und Kulturtradition im europäischen, vor allem im

westeuropäischen Kontext. Dem Autor ist es gelungen, die Interaktion der Größen der russischen Philosophie wie Nikolaj Berdjajev und von Religionsphilosophen wie Georgij Florovskij untereinander sowie mit den europäischen Zeitgenossen aufzuzeigen. Mjør widmete sich nicht einer generell aufgefassten Studie zum russischen Exil, sondern setzte sich mit der exilrussischen Darstellung der russischen Geschichte auseinander. Der Autor hat die Originaltexte Florovskijs, Berdjajevs, Zenkovskij, Fedotovs u.a. sowie die zahlreiche russische und westliche Sekundärliteratur zur russischen Philosophie ausgewertet. Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, dass Mjør auch die deutschsprachige Russlandforschung zur Kenntnis genommen hat.

Zaur Gasimov, Istanbul

HUGH D. HUDSON: Peasants, Political Police, and the Early Soviet State. Surveillance and Accommodation under the New Economic Policy. Houndmills, Basingstoke, New York, NY: Palgrave Macmillan Press, 2012, XIII, 177 S., 5 Abb., 1 Kte. ISBN: 978-0-230-33886-9.

Charakter und Zielsetzung der vorliegenden Studie sind schwer zu bestimmen. Mit 125 Textseiten ist das kleinformatige und schmale Buch länger als ein gewöhnlicher Aufsatz, aber nicht umfangreich und gehaltvoll genug, um als vollwertige Monographie gelten zu können. Der amerikanische Historiker Hugh Hudson geht der Frage nach, wie die OGPU in den 1920er Jahren die Lage auf dem Lande einschätzte und wie sie mit ihren Berichten die Sicht der Parteiführung auf die Bauern beeinflusste. Hudson hat keine eigenen Archivrecherchen betrieben. Stattdessen stützt er sich auf einige der umfangreichen Quelleneditionen, die in den letzten anderthalb Jahrzehnten erschienen sind, darunter *Sovetskaja derevnja glazami VČK-OGPU-NKVD* (4 Bde., Moskau 1998–2005) und *Tragedija sovetskij derevni* (5 Bde., Moskau 1999–2006).

Der Autor untersucht das Dreiecksverhältnis zwischen Bauern, Geheimpolizei und Partei vom Bürgerkrieg bis zur Kollektivierung. Konkrete Akteure treten nur selten in Erscheinung, so dass die Beteiligten der Dreiecksbeziehung weitgehend abstrakt und gesichtslos bleiben. Hudson bietet keinerlei neuartige Erkenntnisse und Interpretationen. Wer sich mit dem bäuerlichen Leben in den 1920er Jahren, der Landwirtschaftspolitik der Bol'seviki und der Vorgesichte der Kollektivierung bereits gut auskennt,

wird dem Buch nichts Neues entnehmen können.

Alle Befunde, die Hudson herausarbeitet, sind hinlänglich bekannt: Die Bauern reagierten verhalten positiv auf die Einführung der NÖP, waren aber mit dem bis Mitte der 1920er Jahre durchaus flexiblen und pragmatischen Kurs der Bol'seviki nie voll und ganz zufrieden. Steuern und Abgaben wurden durchweg als zu hoch empfunden. Zu den weiteren Gravamina der Bauern gehörten die „Schere“ zwischen niedrigen Agrar- und hohen Konsumgüterpreisen, die unerwünschte Einmischung der Partei in dörfliche Angelegenheiten und die Bevorzugung und Bevorteilung der städtischen Arbeiter.

In den frühen 1920er Jahren identifizierte die OGPU nicht politisch-ideologische Motive, sondern wirtschaftliche Probleme als Ursache der weitverbreiteten bäuerlichen Unzufriedenheit. Die Geheimpolizei hielt es für möglich – und ratsam –, die Bauern durch eine entgegenkommende Landwirtschafts- und Steuerpolitik mit dem Regime zu versöhnen. Zu keinem Zeitpunkt vertrat die Geheimpolizei eine eigenständige Linie; stets befand sie sich in Übereinstimmung mit der Partei. Ab Mitte des Jahrzehnts griffen auf Seiten der OGPU und der Parteiführung Misstrauen und Ressentiments gegenüber den Bauern um sich. Mehr und mehr wurde der Bauernschaft eine generelle, mit friedlichen Mitteln nicht zu überwindende Feindseligkeit gegenüber der Sowjetmacht unterstellt.

Gründe dafür gab es viele, etwa die Entstehung einer Schicht wohlhabender Bauern, die zur „Kulakengefahr“ aufgebauscht wurde, oder den immer lauter werdenden Ruf nach Zulassung eines Bauernbundes, durch den die Partei ihr Machtmonopol be-

droht sah. Misserfolge der Bol'seviki bei den Wahlen zu den Dorfsowjets schrieb die Partei der regimefeindlichen Propaganda der Kulaken zu. Während der Kriegsfurcht von 1927 wurde klar, dass die Mehrheit der Bauern im Ernstfall nicht für die Bol'seviki ins Feld ziehen würde. Noch gefährlicher wurde die Lage aus Sicht der Partei, als die Bauern im Winter 1927/28 in einen angeblichen „Getreidestreik“ traten und die Versorgung der Städte und Industriezentren gefährdeten. Die Getreidekrise wurde zum Katalysator für die Zwangskollektivierung.

In der Zusammenfassung bietet Hudson eine einleuchtende, wenn auch nicht besonders originelle Antwort auf die Frage, warum Bol'seviki und Bauern nicht zueinander finden konnten: Weil sie völlig konträre Ziele verfolgten. Den Bauern ging es um den Erhalt des *status quo*, um die Konservierung ihrer

traditionellen Lebens- und Wirtschaftsweise, um die Abwehr der Einmischung von außen. Die Bol'seviki hingegen strebten nach der Überwindung des *status quo* und jener Rückständigkeit, die sie besonders in den Bauern verkörpert sahen. Die angestrebte sozio-ökonomische und kulturelle Modernisierung erforderte die Unterwerfung des Dorfes und die Zerschlagung seiner überkommenen Strukturen. Wer wollte dieser These widersprechen? Bei allem Mangel an Originalität besitzt Hudsons Studie den Vorteil der Handlichkeit, so dass sie zumindest im Lehrbetrieb von Nutzen sein wird. Studierende werden das Buch mit Gewinn lesen. Historiker brauchen es nur dann zur Hand zu nehmen, wenn sie eine bereits bekannte Geschichte noch einmal in komprimierter Form nachlesen wollen.

Andreas Oberender, Berlin

LJUDMILA V. MICHEEVA: Inostrannye voennoplennye i internirovannye vtoroj mirovoj vojny v Central'nom Kazachstane (1941 – načalo 1950-ch gg.) [Ausländische Kriegsgefangene und Internierte des Zweiten Weltkriegs in Zentralkasachstan (1941 bis Anfang der 1950er Jahre)]. Karaganda: Izdat. CKU MGTI – Lingva, 2010. 207 S., 22 Abb. ISBN: 978-601-06-0565-7.

Im Laufe des Zweiten Weltkriegs gerieten über vier Millionen Soldaten in sowjetische Kriegsgefangenschaft, darunter rund 2,4 Millionen deutsche und 640.000 japanische Soldaten. Die sowjetische Politik sah in den Gefangenen zusätzliche Arbeitskräfte, die in und nach dem Krieg dringend gebraucht wurden. Darüber hinaus setzte sich die UdSSR zum Ziel, die gefangenen Feinde politisch umzuerziehen. Die Verfolgung von Kriegsverbrechern sowie von Gefangenen, die die sowjetischen wirtschaftlichen und politischen Ziele zu sabotieren schienen, machte schließlich den dritten Hauptpunkt sowjetischer Kriegsgefangenenpolitik ab 1939 aus. Seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat die internationale Forschung diese Grundaspekte insbesondere auf der Basis zentraler Aktenbestände in Moskau herausarbeiten können. Der Wert ergänzender Regionalstudien besteht unter anderem darin, dass sie aufzeigen, wie die zentralen Vorgaben auf unterschiedliche regionale Grundkonstellationen heruntergebrochen wurden. Damit lässt sich die Widersprüchlichkeit sowjetischer Kernziele schärfer fassen und das Innenleben der zuständigen Administrationen genauer ausleuchten. Auf diese Weise tragen Regionalstudien wesentlich dazu bei, die Funktionsme-

chanismen stalinistischer Herrschaft zu ergründen. Auf der anderen Seite können derartige Detailstudien die Lebenswirklichkeit der Gefangenen selbst, ihre Kontakte zur lokalen Einwohnerschaft oder Beziehungen zwischen verschiedenen nationalen Gefangenengruppen beschreiben und somit das Verständnis der Geschichte der betroffenen Kriegs- und Nachkriegsgesellschaften erweitern.

In den letzten Jahren haben sich vor allem russische und ukrainische Forscher an entsprechenden Regionalstudien versucht. Micheeva schlägt mit ihrer Arbeit über die Republik Kasachstan, die – weit abgeschlagen hinter Russland und der Ukraine und nahezu gleichauf mit Weißrussland – das dritt- bis viertgrößte Kontingent der ausländischen Gefangenen in ihren Lagern aufnahm, eine erste regionalgeschichtliche Schneise in Zentralasien. Wie in der gesamten UdSSR, so nahmen auch in Zentralkasachstan Kriegsgefangenenzahlen sowie Organisation und Tätigkeit der Kriegsgefangenenverwaltung UPVI/GUPVI erst gegen Kriegsmitte hin relevante Ausmaße an. Der Ableger der Moskauer Zentralverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte auf Republikenebene wurde 1943 aufgebaut. Das UPVI-Lager Nr. 99, Spasskij, entwickelte sich nach seiner Gründung 1941 ab 1944 zum größten und wichtigsten Kriegsgefangenenlager in der Region. Die Belegung spiegelt globale Dimensionen des Kriegs ebenso wider wie die Abnormitäten stalinistischer Politik: Zu Spitzenzeiten 1945/1946 zählte die Verwaltung in ihren einzelnen Lagern nahezu 15.000 deutsche und rund 12.000 japanische Kriegsgefangene. Unter rund 1000 Zivilisten, die nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR interniert wurden, machten wiederum deut-

sche Juden einen erheblichen Anteil aus. Insgesamt sind die Belegungsstatistiken für die Lager äußerst lückenhaft, so dass Micheeva keine verlässliche Gesamtzahl für Kriegsgefangene und Internierte auf kazachischem Boden nennen kann.

Micheeva stellt heraus, dass in Zentralkasachstan dem Arbeitseinsatz der Gefangenen absolute Priorität zukam. Die Kriegsgefangenenlager wurden allesamt auf Basis ehemaliger Abteilungen des GULag eingerichtet. Sie waren vielfach Großunternehmen des sowjetischen Kohlebergbaus zugeordnet. Dass Kriegsgefangene zu verschiedenen Zeitpunkten in diesen Unternehmen und Schächten 20 bis 30 Prozent der gesamten Arbeiterschaft stellten, verweist zugleich auf die katastrophale Wirtschaftslage der UdSSR in den vierziger Jahren zurück. Wie in anderen Wirtschaftsbereichen, so waren auch in der Kohleindustrie weder Arbeitgeber noch Lagerverwalter auf den immensen Zustrom der neuen gefangenen Arbeitskräfte vorbereitet. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen, die vor allem im Krieg große Opfer forderten, blieben bis zum Ende der vierziger Jahre schwierig. Micheeva beziffert die Sterblichkeit der Kriegsgefangenen im Lager Spasskij auf insgesamt rund elf Prozent. Die Grabstätten der Verstorbenen verfielen in aller Regel. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR konnte sich auch in Kasachstan eine Kultur des grenzüberschreitenden Gedenkens an die verstorbenen Gefangenen entwickeln. Im Übrigen wurde 2004 auch ein Denkmal für die sowjetischen Opfer der gesamten Lagerregion eingeweiht. Zu diesem Zeitpunkt existierten bereits Erinnerungsorte für die früheren japanischen, polnischen, deutschen, rumänischen, finnischen oder italienischen Kriegsgefangenen – diese prekäre Reihenfolge beleuchtet schlagartig die Problematik des post-sowjetischen Umgangs mit dem ambivalenten Erbe von Sieg und

Terror. Im Gegensatz zum Umgang der UdSSR Stalins mit der eigenen Bevölkerung, so das bezeichnende – drastisch verkürzende und etwas problematische – Fazit Micheevas, stellte sich die Behandlung ehemaliger Angehöriger der gegnerischen Streitkräfte durch das Regime geradezu als „Akt der Humanität“ dar (S. 155).

Insgesamt deutet Micheevas Studie die eingangs zitierten Chancen eines regionalen, differenzierten Zugriffs in vielem nur an. Fragen der politischen Schulung sind weitgehend, der Komplex der Verurteilungen von Kriegsgefangenen sowie ihr Aufenthalt in den Straflagern der Region gänzlich ausgeklammert. Micheeva referiert für die verbliebenen Themen oftmals die Befunde der Forschung zur allgemeinen Kriegsgefangenenpolitik Moskaus. Dabei beschränkt sie sich leider im Wesentlichen auf die Rezeption russischer bzw. russischsprachiger Publikationen. Die Monografie führt vor Augen, dass regionale Archive die mitunter disparate Akten- und Überlieferungslage des Zentrums nicht zwangsläufig verbessern. Micheeva, die als Archivarin im Staatsarchiv der Oblast Karaganda über hervorragende Kenntnisse der unmittelbaren Quellenlandschaft verfügt, kann aufgrund zahlreicher Überlieferungslücken oder aktueller Zugangsrestriktionen keine detaillierte Rekonstruktion der Lagergeschichten leisten. Sie hat jedoch eine wichtige Grundlage geschaffen, auf der sich die eingangs erwähnten Fragestellungen weiter verfolgen lassen. Von besonderem Interesse wird hier die Verzahnung von Kriegsgefangenenverwaltung und GULAG sowie die detaillierte Erfassung der verschiedenen Gruppen von Kriegsgefangenen und Internierten in der Sowjetunion der vierziger und fünfziger Jahre sein.

Andreas Hilger, Hamburg

MAIKE LEHMANN: Eine sowjetische Nation. Nationale Sozialismusinterpretationen in Armenien seit 1945. Frankfurt a.M., New York: Campus, 2012. 442 S., 21 Abb. = Eigene und fremde Welten, 26. ISBN: 978-3-593-39492-3.

Wie im Titel präzise formuliert, untersucht Maïke Lehmann in ihrer Berliner Dissertation „nationale Sozialismusinterpretationen in Armenien seit 1945“. Sie befasst sich mit anderen Worten mit der Frage, wie sich Menschen in der Sowjetrepublik Armenien – gemeint sind unter anderem Politiker, Intellektuelle, Kulturschaffende, Geistliche, aber auch ‚einfache‘ Armenier – in der Nachkriegszeit in ihrer real existierenden, territorial festgelegten und scheinbar unhintergehbaren „sowjetischen Nation“ einrichteten. Lehmann interessiert sich dabei nicht nur dafür, wie Nation und Sozialismus gegeneinander ausgespielt wurden, sondern auch dafür, wie sie sich miteinander verschränkten. Nicht „Opposition“ und „Dissidenz“, sondern Hybridität und Repräsentation sind zentrale Begriffe ihrer Studie.

Armenien ist insofern ein spannendes Beispiel für eine solche Hybridisierung von Sozialismus und Nation, als hier eine – wie viele Zeitgenossen meinten – besonders sowjetische Republik in den Fokus rückt. Dem offiziellen Geschichtsnarrativ zufolge hatte die Oktoberrevolution die Armenier gerettet: Zwar

durften die ethnischen Säuberungen vom Jahr 1915 in der Sowjetunion bis Mitte der sechziger Jahre offiziell nicht als „Genozid“ bezeichnet werden. Dennoch bildete ebendieser Genozid die Grundlage für das armenische Selbstverständnis: Erst dank Lenins Nationalitätenpolitik, so das Narrativ, sei den Armeniern eine Existenz als Nation ermöglicht worden. Lehmann argumentiert, dass dieses Narrativ funktionierte: Armeniern sei es schwer gefallen, Sozialismus und nationale Frage voneinander zu trennen. Selbst offen nationalistische Positionen seien deshalb nicht notwendigerweise dissident gewesen; vielmehr habe es sich lediglich um abweichende Interpretationen davon gehandelt, was innerhalb eines kulturellen Systems wie des sowjetischen aus armenischer Sicht politisch machbar war.

Lehmann folgt in ihrer Dissertation der Chronologie der Ereignisse, wobei sie immer wieder – wie sie schreibt – „Tiefenbohrungen“ vornimmt. Schlüsselmomente ihres Buches sind die unmittelbare Nachkriegszeit mit den Kampagnen der Ždanovščina, andererseits aber auch einer begrenzten gesellschaftlichen Öffnung. Besonders bemerkenswert sind hierbei die Analysen der Konflikte zwischen in der Sowjetunion aufgewachsenen Armeniern und Diasporaarmeniern, die seit Ende des Krieges in ihre angebliche „Heimat“, die Sowjetrepublik Armenien, „repatriert“ wurden. Während ein Fokus der Arbeit auf den Jahren 1945–1956 liegt, erfährt der Leser wenig über die Jahre 1957 bis 1964; ein nächster Schlüsselmoment sind für Lehmann erst die Demonstrationen in Erevan 1965, als Tausende Menschen forderten, den Genozid vom Jahr 1915 offiziell als solchen anzuerkennen. Für die siebziger Jahre präsentiert Lehmann Quellenfunde, anhand derer sie belegt, wie konfliktträchtig die Karabach- und Nachičevan-Fragen nicht nur im Parteiapparat, sondern auch im Alltag blieben. Die Feindseligkeiten zwischen Armeniern und Aserbaidschanern, die sich etwa bei einem Lynchmord im Jahr 1967 offenbarten, bilden die Vorgeschichte für die interethnische Gewalt Ende der achtziger Jahre, der die letzte „Tiefenbohrung“ des Buches gewidmet ist.

Die Autorin ist eine hervorragende Kennerin sowohl der neuesten Forschung zum Stalinismus als auch der Arbeiten zur Nachkriegszeit. Eine besondere Leistung ist dabei, dass Lehmann nicht nur einen Zeitraum betrachtet, sondern Entwicklungen bis in die Gegenwart aufzeigt. Gerade die Analyse der sowjetischen Geschichte aus der Gegenwart heraus erweist sich für ihre Argumentation als besonders fruchtbar: Lehmann kann zeigen, dass bestimmte Argumentationslogiken und Narrative nicht nur in

Parteiakten auftauchen, sondern auch 15 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion noch in Oral-History-Interviews wiederzufinden sind. Das Fortbestehen von Versatzstücken autoritativer Diskurse belegt laut Lehmann, dass für viele Menschen der Sozialismus nicht nur „Lippenbekenntnis“ und „Maske“, sondern ein zentraler Bestandteil ihrer hybriden Identität gewesen sei. Dieser Bestandteil ihrer Identität sei deshalb auch nicht einfach verschwunden, als die Sowjetunion zerfiel. Der sowjetische Staat erschuf also nicht nur Nationen. Er erschuf *sowjetische* Nationen, die nicht einfach losgelöst von sozialistischen Inhalten zu denken seien.

Damit weist Lehmanns Studie über die bisherige Forschung hinaus: So hatte zwar bereits unter anderen Ronald Grigor Suny in seinen Arbeiten über Armenien betont, dass innerhalb der Sowjetunion Nationen nicht etwa „zerstört“, sondern „erschaffen“ worden seien. Es habe also einen „offiziellen Nationalismus“ gegeben, den der Staat nicht nur erlaubt, sondern aktiv gefördert habe. Gleichzeitig habe es jedoch in Armenien spätestens seit Mitte der sechziger Jahre auch einen „dissidentischen Nationalismus“ gegeben, dessen Vertreter die Staatsideologie grundsätzlich abgelehnt hätten. Lehmann argumentiert hingegen, dass zwar eine Form des „offiziell sanktionierten Nationalismus“ existiert habe. Dieser habe „wie selbstverständlich die sowjetische Realpolitik uminterpretiert“ und sei „über die Grenzen des Zulässigen, wie sie etwa durch die Verfassung und die Politik des Moskauer ZK abgesteckt waren“, hinausgegangen (S. 73). Dieser Nationalismus sei jedoch nicht oppositionell oder gar dissident geworden. Sozialismus und Nation seien hier nicht mehr als Gegensatzpaare, sondern als eine hybride, nie gänzlich konfliktfreie Verbindung zu betrachten.

So fein Lehmann die Linie zwischen einer „Uminterpretation“ der sowjetischen Realpolitik und „Opposition“ oder gar „Dissidenz“ herausarbeitet, schließen sich daran doch auch Fragen an: Wenn etwas über die Grenzen der Verfassung und der Politik Moskaus hinausging, was spricht dann dagegen, von „Opposition“ zu sprechen? Warum sollten wir davon ausgehen, dass diese Abweichungen unbewusst geschahen oder in Moskau nicht als Opposition wahrgenommen wurden? Was bedeutete es in diesem Zusammenhang eigentlich, „anders zu denken“? Wo liegen die Grenzen zwischen einer „Uminterpretationen“ und Dissens? Lässt sich das Konzept der Hybridität möglicherweise sogar auf die Dissidenten übertragen, die oft ebenfalls den Sozialismus nicht grundsätzlich ablehnten, sondern ihn ebenfalls lediglich anders interpretierten?

Doch gerade weil Lehmann einfache Antworten auf diese Fragen scheut, lohnt sich die Lektüre am Ende. Denn bei dem Buch handelt es sich nicht nur um einen willkommenen Beitrag zur Debatte über die sowjetische Nationalitätenpolitik. Vielmehr verweist Lehmanns Studie auf das komplexe Verhältnis der Bürger zu einem Staat, der für sich beanspruchte, eine allgemeingültige Ideologie zu vertreten, dessen Bürger jedoch zunehmend das Recht einforder-

ten, eine eigene Interpretation ebendieser Ideologie zu leisten. Nation und Sozialismus wurden dabei in Armenien, anders als in der bisherigen Forschung, nie getrennt gedacht. In dieser Hinsicht war Armenien eben durchaus eine durch und durch sowjetische Nation und ist es in mancherlei Hinsicht bis heute geblieben.

Moritz Florin, Hamburg

DANIEL LIMBERGER: Polen und der „Prager Frühling“ 1968. Reaktionen in Gesellschaft, Partei und Kirche. Frankfurt a.M., Berlin, Bern [usw.]: Lang, 2012. 590 S. ISBN: 978-3-631-62259-9.

Das Jahr 1968 war auch in Polen ein sehr bewegtes. Aus durchaus mit der Tschechoslowakei vergleichbaren Gründen kam es im März zu Studentenprotesten, die vom Regime niedergeschlagen wurden und in einer Säuberung mündeten. Die sogenannten „Märzereignisse“ versetzten das Land in einen Schockzustand. Zudem wurde eine „Antizionismus-Kampagne“ lanciert, die offen antisemitische Züge annahm. Nach der Beendigung dieser Kampagne Ende Juni trug die Beteiligung Polens an der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ zu einer weiteren weltweiten Verschlechterung des Ansehens des Landes bei. Daniel Limberger hat nun eine umfangreiche Analyse der polnischen Reaktionen auf den „Prager Frühling“ und dessen Beendigung durch die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten im Jahr 1968 vorgelegt. Während die Haltung der politischen Führung bereits hinlänglich bekannt ist, betritt der Autor mit der Untersuchung der Reaktionen in der polnischen Gesellschaft, an der Parteibasis der PVAP und innerhalb der Kirche absolutes Neuland. Bei der Untersuchung von Gesellschaft und Kirche stützt er sich primär auf Quellen geheimdienstlicher Provenienz. Zur Einschätzung der Haltung der einfachen Mitglieder der PVAP werden die Protokolle der Parteikonferenzen herangezogen. Der Autor förderte eine enorme Fülle von Quellen zu Tage, die tiefe Einblicke in die Stimmung unter den Mitgliedern der analysierten Gruppen gewähren. Die Aussagekraft und Problematik der Quellengattungen werden hinreichend diskutiert. Die Frage nach den Ansichten der oft zitierten, auch auf der Basis dieser Quellen nicht zu erfassenden, „schweigenden Mehrheit“ muss jedoch offenbleiben. Bisher wurde zumeist davon ausgegangen, dass eben diese Gruppe Sympathien für den „Prager Frühling“ hegte und der Inter-

vention ablehnend gegenüberstand. Limberger zieht diese unbelegte Annahme auf der Grundlage seiner Ergebnisse in Zweifel.

Im einleitenden Abschnitt referiert der Autor die Entwicklungen des „Prager Frühlings“ sowie dessen Niederschlagung. Hervorzuheben ist hier der vergleichende Abschnitt zu den Voraussetzungen und Wechselwirkungen zwischen den „Märzereignissen“ in Polen und dem „Prager Frühling“ in der Tschechoslowakei. Kritisch anzumerken bleibt, dass Limberger sich primär auf die polnischsprachige Forschungsliteratur stützt. Zahlreiche deutsch- und englischsprachige Publikationen der umfangreichen neuesten Forschungen zum „Prager Frühling“ finden nur am Rande beziehungsweise gar keine Berücksichtigung. Insbesondere die Arbeiten zur Haltung der SED zum „Prager Frühling“ hätten die Darstellung des Kontextes bereichert.

Die Ergebnisse Limbergers zeigen deutlich, dass sich die polnische Gesellschaft nach dem März 1968 zunächst nur in eingeschränkter Weise mit den Entwicklungen des „Prager Frühlings“ befasste. Die Aufmerksamkeit stieg erst nach der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten vom 21. August 1968 erheblich an. In den ersten Tagen herrschte eine gewisse „Kriegspanik“ und es wurden Analogien zur Niederschlagung des ungarischen Aufstandes 1956 gezogen. Nach den Moskauer „Verhandlungen“ flachte das Interesse der Bevölkerung bereits Anfang September wieder deutlich ab. Zur Intervention selbst herrschte größtenteils Schweigen. Nur verhältnismäßig wenige ablehnende Äußerungen sind dokumentiert. Es fanden keine Protestaktionen statt. Auf Flugblättern erfolgte – wie auch in der Tschechoslowakei – oftmals eine Gleichsetzung der Sowjetunion mit dem „Dritten Reich“. Zudem traten mannigfaltige (pseudohistorisch begründete) antitschechische Stereotypen offen zu Tage. So wurden „die Tschechen“ häufig als Verbündete der Deutschen bezeichnet, während die Slowaken kaum Erwähnung fanden.

Am stärksten wühlte noch die Beteiligung Polens an der Intervention auf. Weit verbreitet war die Ansicht, dass die Sowjetunion den Einmarsch alleine hätte durchführen können. Die Beteiligung der polnischen Armee am Einmarsch wurde als großer Schaden für das Ansehen Polens erkannt. Auch wenn Limberger dies nicht explizit anspricht, so scheinen seine Quellen die zeitgenössische Annahme zu bestätigen, dass in diesem Zusammenhang insbesondere die angenommene gemeinsame Beteiligung der Nationalen Volksarmee der DDR und der polnischen Streitkräfte einen bitteren Beigeschmack besaß. Die Gründe für diese Haltung der Bevölkerung sieht der Autor in der inneren Lage Polens nach den „Märzereignissen“. Die polnische Gesellschaft befand sich gleichsam in einer „Schockstarre“. Gleichzeitig fungierte die „deutsche Gefahr“, mit der zwar primär die Bundesrepublik Deutschland gemeint war (ohne dass die DDR aber jemals vollkommen angenommen worden wäre) als landesweit funktionierendes Argument zur Rechtfertigung des Vorgehens.

An der Parteibasis wurde die Lage in der Tschechoslowakei im Rahmen von landesweiten Parteikonferenzen im Mai, Juli, August und September diskutiert. Bereits im Mai sprach man von der Möglichkeit eines militärischen Eingreifens. Deutlich zeigte sich die Bereitschaft der großen Mehrheit, der „Erpressungspolitik“ der polnischen Staats- und Parteiführung gegenüber der Tschechoslowakei zu folgen. Das polnische Vorgehen vom März galt sogar als Vorbild für den Umgang mit der tschechoslowakischen Reformbewegung. Nach der Intervention wurde diese Argumentation als Rechtfertigung herangezogen. Vor der Intervention bestimmte vor allem die angeblich „antipolnische“ Berichterstattung in der Tschechoslowakei im Gefolge der „Märzereignisse“ die Diskussion. Deutlich erkennbar war auch hier das Bestehen eines negativen Bildes von „den Tschechen“, während die Slowaken relativ neutral gesehen

wurden. Zentral war jedenfalls auch in dieser Personengruppe der „deutsche Komplex“. Der Antizionismus spielte bei der Beurteilung des „Prager Frühlings“ eine geringere Rolle. Anfangs tauchten noch Stimmen auf, die die Ansicht vertraten, dass die Juden nun versuchen würden, die Tschechoslowakei unter Kontrolle zu bekommen. Nachdem *Gomulka* der Antizionismuskampagne ein Ende gesetzt hatte, waren derartige Äußerungen nur noch Randerscheinungen. Die Masse der Parteibasis schwenkte angesichts der „Märzereignisse“ auf die Linie der Parteiführung ein. Manche forderten sogar ein entschiedeneres Vorgehen. Nach der Intervention wurde lediglich die Beteiligung der polnischen Streitkräfte problematisiert. Zudem gab es auch in diesem Forum gewisse Vorbehalte gegenüber der Sowjetunion. Die Haltung der PVAP wurde gleichsam zu einer Machtdemonstration nach außen, um im Inneren für Ruhe zu sorgen.

Auch die Kirche, der in Polen zumeist generell eine oppositionelle Haltung zugeschrieben wird, hielt faktisch still. Zum „Prager Frühling“ existierten kaum Stellungnahmen. Die Intervention änderte dies nur geringfügig. Auch im Klerus war die Ansicht verbreitet, dass die Sowjetunion den Einmarsch alleine hätte realisieren können. Es erfolgte keine offizielle Stellungnahme gegen die Intervention. Lediglich Würdenträger aus der zweiten Reihe äußerten öffentlich Kritik. Ausschlaggebend hierfür dürfte die Angst gewesen sein, sich zu exponieren. Somit ergibt sich abschließend ein stimmiges Bild einer zu großen Teilen infolge der „Märzereignisse“ in Schockstarre verharrenden Bevölkerung, deren Interesse am „Prager Frühling“ sich in Grenzen hielt. Limbergers Buch leistet somit einen wertvollen Beitrag zur Erforschung der internationalen Perzeptionen des „Prager Frühlings“.

Maximilian Graf, Wien

INES KOELTZSCH: Geteilte Kulturen. Eine Geschichte der tschechisch-jüdisch-deutschen Beziehungen in Prag (1918–1938). München: Oldenbourg, 2012. VIII, 430 S., 12 Abb., 6 Ktn., 17 Tab. = Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, 124. ISBN: 978-3-486-71241-4.

Prag in der Zwischenkriegszeit. Da hat man so seine Bilder im Kopf, seine Kategorien; das Ende ist klar, die Interpretation dessen, was vorher war, genau dadurch vorherbestimmt. Hier macht Ines Koeltzsch nicht mit, fügt nicht die x-te Studie zu Kafka und

Co. hinzu, sondern legt die erste Arbeit vor, die den Ansatz der integrierten Stadtgeschichte auf Prag anwendet. Sie führt uns die Stadt als Wirklichkeit vor, „die durch Interaktionen, Erfahrungen, Erzählungen, Bilder und Darstellungen verschiedener Gruppen aktiv hervorgebracht und verändert wird“ (hier zitiert sie M. Featherstone, S. 17). Koeltzsch bedient sich dafür der Ansätze der neuen Kulturgeschichte, die soziale Phänomene vornehmlich als Konstrukte, als Ergebnisse von Diskursen betrachtet, als so intensiv „ausgedacht“ und „herbeigeredet“, dass sie eine eigene Wirkmächtigkeit erhalten. Gleichzeitig ver-

steht sie ihr Buch als Gegenthese zur bzw. Hinterfragung der Riga-Studie von Ulrike von Hirschhausen, die von Prag, das sie als Vergleich heranzieht, behauptet, es herrschten dort geschlossene Milieus, deren Grenzen die Intellektuellen nicht zu überwinden vermochten. Insbesondere die Juden behandelt Koeltzsch in diesem Zusammenhang anders: sie werden nicht als angepasste Minderheit oder Gegenwelt, sondern in ihrer aktiven Teilhabe an Integrationsprozessen betrachtet, wodurch dann Begriffe wie Akkulturation, Assimilation oder Integration eine ganz neue Definition erhalten. Das Ziel der Autorin ist es, „ein differenziertes, multiperspektivisches Bild des tschechisch-jüdisch-deutschen Beziehungsgeflechts herauszuarbeiten, das die Heterogenität der weitgehend homogen vorgestellten Mehr- und Minderheiten deutlich macht. Die Studie leistet damit gleichzeitig einen Beitrag zu einer inter- und transkulturellen Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte multiethnischer Stadtgesellschaften in Ost- und Ostmitteleuropa zwischen den Weltkriegen.“ (S. 4)

Das klingt zunächst einmal trocken, doch Koeltzsch gelingt es, die abstrakten Schlagworte mit Leben zu erfüllen – man höre und staune sogar mit Hilfe der Statistik. Der erste von vier Hauptteilen behandelt nämlich die Volkszählungen von 1921 und 1930, an sich wieder eine Materie, welche sich naturgemäß nur schwer in eine lesbare oder gar anregende Narration überführen lässt. Doch der Autorin geht es weniger um die Zahlen, als vielmehr um die Akteure, das heißt die Volkszählungsexperten, und deren Diskussionen über den Zuschnitt der Volksbefragung. Was ist eigentlich Nationalität, was sollen die Kriterien zu ihrer Bestimmung sein, wie lassen sich einzelne Personengruppen voneinander abgrenzen, wie kann man durch möglichst geschickte Kategorisierung die Stärke der eigenen Gruppe statistisch besonders hoch erscheinen lassen? Anhand dieser Punkte werde schon deutlich, so Koeltzsch, dass den Volkszählungsexperten „die integrative Funktion des modernen Zensus“ (S. 30) am Herzen lag, die Vorstellung, jeder sei erfassbar. Mithilfe von durch entsprechende Leitbilder geprägten ‚Konstruktionsprozessen‘ versuchten sie, eine vermeintliche Homogenisierung der Gesellschaft zu erreichen. Kein Wunder, dass Mehrsprachigkeit oder multiple Identitäten gar nicht abgefragt, sondern vielmehr als Störfaktor empfunden wurden. Eine Besonderheit war einzig die Tatsache, dass sich im Prinzip jeder, „unabhängig von seiner Muttersprache, Religion oder Herkunft zur jüdischen Nationalität bekennen“ konnte. (S. 38)

Die Volkszählung führte aber nicht nur in Expertenkreisen zu erbitterten Auseinandersetzungen,

sondern sorgte auch im Vorfeld für nationale und konfessionelle Konflikte, die sich in der Presse niederschlugen. In Zahlen ausgedrückt reden wir übrigens von rund 90% Tschechen, 5% Deutschen und nicht einmal einem Prozent Menschen jüdischer Nationalität.

Im zweiten Hauptteil geht es um die Kommunalpolitik, genauer um die Machtverhältnisse im Stadtparlament, um Identitätskonstruktionen, wie sie sich in Sprach- und Bildungspolitik oder im Umgang mit Ehrungen manifestieren, und die Gründe für die gewalttätige Judenfeindlichkeit. Die Autorin arbeitet hier nach den „neueren Erkenntnissen der Kulturgeschichte des Politischen, wonach Symbole [...] einen konstitutiven Bestandteil politischen Handelns bilden“ (S. 92). Einen Großteil der oft nationalistisch-chauvinistischen Akte und Haltungen erklärt sie mit der neuen Rolle Prags als Hauptstadt eines sich nationalisierenden Staates. Gleichzeitig mussten die städtischen Akteure einen Großteil ihrer Kompetenzen an die neuen staatlichen Stellen abgeben, einen Verlust, den sie, so Koeltzsch, mit besonders nationalistisch-repräsentativen bzw. symbolischen Akten zu kompensieren versuchten. Sie machten die Stadt zur Bühne und sich zu (wenigstens symbolischen) Repräsentanten der neuen politischen Ordnung. Während die Stadtverordneten im Rat und in den Gremien miteinander agierten, grenzten sie sich nach außen massiv voneinander ab. Als Beispiele seien die Abschaffung des deutschen Sprachunterrichts an tschechischen Volksschulen 1920 genannt oder das massive Vorgehen gegen deutschsprachige Plakate und Firmenschilder im Stadtbild. Selbst Speise- und Eintrittskarten durften keinesfalls ausschließlich deutschsprachig sein.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, dass ein Großteil der sogenannten national „Anderen“ in erster Linie eine „diskursive Konstruktion“ war, die dann über die symbolische Ausgrenzung sogar zur realen Ausgrenzung bis hin zu gewalttätigen Ausschreitungen führte. (S. 177)

Dominierten in den ersten beiden Teilen die nationstrennenden Faktoren, so liegt der Schwerpunkt in den beiden anderen Teilen auf den verbindenden Aspekten des Zusammenlebens in Prag.

Koeltzsch nimmt im dritten Teil die Intellektuellen, hier vor allem durch Schriftsteller, Übersetzer und Journalisten repräsentiert, in den Blick, um zu zeigen, wie diese Personen kulturelle Vermittlungsarbeit leisteten. Insbesondere Prager jüdischer Herkunft zeigten besonderen Antrieb und Fähigkeiten dazu. Des Weiteren unternimmt sie eine Detailanalyse der Zeitschriften „Die Wahrheit“ und „Přítom-

nost“, die auf jeweils unterschiedliche Weise den kulturellen Austausch beförderten, die Selbstverständlichkeit der nationalen Grenzziehungen auch einmal in Frage stellten, ohne jedoch wirklich von der „sittlich fundierten Nationsidee“ (S. 251) loszukommen. Mit diesem Ergebnis modifiziert Koeltzsch die These Scott Spectors für Prag dahingehend, dass es sehr wohl aktive „middle men“ gegeben habe, deren Arbeit aber nicht zu einer „middle nation“ geführt habe.

Die neuen Orte des Vergnügens, und darunter besonders das Kino, sind Dreh- und Angelpunkt des letzten Teils der Arbeit. Wir dürfen der Autorin ins Kabarett, in Kaffeehäuser und ins Kino folgen, mit ihr durch die Stadt und über den sich rasant verändernden Wenzelsplatz schlendern und dabei erleben, dass nicht sprachlich-nationale Grenzen, sondern Geschmack und soziale Zugehörigkeit den Zugang zu diesen Stätten moderner Urbanität bestimmten. Was weder Volkszählungsexperten noch Kommunalpolitikern und auch den Intellektuellen nur bedingt gelang, machten Besucher und Betreiber, Konsumenten und Konstrukteure der Großstadtkultur möglich: die Überwindung nationaler Grenzziehun-

gen (S. 331) – dieses unterhaltsamste und anschaulichste Kapitel sollte man am besten selbst lesen.

Ein bisschen mehr auswertende und bündelnde Zusammenführung der beeindruckenden Details aus dem enormen Quellenkorpus und eine stärkere Rückbindung an die gut im Forschungsstand verankerte Einleitung wären noch das Tüpfelchen auf dem i eines ansonsten interessanten und erhellenden Buches gewesen. Leider geht so manche Antwort auf die dem Buch zugrunde liegenden Leitfragen in der Fülle der Informationen aus den unterschiedlichen Lebens- und Politikbereichen unter. Es ist wohl ein typisches Problem von Dissertationsschriften, dass die Erkenntnis vom Stoff erschlagen zu werden droht. Ganz wie im Prag der Nachkriegszeit sollten die Quellen der einzelnen Gebiete eben nicht nur für sich zum Sprechen gebracht werden, sondern auch in ihren Beziehungen und Verflechtungen untereinander eine Fürsprecherin finden. Dann würde noch deutlicher, wie die Erkenntnisse aus einer Studie über das Zusammenleben von kulturell und sprachlich verschiedenen Menschen im historischen Prag Vorbild für unsere heutigen multikulturellen Gesellschaften sein können.

Jana Bürgers, Offenburg

DETLEF BRANDES: „Umvolkung, Umsiedlung, rassische Bestandsaufnahme“. NS-„Volkstumspolitik“ in den böhmischen Ländern. München: Oldenbourg, 2012, 309 S., 8 Abb., 14 Tab. = Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, 125. ISBN: 978-3-486-71242-1.

Detlef Brandes ist bekannt durch eine Vielzahl von Publikationen, die sich den letzten Jahren der ersten Tschechoslowakischen Republik und besonders dem Protektorat widmen. Es war kaum zu erwarten, dass noch eine Monographie zu diesem Thema von ihm entstehen könnte. Wie bei Brandes üblich, stützt sich auch dieses Buch über die NS-„Volkstumspolitik“ in den böhmischen Ländern auf ein breites Spektrum von Quellen, aus tschechischen Archiven und dem Bundesarchiv in Berlin, und es ist mit einem ausführlichen Literaturverzeichnis ausgestattet. Die „Volkstumspolitik“ des Nationalsozialismus spielte wie in den anderen Ostgebieten so auch im Protektorat Böhmen und Mähren und im Reichsgau Sudetenland eine wichtige Rolle. Daraus ergab sich Brandes' erste Frage: wie und warum unterschied sich diese Politik im Fall der Tschechen von der Politik gegenüber anderen Völkern Osteuropas, vor allem den Polen. Hier ist ziemlich schnell zu sehen, dass

Brandes sich die Antwort nicht einfach gemacht hat.

Faszinierend ist schon das erste Kapitel, das die Ziele und Grundsatzentscheidungen dieser Politik analysiert. Schritt für Schritt verfolgt er die oft konfliktreichen Stufen des Prozesses der deutschen „Tschechenpolitik“. Politische Ziele, wirtschaftliche Interessen, rassenpolitische Visionen griffen nicht immer ineinander. In diesem Zusammenhang wird besonders die Entwicklung des einflussreichen Aktivistin der Sudetendeutschen Partei Karl Hermann Frank anschaulich dargestellt. Im Verlauf seiner politischen Karriere im Protektorat, in der Doppelspitze mit Neurath, setzte Frank, obgleich ein „Radikaler“ nach dem Attentat an Heydrich, dennoch eine relative Realpolitik durch.

Im zweiten Kapitel seines Werkes behandelt Brandes die „Bereiche und Methoden der NS-Volkstumspolitik“. Dies erwies sich in einigen Bereichen als schwierige Aufgabe für die Machthaber. Erstens mangelte es an so genannten Volksdeutschen und Deutschstämmigen, um den neu gewonnenen Raum zu besiedeln. Mischehen, die besonders unter den „Streudeutschen“ vorkamen, entschieden sich nicht immer eindeutig dafür, als ganze Familien „reichsdeutsch“ zu werden.

Einer der Schlüsselbereiche dieser Politik war, wie schon seit dem 19. Jahrhundert üblich, das Schulwesen. Das nationalsozialistische Programm arbeitete aber mit ganz anderen Methoden. Außer der Schließung der Hochschulen im Jahre 1939 und der folgenden Beschränkung des gesamten tschechischen Schulwesens (noch härtere Maßnahmen im Schulwesen so wie auch im gesamten Kulturbereich wurden im Reichsgau Sudetenland umgesetzt) stellte man das Schulsystem unter den Einfluss der nationalsozialistischen „Ideenwelt“ – dazu diente z.B. unter Heydrich ein spezielles Fach für tschechische Lehrer, das so genannte Gesinnungsfach. Auch die Eindeutschung der Verwaltung und der Wirtschaft stand im Vorfeld der reichsdeutschen Interessen und wurde rasch durchgeführt.

Einen zentralen Raum in der Germanisierung der böhmischen Länder nahm die Boden- und Siedlungspolitik ein. Bei der Umsiedlungspolitik gab es unterschiedliche Vorstellungen im Reichsgau Sudetenland und im Protektorat. Das Interesse der Behörden im Reichsgau war darauf ausgerichtet, die tschechische Minderheit nach Möglichkeit auszusiedeln. Dagegen fürchtete man im Protektorat (hier nicht nur Konrad von Neurath, sondern auch Karl Hermann Frank mit Reinhard Heydrich) die unzufriedenen und entwurzelten Menschen. Dieser Meinung waren zuletzt auch die Berliner Behörden.

Die Bodenpolitik umfasste eine breite und komplizierte Skala von Aktivitäten und Zielen. Konfisziert wurde das jüdische und nach Bedarf auch das tschechische Bodeneigentum. Staatliche Domänen und Wälder kamen danach an die Reihe, es folgte die Zwangsverwaltung des kirchlichen Bodens und der Ländereien der tschechischen Adeligen, die dem Tschechoslowakischen Staat im September 1938 den Eid der Treue geleistet hatten. Weitere Vorstellungen betrafen die „Bereinigung der deutschen Sprachinseln“ – durch die Ansiedlung von „Volksdeutschen“ aus Südosteuropa und Südtirol sollte der tschechische Siedlungsraum zersplittert werden. Eine bedeutende Rolle spielte in diesem Zusammenhang die Anlegung von Truppenübungsplätzen, die nach dem Krieg von deutschen Ansiedlern bewirtschaftet werden sollten.

Im dritten Teil des Buches befasst sich der Autor mit der Rassenpolitik. Trotz klar formulierten Voraussetzungen rechnete man mit der Bereitschaft der Tschechen zur Assimilation nach dem Endsieg; „rassisch unverdauliche Tschechen“ sollten „nach Osten“ ausgesiedelt, „reichsfeindliche Intelligenz“ entweder „eingedeutscht“ oder der „Sonderbehandlung“ unterzogen werden; für die Juden und Roma war nur Deportation und Ermordung vorgesehen. Eine rein rassistische Bestandsaufnahme der tschechischen Bevölkerung setzte Reinhard Heydrich durch. Diese wurde ab Februar 1943 durch eine Außenstelle des Rasse- und Siedlungshauptamtes in Prag systematisch durchgeführt. Sie war zwar schon 1941 in Prag errichtet worden, aber zur „systematischen Arbeit“ kam sie wahrscheinlich erst nach Heydrichs Tod.

Lesenswert ist das letzte Unterkapitel „Späte Einsichten“ über die Bemühungen der Prager obersten Rassenexperten in ihren Denkschriften im Frühjahr 1945, einen möglichst „nicht-rassistischen“ Ausweg für die zukünftige „Europapolitik“ zu finden.

Den Band begleitet zum Schluss eine ausführliche Zusammenfassung in Deutsch und Tschechisch sowie ein Sach-, Orts- und Personenregister.

Das Buch von Detlef Brandes ist ein Beispiel einer „erfolgreichen Ernte“ langjähriger Forschung zu unterschiedlichen, aber miteinander verbundenen Aspekten der Thematik, die Brandes mit gezielter Quellenforschung (besser Restquellenforschung) und umfangreichen Literaturkenntnissen präsentiert. Die komplizierte NS-„Volkstumspolitik“ in den böhmischen Ländern wird gründlich und sachlich in allen Bereichen geprüft. Wichtig ist auch die Klärung der unterschiedlichen Verhältnisse im Reichsgau Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren. Diese komplizierten Verhältnisse und Interessen liefern dann auch die Antwort auf die einleitende Frage von Detlef Brandes, warum sich die Politik gegenüber den Tschechen von der Politik gegenüber anderen Völkern Osteuropas (vor allem den Polen) unterschied.

Kristina Kaiserová, Ústí nad Labem

ATTILA KOLONTÁRI: Hungarian-Soviet Relations, 1920–1941. Boulder, CO; New York: Social Science Monographs; distributed by Columbia University Press, 2010. VIII, 566 S. = East European Monographs, DCCLXXII; Atlantic Studies on Society in Change, 136. ISBN: 978-0-88033-675-8.

Der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie, der Zerfall des „tausendjährigen ungarischen Königreiches“ und dessen staatsrechtliche Sanktionierung in Trianon führten in Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg zu einer dauerhaften innenpolitischen Destabilisierung. Eine zusätzliche Steigerung des Gefühls

der Ohnmacht und Hilflosigkeit erzeugte in der Öffentlichkeit die im März 1919 ausgerufene Räterepublik, die nach ihrem Sturz auch die erwünschten Feindbilder lieferte: Kommunisten und Juden bzw. jüdische Kommunisten, die in der Exekutive der Räterediktatur überproportional vertreten waren. Diese Erfahrung determinierte auch die diplomatische Positionierung Ungarns gegenüber der Sowjetunion, zumal etliche Führungsfiguren des Räteregimes im Mutterland des Kommunismus Asyl erhielten.

So fragt der Autor mit Recht nach der Langzeitwirkung emotionaler und ideologischer Komponenten bzw. in welchem Maße die ungarische „Realpolitik“ sich von solchen beeinflussen ließen? Zumal der sog. „Weiße Terror“ des Horthy-Regimes im Spätsommer 1919 umgekehrt nicht minder ein Dorn im Auge der Sowjetunion war. Daraus folgend stellt sich der Autor die Frage, inwiefern Ungarn zum „mitteleuropäischen Interessengebiet“ der sowjetischen Außenpolitik gehörte? Zunächst schien nichts darauf hinzudeuten, da Ungarn als Verlierer des Ersten Weltkrieges keineswegs ‚attraktiv‘ erschien, doch auch die Sowjetunion war mit innenpolitischen – ökonomischen wie sozialen – Schwierigkeiten konfrontiert. Dies änderte sich bis Ende der 1930er Jahre, als Ungarn partielle Erfolge in seiner Revisionspolitik verzeichnen konnte und die Sowjetunion sich als ‚wiedergeborene Großmacht‘ neben dem Dritten Reich in der östlichen Hälfte Europas zu engagieren begann.

Unter der Prämisse dieser Überlegungen werden die sowjetisch-ungarischen diplomatischen Beziehungen von 1920 bis 1941 chronologisch abgehandelt und Zäsuren herausgearbeitet. Die 1920er Jahre waren die Zeit der vorsichtigen Annäherung im Spannungsfeld ideologischer Vorbehalte, wobei der Austausch von Kriegsgefangenen bzw. in Ungarn gefangen gehaltener Kommunisten und vor allem ökonomische Interessen im Vordergrund standen. Letztere leiteten vor allem Ungarn, und ebenfalls Ungarn bat immer wieder um die Freilassung von offiziell 6.000 bis 7.000 ungarischen Kriegsgefangenen, wobei deren Zahl allerdings von manchen Institutionen damals deutlich höher geschätzt wurde. Erst die Machtergreifung der Nationalsozialisten und die Aussöhnung Moskaus mit Warschau und Paris führten zu einer Dynamisierung der diplomatischen Annäherung, da weder Budapest noch Moskau Interesse an einer Kooperation kleiner(er) mittel- und südosteuropäischer Staaten hatten. Hierbei spielte die Politik des neuen ungarischen Ministerpräsidenten Gyula Gömbös (1932–1936) eine signifikante Rolle, der im Hintergrund auch an einem Bündnis zwi-

schen Rom und Berlin arbeitete. Am 6. Februar 1934 unterzeichneten in Rom sowjetische und ungarische Diplomaten drei Dokumente, die die diplomatischen Beziehungen regelten und eine zügige Einrichtung von Botschaften erklärten. Ungarn erkannte, dass der Sowjetunion nicht an einer Aussöhnung mit den Ländern der Kleinen Entente gelegen war, und hoffte infolge der Veränderungen in Berlin, auch Moskau gegen die Versailler Ordnung aktivieren zu können. Zudem nahmen die Spannungen mit Rumänien zu. Doch die Sowjetunion trat letztlich für den Status quo ein und ließ sich nicht im Sinne ungarischer Revisionswünsche instrumentalisieren.

Richtig beschreibt der Autor die beschränkten Handlungsspielräume ungarischer Diplomatie in der Zwischenkriegszeit; er zeichnet aber auch Erfolge nach, die analytisch markanter hätten ausgearbeitet werden können: 1935/36 kam es beispielsweise zu einer sowjetisch-rumänischen Annäherung, die durch ungarische Interventionen in Berlin verhindert werden konnte. Die Ambivalenz ungarischer Revisionspolitik wurde von den sowjetischen Diplomaten zutreffend analysiert: Einerseits wurde Ungarn als „Vasall“ Berlins eingestuft, andererseits aber auch als dessen „potentielles Opfer“. Nach dem Münchner Abkommen schlug Moskau den Weg des „wait and see“ ein, doch mit dem Beitritt Ungarns zum Antikominternpakt am 24. Februar 1939 wurden sämtliche offiziellen Beziehungen abgebrochen.

In dieser sehr narrativ gehaltenen Arbeit stehen die Wandlungen der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Budapest im Fokus, wobei einen deutlichen Schwerpunkt die Zeit zwischen 1938 und 1941 bildet. Die auf umfangreicher Quellenarbeit ruhenden Ausführungen beinhalten viele Anekdoten, die auch heitere Aspekte haben, wenn etwa der sowjetische Botschafter in Ungarn den Ministerpräsidenten Gömbös als einen „stämmigen und übergewichtigen Kulaken“ charakterisiert oder wenn sich herausstellt, dass sich in der ungarischen Botschaft in Moskau auch „geheime Quellen“ für die sowjetischen Nachrichtendienste befanden. Für die systematische Erschließung des Themas gebührt dem Autor dank, offen bleibt allerdings die Frage, wie etwa die Wendungen der Diplomatie gerade wegen ihrer ideologischen Komponenten gegenüber der eigenen Öffentlichkeit begründet und legitimiert wurden? Gab es auch einen Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung des jeweils anderen Landes, oder aber blieben die diplomatischen Richtungswechsel letztlich eine Sphäre der ‚Geheimdiplomatie‘?

Norbert Spannenberger, Leipzig

GEORG KASTNER: Ungarn 1956 vor der UNO. Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag, 2010. 349 S. ISBN: 978-3-7065-4966-0.

Die Doppelkrise von Suez und Ungarn 1956 hat seit langem und mit gutem Recht das besondere Interesse der Forschung gefunden. Hier verknüpften sich deutlich Konfliktlinien der relevanten Nachkriegsprozesse von Kaltem Krieg und Dekolonisierung. Die Aktivitäten und Maßnahmen der UN mussten zeigen, inwieweit die Institution willens und in der Lage war, angesichts der globalen Entwicklungen Alternativen zu den gerade etablierten Reaktions- und Handlungsmustern der Blockkonfrontation zu entwickeln. Dieser Herausforderung konnte sich die UN vor allem im Zuge der Suezkrise stellen. In Ungarn gab der Kalte Krieg dagegen die Fronten eindeutiger vor und engte damit den Handlungsspielraum der Weltorganisation weitaus mehr ein. Hier konnten die Vereinten Nationen vor allem versuchen, außerhalb der eigentlichen Konfliktlösung eigene Akzente zu setzen. Kastner zufolge ist dies der Institution durchaus gelungen: In seinen Augen bot die UN eine politische Plattform für eine internationale Diskussion der ungarischen Frage, bei der einzelne Beiträge zumindest im Ansatz über das Nullsummenspiel des Kalten Kriegs hinausgehen konnten. Darüber hinaus leistete die UN die dringend notwendig humanitäre Hilfe, und die Berichte der Sonderkommission stellten einen eigenen Beitrag zur historischen Aufarbeitung der Ereignisse dar (S. 275–276, 280).

In diesem Fazit bleibt jedoch die entscheidende Frage, inwieweit die UN in ihrer Ungarnpolitik überhaupt eigenständiger Akteur war, offen. Im Grunde

beschränkt sich Kastner darauf, anhand der Sitzungsprotokolle und Verlautbarungen die Debatten der UN-Gremien über die Ereignisse in Ungarn nachzuerzählen. Eine Analyse der entsprechenden UN-Politik von USA und UdSSR mitsamt ihrer Verbündeten wird nicht unternommen. Auch die Position von UN-Generalsekretariat und -Generalsekretär bleibt blass. Das liegt natürlich auch an der dürren Quellenbasis. Insgesamt stützt sich die ganze Monographie auf einschlägige Akten des UN-Archivs, die der Autor innerhalb einer Woche in New York fotokopieren konnte, sowie auf einige Internet-Dokumentationen (S. 9, 329–331). Dazu kommen Nebenüberlieferungen aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der ehemaligen DDR und Materialien zur Berichterstattung des CIA zu Ungarn; der Nachlass Hammar skjölds wurde nicht ausgewertet. (S. 18) Auf dieser Basis ist das zu Beginn der Studie formulierte Ziel, „zu zeigen, inwieweit Ungarn 1956 für die Vereinten Nationen tatsächlich interessant war, und ob es echte Anstrengungen gegeben hat, die über das standardisierte Business as usual hinausgingen“, kaum zu erreichen (S. 18). Dabei sind beispielsweise Ausführungen über den Informationsstand der Administration der Vereinten Nationen durchaus von Interesse, da sie im Abgleich mit den Kenntnissen in Washington oder Ost-Berlin ein wichtiges Moment der Entscheidungsfindungen und Argumentationsgrundlagen in Ost und West in einer heißen Phase des Kalten Kriegs beleuchten (S. 81–82, 89–90, 140–141). Im Ganzen ist dies aber zu wenig, um das Thema „Ungarn 1956 vor der UNO“ angemessen abzuhandeln.

Andreas Hilger, Hamburg

MARCI SHORE: The Taste of Ashes. The Afterlife of Totalitarianism in Eastern Europe. London: Heinemann, 2013. XIV, 370 S. ISBN: 978-0-434-02230-4.

Dieses Buch über die Nachwirkungen der kommunistischen Herrschaft im ehemals äußeren Imperium der UdSSR ist höchst ungewöhnlich. Es passt in keine geschichtswissenschaftliche Schublade, denn es ist weder eine historisch-genetische noch eine politisch-analytische oder sozialpsychologische Darstellung, auch wenn es von alledem auch ein klein wenig enthält. Marci Shore, Associate Professor für Geistesgeschichte an der renommierten Yale University, beschreibt, was sie bei ihren zahlreichen Reisen in die früher sozialistischen Länder Osteuropas, vor allem

nach Tschechien, in die Slowakei und nach Polen, gesehen und erlebt hat, welche Gespräche sie dort meist mit Personen der mittleren gesellschaftlichen Ebene sowie bei deren Besuchen in den USA geführt hat. Das Gliederungsprinzip des Buches ist die zeitliche Folge der Begegnungen. Auf diese Weise lässt die Autorin den Leser teilnehmen an ihren vielfältigen Erfahrungen und an ihren zwischengestreuten Informationen über diese und jene Geschehnisse der kommunistischen Zeit, welche die gesellschaftliche Entwicklung des betreffenden Landes insgesamt und/oder auch das individuelle Geschick von Personen bestimmt haben, mit denen sie zusammentrifft.

Das Ergebnis ist ein Werk von eher journalistischem bzw. belletristischem Charakter, dessen Qualität mit acht Preisen, darunter dem National Jewish

Book Award, anerkannt worden ist. Im Vordergrund der Eindrücke, welche die Autorin übermittelt, stehen persönliche Schicksale. Wie vermochten es manche, mit allen Problemen und Schwierigkeiten eines Regimes mit totalitärem Anspruch noch irgendwie fertigzuwerden, während andere das nicht schafften

und ein Trauma davontrugen? Wer sich mit dem schwierigen Erbe des sozialistischen Systems im Osten Europa auf lockere Weise auseinandersetzen will und keine systematische Unterrichtung darüber anstrebt, sollte zu dem Buch von Marci Shore greifen.

Gerhard Wettig, Kommen

WILLIAM JAY RISCH: The Ukrainian West. Culture and the Fate of Empire in Soviet Lviv. Cambridge, MA, London: Harvard University Press, 2011. XI, 360 S., Abb. ISBN: 978-0-674-05001-3.

Lemberg (L'viv) ist eine moderne ukrainische Großstadt mit einer sehr verwickelten Geschichte. Vor dem Krieg war Lemberg (Lwów) eine polnische Stadt, in denen Juden knapp ein Drittel und Ukrainer etwa ein Sechstel der Bevölkerung ausmachten. Zwischen 1939 und 1947 wurden 80 % der Einwohner entweder ermordet, deportiert, umgesiedelt oder sie mussten fliehen.

Heute kehren die Überlebenden und ihre Nachfahren als Touristen in die Stadt zurück. Polnische Besucher finden Lwów in der Architektur und ihrer Erinnerung, Kanadier und US-Amerikaner mit ukrainischen Wurzeln suchen nachgerade nach diesen, während Touristen aus Westeuropa, den USA und Israel der Geschichte der von den Nazis ermordeten Juden nachspüren. Aber kaum jemand interessiert sich für die sowjetische Vergangenheit der Stadt, vielleicht auch deswegen, weil sie allgegenwärtig ist. Verlassen die Besucher das Zentrum und geraten nach Novyj L'viv, wissen sie bald nicht mehr, ob sie in Novosibirsk, Almaty oder tatsächlich in der Westukraine sind. Sowjetische Trabantenstädte sehen einander zum Verwechseln ähnlich. Die Bürokratie atmet noch sowjetischen Geist, und auch in manchen Geschäften sehen die Verkäuferinnen die Besucher eher als Gegner denn als Kunden. Dagegen haben nur wenige sowjetische Monumente die Wende überlebt. Es ist leichter, Denkmäler zu stürzen als Gewohnheiten abzulegen.

Die sowjetische Vergangenheit lässt sich nicht einfach abschütteln. Schließlich war es der Sieg der Sowjetarmee im Zweiten Weltkrieg, der aus Lemberg eine ukrainische Stadt machte. Während die österreichische Zeit inzwischen nostalgisch verklärt wird und sich die städtische Elite die polnische Vergangenheit langsam aneignet, wird die sowjetische Phase mehr oder weniger ausgeblendet. Auch die historische Forschung hat sich nur wenig mit diesem Abschnitt Lemberger Geschichte befasst. Eine Ausnah-

me ist Tarik Amars unveröffentlichte Doktorarbeit über die ersten Jahre der Sowjetisierung (The Making of Soviet Lviv, 1939–1953. Ph.D. Dissertation, Princeton University 2006). William J. Risch knüpft an dieser Studie an und untersucht die Geschichte des intellektuellen und kulturellen Lebens Lembergs zwischen dem Zweiten Weltkrieg und der Gegenwart. Das Buch ist Teil zweier Forschungstrends. Während nach der Öffnung der sowjetischen Archive zunächst das Studium des Stalinismus im Mittelpunkt stand, wenden sich die Spezialisten nun immer häufiger der Brežnev- und Chrusčev-Zeit zu. Der zweite Forschungstrend ist Ergebnis des gewachsenen Interesses an den Übergangszonen und Grenzgebieten in Osteuropa, ein Interesse, das auch von der Öffentlichkeit geteilt wird, wie der Erfolg von Timothy D. Snyders Buch „Bloodlands“ zeigt.

Nach einem Einführungskapitel über die Geschichte Lembergs beschäftigt sich Risch zunächst mit der Sowjetisierung der Stadt und zeigt, wie sich die neue Stadtbevölkerung zusammensetzte. Hier stützt sich das Buch vorwiegend auf Materialien aus dem Archiv des Gebiets Lemberg. Der Schwerpunkt der Studie liegt aber auf der Untersuchung des intellektuellen Milieus und des kulturellen Lebens der Stadt. Im Laufe von zehn Jahren hat Risch 140 Interviews geführt. Seine Gesprächspartner waren vorwiegend Angehörige der kulturellen und wissenschaftlichen Elite. Die Interviews geben faszinierende Einblicke in das intellektuelle Milieu, die aus Archivmaterialien allein nicht zu gewinnen sind. Risch zeigt, wie die geistige Elite der Stadt ihr Verhalten an die politische Großwetterlage anpasste. Die Intellektuellen testeten die Grenzen ihres Spielraums aus, bemühten sich aber, sie nicht zu überschreiten. Nach der Zerschlagung des nationalukrainischen Widerstands gab es im intellektuellen Milieu keinen aktiven Widerstand gegen die Sowjetisierung mehr, aber doch Resistenz und den Versuch, die Idee ukrainischer Eigenständigkeit zu bewahren und zu verbreiten. Das Buch zeigt, wie einige Intellektuelle, die sich zu weit vorwagten, schließlich zu Dissidenten wurden.

Die westukrainischen Intellektuellen grenzten sich einerseits von Moskau und Kyjiv ab, andererseits

wurden sie aber auch stark von Entwicklungen und intellektuellen Diskursen in der Unions- und in der Republikhauptstadt beeinflusst. Ein Kapitel handelt von der Jugendkultur in der Stadt, und wie westliche Einflüsse, oft vermittelt über Polen, in die Stadt kamen. Neben der offiziellen sowjetischen Kultur gab es auch eine blühende und nonkonformistische Untergrundkultur, die vor allem die Jugend ansprach. Risch geht auf die Hippiebewegung, die Popularität von Rock und Pop und die Rolle ukrainischer Liedermacher ein, die gegen den wachsenden Einfluss russischer Musik ansagen.

Das kulturelle ukrainische Umfeld in Lemberg machte russische Zuwanderer zu Lokalpatrioten. In einem Abschnitt über den Fussballklub Karpaty L'viv berichtet Risch, dass Lemberger Russen und Ukrainer gemeinsam in Spielen gegen Moskauer Klubs ukrainische Parolen skandierten. Allerdings wurde Karpaty L'viv, anders als Risch behauptet, niemals sowjetischer Meister. Höhepunkt war der Gewinn des sowjetischen Fußballpokals im Jahre 1969. Aus Sicht der alten Gebiete der Sowjetunion waren Städ-

te wie Lemberg, Vilnius, Tallinn und Riga Tore zum Westen. Wer ‚westliche‘ Kultur schnuppern wollte, kam von Leningrad, Moskau, Kyjiv oder anderen Städten in die neu erworbenen Gebiete.

Im Allgemeinen versucht Risch, die Aussagen in den Interviews mit Hilfe anderer Quellen auf ihre Richtigkeit zu überprüfen. In wenigen Fällen verlässt er sich ausschließlich auf die Erinnerungen seiner Interviewpartner und macht Aussagen, die sich nur schwer überprüfen lassen. Diese Kritik soll aber nicht die Bedeutung des Buches schmälern und den Wert der Interviews als Quelle in Frage stellen. Durch die Kombination von zeitgenössischen Publikationen, Archivdokumenten und Interviews gelingt es Risch, einen Einblick in die kulturellen und intellektuellen Milieus der Stadt zu geben. Risch hat mit diesem Buch eine wichtige und originelle Studie zum intellektuellen Klima in der Sowjetunion vorgelegt, die zeigt, dass alles nicht so uniform war, wie es sich die Sowjetologen während des Kalten Krieges vorgestellt hatten.

Christoph Mick, Coventry

Ein weißer Fleck in Europa... Die Imagination der Belarus als Kontaktzone zwischen Ost und West. Hrsg. von Thomas M. Bohn und Victor Shadurski. Bielefeld: Transcript, 2011. 266 S. ISBN: 978-3-8376-1897-6.

Inhaltsverzeichnis:

<http://d-nb.info/101213833x/04>

Was ist Belarus? Das komplizierteste Land der Welt, so der Journalist Wolfgang Büscher, oder ein Ort, von dem man gemäß dem Historiker Ingo Petz lernen kann, was europäisch sein bedeutet? Um die Frage nach der belarussischen Identität zu beantworten und ein Netzwerk zur Erforschung der Belarus zu gründen, hatten sich gut zwei Dutzend Historiker und Publizisten aus Belarus, Deutschland und der Schweiz 2009 in Gießen versammelt. Thomas Bohn und Victor Shadurski haben die Tagungsreferate ediert und in einem gut lesbaren Taschenbuch veröffentlicht. Dieses sei all denen zur Lektüre empfohlen, die mehr über das Land an der EU-Außengrenze wissen wollen. Dank der einheitlichen Struktur und der chronologisch-thematischen Anordnung der Aufsätze präsentiert sich der Band sehr geschlossen. Nach zwei einleitenden Texten folgt ein erster kürzerer Block über die Entstehung und den Stellenwert der belarussischen Sprache, danach der Hauptteil zur

Geschichte der Belarus von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart.

Thomas Bohn weist in seiner Einleitung darauf hin, warum bisher vergleichsweise wenig über das Land bekannt ist. Von den letzten zwei Jahrzehnten abgesehen, bildete es während praktisch seiner ganzen Geschichte einen Teil des polnisch-litauischen und danach des russischen Großreiches. Die Vereinigung durch den westlichen wie den östlichen Nachbarn wirkt noch heute in der Geschichtsschreibung fort: während gewisse Historiker die große Vergangenheit im ‚Goldenen Mittelalter‘ verorten, idealisieren andere die ‚Russenzeit‘. Um dieser Spaltung zu entkommen, rät Bohn, eher Bevölkerung und Territorien ins Auge zu fassen statt Staat und Nation. Im vorliegenden Band wird sein Vorschlag erst teilweise umgesetzt, bildet doch die Klärung dieser Begriffe eine Voraussetzung, um jenseits der nationalstaatlichen Konzepte Geschichte schreiben zu können. Als zweite Einleitung dient ein Essay von Ingo Petz, in welchem dieser das Land mit einem Menschen in Dauerpubertät vergleicht, der gerade durch sein Zaudern und seine Unsicherheit Sympathien weckt. Was man von diesem Bild sicher übernehmen kann, ist das Übergangshafte, das fast alles in der Belarus zu prägen scheint.

Die drei folgenden Texte erklären, warum das Belarussische mehr eine Sprache der Verkehrsschilder als eine Verkehrssprache ist. Dies liegt erstens an der

Geschichte: Seit dem 17. Jahrhundert verlor die ehemalige Kanzleisprache des Großfürstentums Litauen ihren hohen sozialen Status und wurde mit der Polonisierung des Adels zur Bauernsprache. Während in allen anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion nach 1991 die Nationalsprache gefördert wurde, setzte sich hier die Russifizierung fort. Zweitens sind die Bedingungen, um aktive muttersprachliche Kompetenzen zu entwickeln, ungünstig. In den Schulen wird nur während weniger abwählbarer Lektionen auf Belarussisch unterrichtet. Auch im Fernsehen spielt es eher eine marginale Rolle. Beliebt sind immerhin die belarussischen Sandmännchengeschichten, weil das exotisch klingende Gute-Nacht-Lied faszinierender klingt als das russische Pendant. Drittens gibt es für das Belarussische zwei verschiedene Schreibweisen (die Taraškevica bzw. die Narkomaŭka), die sich allerdings nur wenig unterscheiden. Die Existenz von zwei Varietäten erschwert das Lernen und mindert die Attraktivität der Sprache. Als Folge der ungünstigen Voraussetzungen fand seit 1945 ein Sprachwechsel statt: Immer weniger Menschen sprechen noch einen belarussischen Dialekt, immer mehr verständigen sich in der belarussisch-russischen Mischsprache, der «Trasjanka» oder ganz auf Russisch.

Der historische Teil beginnt mit Überlegungen zur Historiographie. Beim Entwickeln einer neuen Geschichtsschreibung fällt die Kritik am Historischen Materialismus leicht. Es bereitet aber deutlich mehr Mühe, alternative Konzepte zu schaffen. Zu nutzen wäre dabei die belarussische Fähigkeit, kulturelle Einflüsse aus West wie Ost zu absorbieren.

Wenn man es als Kern des Belarussischen betrachtet, eine Mischung verschiedener Kulturen zu bilden, so ist dieser Hybridcharakter spätestens seit dem ausgehenden Mittelalter entstanden, wie die fünf Aufsätze zu Belarus in der Frühen Neuzeit zeigen. Die litauischen Großfürsten erwarben im 14. Jahrhundert das Fürstentum Polock/Polack und vereinten ihr Gebiet zweihundert Jahre später mit Polen. Hier bildete Belarus bis ins 17. Jahrhundert in gewisser Weise die östliche Peripherie der lateinischen Kultur und wurde danach zur westlichen Grenze der russischen Welt. Ob hier oder dort, das Land bildete keine Schranke, sondern vielmehr Kontaktzone.

Eine Art doppelter Identität lässt sich während dieser Zeit auch bei den drei größten Bevölkerungsgruppen des Landes feststellen: die Adligen stammten von belarussischen Landsitzen, hatten aber die polnische Kultur und den katholischen Glauben angenommen und galten wie beispielsweise der Dich-

ter Adam Mickiewicz deshalb oft als Polen. Die Bauern gehörten bis ins 19. Jahrhundert mehrheitlich zur unierten Kirche und unterstanden damit der päpstlichen Jurisdiktion. Dabei blieben sie aber orthodox geprägt und kehrten nach 1830 ohne größeren Widerstand zur orthodoxen Kirche zurück. Die Juden schließlich vermittelten zwischen Stadt und Land und vermochten sich in verschiedenen Kulturen zu behaupten, durften aber den «Ansiedlungsrayon» – einen von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer verlaufenden Streifen westlich des alten Territoriums des Moskauer Staates – nicht verlassen.

Obwohl der Begriff dafür noch nicht existierte, nahmen auch bereits die Zeitgenossen die Multikulturalität der belarussischen Gebiete wahr. So registrierte Katharina die Große, als sie 1772 Polock/Polack besuchte, erstaunt die Vielfalt an Sprachen und fühlte sich dadurch an den Turmbau von Babel erinnert. Die Völker lebten eher neben- als miteinander und auch nicht immer konfliktfrei. Aus heutiger Sicht bleibt die Koexistenz großer Gegensätze auf kleinem Raum dennoch erstaunlich. Im 19. Jahrhundert entzogen ihr die sich gegenseitig ausschließenden Nationalismen und die russischen Herrschaftsvorstellungen die Grundlage. Der Zweite Weltkrieg schließlich bereitete der ethnischen und kulturellen Vielfalt ein Ende.

Sieben weitere Aufsätze schildern diese Geschichte. Weil die soziale Basis fehlte und der polnische und russische Nationalismus dominierten, entstanden erst um 1900 Ansätze einer Nationalbewegung. Diese blieb weitgehend wirkungslos, bis der Erste Weltkrieg entscheidende Veränderungen brachte. Die deutsche Besatzung ermöglichte 1918 die Proklamation einer „Belarussischen Nationalen Republik“, die aber ein Staat auf dem Papier blieb und von der sowjetischen Regierung nicht anerkannt wurde. Die Eroberung durch die Rote Armee 1922 führte zur Gründung der Sozialistischen Sowjetrepublik Belarus in den östlichen und zentralen Gebieten, während die westlichen Polen angegliedert wurden. Der Zweite Weltkrieg bzw. der Große Vaterländische Krieg brachte die „Wiedervereinigung“ der von Belarussen besiedelten Gebiete, aber auch die Ermordung der Juden und zahlreicher Belarussen sowie die Vernichtung von über 9000 Dörfern und 200 Städten. Insgesamt schrumpfte die Bevölkerung um rund ein Drittel auf 6,3 Millionen.

Aus der weitgehenden Zerstörung entstand nach 1945 ein neues Land. In vielen Städten übernahmen erstmals Ostslaven (Russen und Weißrussen) die Mehrheit, Industrialisierung und Urbanisierung

brachten Wohlstand, die Russifizierung setzte sich fort.

In der letzten Stadtgründung der Sowjetunion, dem ukrainischen Tschernobyl, ereignete sich 1986 allerdings auch die Reaktorkatastrophe, deren Fallout zu 70 % auf belarussischem Boden niederging und hier drei bis vier Millionen Menschen zu Strahlenopfern gemacht hat. Der nukleare Supergau läutete das Ende der Sowjetunion und den Beginn der belarussischen Nationalbewegung ein. Die letzten fünf Beiträge des Bandes schildern die Veränderungen seit 1991. Es entstand erstmals ein unabhängiger Staat Belarus. Bei der Suche nach der nationalen Identität griff die Regierung anfänglich auf die Symbole aus der polnisch-litauischen Zeit zurück. Nach seinem Machtantritt 1994 ersetzte Lukašenka diese wieder durch die sowjetischen Symbole. Da viele Bürger

noch sowjetisch sozialisiert sind und mit der Nachkriegszeit positive Erinnerungen verbinden, führte die Aufnahme von sowjetischen Elementen in die Staatsideologie Lukašenkas kaum zu Protesten. Vielmehr zeigt sich auch darin, wie gut sich die Belarussen an die herrschenden politischen Verhältnisse anpassen können.

Den Autoren des Sammelbandes ist es vorbildlich gelungen, den oft negativen Berichten über Belarus kompetente, sachliche und zugleich optimistisch stimmende Beiträge gegenüberzustellen. Politisch fehlt das Nicht-Euoparatsmitglied Belarus noch in der europäischen Staatengemeinschaft. Kulturell hingegen – das zeigt dieses Buch – gehört es längst dazu.

Eva Maeder, Winterthur